

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

==== Heft 246 =====

Deutschland und England in ihrer Politik und Presse im Jahre 1901

Von

Dr. Johannes Dreyer

=====

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1934

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Verlag von Julius Springer
Berlin

1891

Deutschland und England in ihrer Politik und Presse im Jahre 1901

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Dr. Johannes Grosse

Verlag von Julius Springer

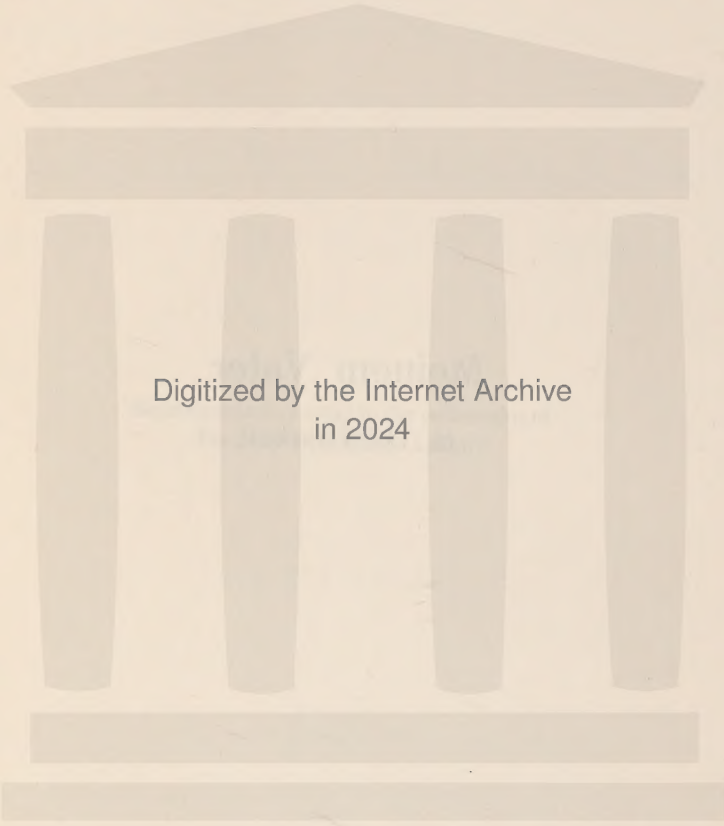
Berlin

Verlag von Julius Springer
Berlin

Printed in the United States of America

Meinem Vater

in Dankbarkeit



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Einleitung.

Seit dem Bekanntwerden der Tatsache, daß um die Jahrhundertwende zwischen der deutschen und englischen Regierung Verhandlungen über ein Bündnis im Sinne der von dem britischen Kolonialminister Joseph Chamberlain 1898 und 1899 öffentlich vertretenen Ideen stattfanden, hat sich die Forschung immer wieder diesen Fragen zugewandt. Die Mitteilungen Otto Hammans¹ und des ehemaligen Londoner Botschaftsrates Freiherrn von Eckardstein² schienen zum größten Teil durch die deutsche Aktenveröffentlichung des Auswärtigen Amtes eine Bestätigung gefunden zu haben.

Auf Grund der bis dahin vorliegenden Quellen stellte Eugen Fischer in seinem Buche: „Holsteins großes Nein“, Berlin 1925, die Entwicklung der Bündnisverhandlungen dar. Ganz im Sinne der Eckardsteinschen Berichte sah er in Chamberlain, Salisbury und Lansdowne die ernsthaft nach einem deutsch-englischen Bündnis suchenden Vertreter der englischen Regierung. So verurteilte er denn aufs schärfste die Ablehnung der englischen Vorschläge durch Deutschland, insbesondere durch Holstein. — Im Gegensatz zu dieser einseitigen Befürwortung und Verteidigung der englischen Politik hob Max Lenz in seinem Buche: „Deutschland im Kreise der Großmächte“, 1925, die Gefährlichkeit eines Bündnisses mit England hervor und sprach unter Hinweis auf die Lösung des preußisch-englischen Vertrages gegen Ende des Siebenjährigen Krieges von einer *societas leonina*.

In seiner „Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems“ 1890 — 1901 (1927) hat Friedrich Meinecke die Frage des deutsch-englischen Verhältnisses umfassend untersucht. Auch Meinecke hat die englischen Akten noch nicht benutzen können und fußt deshalb auf Eckardsteins Berichten. Er versucht jedoch, die Haltung und Ansicht der englischen Regierung auf

1. Otto Hamman, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, Berlin 1919.

2. Hermann Freiherr v. Eckardstein: Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten, 2 Bände, Leipzig 1920.

Grund ihrer Staatsraison zu erschließen. Meinecke kommt gleichfalls zu einer Verurteilung der Politik Holsteins und Bülows, aber — das hebt seine Untersuchung über andere hinaus — er setzt die Bündnisfrage in Beziehung zu den von ihm eingehend dargestellten Fragen des fernen Ostens, der Bagdadbahnpolitik und nicht zuletzt zu den inneren Schwierigkeiten und der Belastung Deutschlands durch sein Verhältnis zu Österreich und durch das Mitwirken der Flottenbaumotive.

Ebenso wie Meinecke hielt auch Erich Brandenburg in seinem Buche: „Von Bismarck bis zum Weltkriege“, Berlin 1927, daran fest, daß Deutschland sich im Jahre 1901 am Scheidewege eines deutsch-englischen Bündnisses gegen England entschieden und damit die weitere englische Politik bestimmt habe.

Das Bild von den deutsch-englischen Verhandlungen um die Jahrhundertwende wandelte sich jedoch in entscheidenden Zügen mit dem Erscheinen der britischen Dokumente über den Kriegsursprung (Bd. I und II) im Jahre 1928. Während die Akten nur wenig über die Jahre 1898/99, in denen der Kolonialminister Chamberlain die Verhandlungen führte, brachten, ließ sich aus ihnen für das Jahr 1901 überraschend feststellen, daß die Ansichten der englischen Staatsmänner — Lansdownes und Salisburys — über ein deutsch-englisches Zusammengehen ganz andere gewesen sind, als es bisher aus Eckardsteins Berichten bekannt war. Um den tatsächlichen Verlauf der Bündnisgespräche des Jahres 1901 darzustellen, war eine genaue quellenkritische Untersuchung der englischen und deutschen Akten erforderlich.

So sind inzwischen mehrere Untersuchungen erschienen, die die britischen Dokumente verwerten. In seinem Beitrag zur Erinnerungsgabe für Hans Delbrück „Am Webstuhl der Zeit“, 1928, S. 82—90 hat Friedrich Meinecke die Widersprüche in der Eckardsteinschen und Lansdowneschen Berichterstattung nicht eingehend untersucht, vielmehr die Ansicht geäußert, daß beide sich auf halbem Wege entgegen gekommen seien.

Gerhard Ritter wies in seiner Schrift: „Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft“ 1898—1901, Freiburg i. Br. 1929 nach, daß die bisherige Ansicht von einem

englischen Bündnisangebot an Deutschland nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. Im Rahmen seines Vortrages unterzieht er die Berichte Eckardsteins und Lansdownes jedoch keiner Einzelkritik. Ähnliches gilt auch für Johannes Hallers Schrift: „England und Deutschland um die Jahrhundertwende“, Leipzig 1929.

Eingehend sind die deutsch-englischen Verhandlungen dann von Willi Becker in seinem Buche: „Bülow und England“, 1897—1909, Greifswald 1929, dargestellt. Wenn er auch die Gegensätzlichkeit der Berichte Eckardsteins und Lansdownes feststellt, so ergibt sich noch kein klares Bild, da die Tatsache von der Falschmeldung Eckardsteins am 18. März 1901 in ihren Auswirkungen nicht streng und folgerichtig durchgeführt wird. Auch in der Frage der Deutung und Wertung der Verhandlungen des Jahres 1901, sowie des gesamten deutsch-englischen Verhältnisses — insbesondere der Stellungnahme zu Bülow's Politik — vermögen wir ihm — wie weiter unten ausgeführt ist — nicht zu folgen.

Die Dissertation von Walter Löding: „Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen 1898 — 1901, ihr Verlauf auf Grund der deutschen und englischen Akten“, Hamburg 1929, untersucht quellenkritisch den Verlauf der Verhandlungen. Bei aller Herausarbeitung der Einzelheiten kommt Löding noch nicht zu dem klaren endgültigen Schluß, daß Eckardstein falsch berichtet hat. (Vgl. S. 81, S. 85 a. a. O.)

Erst in den Arbeiten Gustav Roloffs: „Die Bündnisverhandlungen zwischen Deutschland und England 1898 — 1901“ (Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, Dezember 1929, S. 1167 — 1222) und Heinrich Walthers: „Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1901 und ihre Ergebnisse“ (Historische Vierteljahrsschrift Bd. 25, 1931, S. 602 — 635) wird ein befriedigender quellenkritischer Vergleich der englischen und deutschen Quellen durchgeführt³.

3. In die vorliegende Arbeit ist aus einer bereits im Winter 1928/29 angefertigten Staatsexamensarbeit das in seinen Grundzügen unveränderte Kapitel III übernommen, in dem der bereits damals unabhängig von Roloff und Walther erbrachte, quellenkritische Nachweis von den Falschmeldungen Eckardsteins usw. vorlag.

Sowohl die deutsche wie die englische Regierung wähten — so wiesen es die beiden letztgenannten Arbeiten im einzelnen nach — von dem Verhandlungspartner zu einem Bündnis eingeladen zu sein. Wie es die Denkschriften — insbesondere auf englischer Seite — zeigen, war von England ein Bündnis nicht zu haben. Infolgedessen ist die strenge Verurteilung der Politik Holsteins und Bülows in dem bisherigen Umfange nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Während die Darstellungen und Einzeluntersuchungen die Bündnisfrage mit der endgültigen Ablehnung des deutschen Bündnisvorschlages durch den englischen Außenminister am 19. 12. 1901 abschließen und dem Lansdowneschen Gedanken eines Sonderabkommens weiter keine Bedeutung beimessen, glauben wir, daß der genau ausgearbeitete Lansdownesche Plan einer deutsch-englischen Entente im Rahmen der englischen Gesamtpolitik eine eingehendere Untersuchung verdient. Dieser Eindruck verstärkte sich uns auf Grund der inzwischen neu erschienenen Quellen wie der Lansdowne-Biographie, der Bülow-Erinnerungen und der französischen Dokumente des Jahres 1901.

Zur Vervollständigung des Gesamtbildes, den das entscheidungsreiche Jahr 1901 bietet, schien es ferner erwünscht, die Presse in Deutschland und England in den Kreis der Betrachtung zu ziehen.

Angesichts der inzwischen veröffentlichten Schriften genügte es, sich auf das Jahr 1901, in dem die wichtigsten und entscheidenden Verhandlungen zwischen London und Berlin geführt wurden, zu beschränken und die Entwicklung des deutsch-englischen Verhältnisses im Rahmen der Weltpolitik zu verfolgen. Ein Überblick über die damalige weltpolitische Lage ist deshalb erforderlich.

Der Abschluß der vorliegenden Arbeit verzögerte sich infolge äußerer, ungünstiger Umstände. Herrn Professor Dr. Hasenclever in Göttingen danke ich herzlich für seinen Rat bei der Fertigstellung der Arbeit.

Berlin, im Dezember 1933.

Johannes Dreyer.

Erstes Kapitel.

Die weltpolitische Lage des Jahres 1901.

Von allen politischen Ereignissen gaben der Burenkrieg und der Chinafeldzug dem Jahre 1901 das äußere Gepräge. Die politischen Folgen und Rückwirkungen beider Ereignisse werden erst bei einem Blick auf die weltpolitische Lage jenes Jahres deutlich.

In dem Neugestaltungsprozeß der politischen Verhältnisse, der durch den Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses und der englisch-französischen Entente zum vorläufigen Abschluß gelangte, erfordern die Vorgänge in Europa, Afrika und Asien in gleicher Weise die Aufmerksamkeit. In welcher Weise es für Europa zutrifft, haben die 1930 veröffentlichten französischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges¹ aufs neue gezeigt. Deutlich spiegelt sich in ihnen wieder, daß das russisch-französische Bündnis für Frankreich Ausgangs- und Endpunkt der Politik war. Das Bündnis zu festigen und auszubauen — sei es durch französisch-russische Zusammenarbeit im fernen Osten² oder durch erneute französische Anleihen für Rußland, das sich dafür zum Bau strategischer Bahnen nach der deutschen Ostgrenze verpflichtete³, blieb oberstes Bestreben der französischen Politik. Während seines Petersburger Aufenthaltes (20. — 26. 4. 1901) hatte sich Delcassé erneut die Zustimmung und das Einverständnis des Zaren in allen politi-

1. Documents diplomatiques Français (1871—1914) 2^e Série (1901—1911) Tome Premier (2. I. 1901—31. 12. 1901) Paris 1930.

2. Doc. dipl. Fr. 62 (31. I. 01); 106 (25. II. 01.).

3. Doc. dipl. Fr. 239 (18. 5. 01), Reise des französischen Generalstabschefs (2.—12. 2. 01 nach Petersburg). G. P. 18, 814 ff.

schen Fragen sichern können⁴, er erreichte nach langwierigen Verhandlungen, daß der Zar im September Frankreich einen Besuch abstattete und an den Herbstmanövern teilnahm⁵.

Diese und andere Bekundungen der französisch-russischen Freundschaft konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß im ganzen den Franzosen die Politik Rußlands nicht nach dem Herzen war⁶. Zu der herausfordernden Politik Rußlands im fernen Osten kam das äußerlich gute Einvernehmen mit Deutschland, wie es sich auf Veranstaltungen wie der Kaiserzusammenkunft vor Danzig zeigte.

Den nach Ostasien und Indien blickenden Russen wäre, wie der französische Geschäftsträger in Petersburg einmal bemerkte⁷, darum die Hervorhebung des friedlichen und ausschließlich defensiven Charakters des Zwei- und Dreibundes etwas Erwünschtes. Der französischen „Art zu sehen“, die sich mit den bestehenden Zuständen in Europa nicht zufrieden geben könne, entspräche diese Auffassung allerdings weniger.

Es ist verständlich, daß Frankreich sich bemühte, die geringe Förderung seiner Interessen und Ziele durch Rußland auf andere Weise auszugleichen. Seit 1898 bemühte es sich die Freundschaft Italiens zu gewinnen. Führer auf diesem Wege war der kluge französische Botschafter Paul Barrère in Rom, durch dessen Tätigkeit die italienisch-französische Annäherung und Verständigung in erster Linie mit ermöglicht wurde⁸. Auf den Handelsvertrag vom 21. 11. 1898, der den Wirtschaftskrieg zwischen beiden Ländern beendete, war Ende Dezember 1900

4. Zar Nikolaus erklärte Delcassé in vierstündiger Privataudienz mehrfach „Comptez sur moi; ma politique est invariable.“ In dem gleichen, an den Präsidenten Loubet gerichteten Schreiben Delcassés hieß es weiter: „Sur toutes les questions l'accord est complet entre la Russie et nous. Je suis entièrement satisfait.“ Doc. dipl. Fr. 206. (25. 4. 1901.)

5. Doc. dipl. Fr. 317 (12. 6. 01); 342 (31. 7. 01).

6. vgl. G. P. 18, 823 (27. 10. 01).

7. Boutiron an Delcassé. Doc. dipl. Fr. 410 (24. 9. 01).

8. G. P. 18, 508; Rosenberg: Die französische Außenpolitik zu Beginn des Jahrhunderts, Berliner Monatshefte, Oktober 1930 (945 ff.). Barrère fand einflußreiche italienische Staatsmänner und Politiker (M. Lusetti, Marquis de Rudini), die für eine französisch-italienische Verständigung eintraten. Doc. dipl. Fr. Nr. 277.

eine geheime italienisch-französische Verständigung über die gegenseitigen Interessen in Tripolis und Marokko erfolgt. Tripolis wurde als ausschließlich italienisches Einflußgebiet erklärt, während Italien die besonderen Rechte Frankreichs in Marokko anerkannte. Sollte einmal die politische Entwicklung eine Änderung des politischen und territorialen Besitzstandes Marokkos herbeiführen, so hatte Italien für entsprechende Maßnahmen in Tripolis freie Hand⁹.

Barrère begnügte sich nicht mit diesen Erfolgen, sondern erreichte in geschickt geführten Verhandlungen von dem italienischen Außenminister am 25. 6. 1901 die Zusicherung, daß bei der Erneuerung der Dreibundverträge Italien auf die Streichung der Vertragsbestimmung, die es im Falle eines deutsch-französischen Krieges zur Waffenhilfe für Deutschland verpflichtete, bestehen wolle¹⁰. Auch nach außen hin wurde die Versöhnung und Annäherung der beiden romanischen Völker durch einen Besuch der italienischen Flotte in Toulon (April 1901) festlich begangen. Der Abschluß der französisch-italienischen Entente war und sollte in den Augen ihres Schöpfers, des Botschafters Barrère, einen Vorstoß gegen den Dreibund darstellen, der -- wie Barrère meinte -- sichtbar an Wirksamkeit eingebüßt hätte¹¹. Der französische Botschafter in Wien, Marquis de Reverseaux, meinte, Italien bedeute jetzt nur noch für Deutschland und Österreich „ein totes Gewicht“¹².

Italiens Bundesgenossen zeigten sich über die wachsende italienisch-französische Freundschaft besorgt¹³, wenn auch nach außen der Eindruck der Unbekümmertheit und Ruhe bewahrt wurde. Verloren gab man nichts, denn, wie Bülow es dem deut-

9. Einen Überblick über die Annäherung gibt Doc. dipl. Fr. 376 (28. 8. 1901). Die Abmachungen über Marokko und Tripolis vom 14. u. 16. 12. 1900 sind abgedruckt Doc. dipl. Fr. 17 (10. I. 01).

10. Doc. dipl. Fr. 104 (24. 2. 01); 118 (2. 3.); 185 (12. 4.); 273 (7. 6.) 302 (26. 6.); 311 (2. 7); vgl. G. P. 18, 695.

11. Doc. dipl. Fr. 201 (21. 4. 01.)

12. Doc. dipl. Fr. 187 (13. 4. 01.)

13. Doc. dipl. Fr. 187 (13. 4. 01.); Barrère schrieb an Delcassé 194 (16. 4.), Bülow habe seiner Schwiegermutter, der Fürstin Camporale, erklärt: "Il faudra bien que l'Italie se décide a choisir entre le mariage et le concubinage" — (c'est nous)."

schen Botschafter in Rom, v. Wedel gegenüber ausdrückte, das Gefühl einer dauernden Interessengemeinschaft mit England würde die große Masse der Italiener verhindern, sich dem Zweibunde zuzuwenden. „Je schärfer die Gegensätze zwischen England einerseits und Frankreich und Rußland andererseits zutage treten, desto weniger werden die Italiener geneigt sein, Zweibundpolitik zu machen.¹⁴“ Diese Worte zeigten zugleich die Grenzen und Schwächen des Bülow'schen Urteils. Richtig war, daß England die französischen Bemühungen um Italien „gründlich durchkreuzen¹⁵“ konnte, und daß die italienische Regierung nicht an eine Aufgabe des Bündnisses mit Deutschland und Österreich dachte. Prinetti bezeichnete ein solches Vorgehen ausdrücklich als einen Sprung ins Unbekannte¹⁶, ja er erklärte dem deutschen Botschafter, daß er wohl bereit sein würde „die Freundschaft Frankreichs für den Dreibund zu opfern, niemals aber den Dreibund für die Freundschaft Frankreichs¹⁷.“ Solchen Erklärungen standen auf der anderen Seite Zusicherungen und Bestätigungen der französisch-italienischen Freundschaft durch Prinetti gegenüber. Die eigentliche Richtung der Gedanken und Wünsche Prinettis dürfte in der Mitte liegen. Er wählte, daß eines Tages Zweibund und Dreibund¹⁸ sich zusammenschließen könnten. So war er darauf bedacht, sich nach beiden Seiten die Wege offenzuhalten. Der deutsche Botschafter Graf Monts hat später immer wieder in seinen Berichten auf die schwindende Bundestreue Italiens hingewiesen. In seinen Erinnerungen kennzeichnet er die Politik Italiens mit den Worten: „Der östliche Nachbar wird als ‘allié’, der westliche als ‘ami’ neutralisiert¹⁹.“

In London wurde die Annäherung der beiden Mittelmeermächte aufmerksam beobachtet²⁰. Die Folgerungen Barrères

14. G. P. 18, 802 (30. 11. 1900).

15. G. P. 18, 713 (31. 3. 01.); vgl. Monts' Wort: „Wer England hat, hat Italien“, Monts Erinnerungen und Gedanken, Berlin 1932, S. 176.

16. G. P. 18, 506 (16. 5. 01).

17. G. P. 18, 731 (26. 12. 01).

18. Doc. dipl. Fr. 391 (9. 9. 01).

19. Anton Graf Monts, Erinnerungen a. a. O. S. 218 f.

20. Doc. dipl. Fr. 217 (2. 5. 01); Cambon an Delcassé.

aus der französisch-italienischen Verständigung, die das englisch-italienische Mittelmeerabkommen gegenstandslos mache²¹, gingen jedoch zu weit. Wohl waren die englisch-italienischen Beziehungen seit längerem kühl und unbefriedigend²². Aber die Italiener besäßen, wie es der französische Botschafter Paul Cambon in London bezeichnete, zu viel politischen Sinn, als sich mit England, das die Schlüssel zum Mittelmeer in Besitz habe, zu „brouillieren“²³. In Wirklichkeit waren die Italiener bemüht, von England ähnliche Zusicherungen in Tripolis zu erhalten, wie sie Frankreich gegeben hatte²⁴, die ihnen nach längeren Verhandlungen auch gegeben wurden.

England erklärte, daß das englisch-französische Abkommen von 1899 sich nicht auf Tripolis beziehe, daß es ernstlich die Aufrechterhaltung des status quo dort wie an anderen Küsten des Mittelmeers wünsche, falls jedoch eine Änderung einträte, sollten die italienischen Interessen berücksichtigt werden.

Die tripolitanische Frage war im Jahre 1901 jedoch noch weiter von einer entscheidenden Behandlung entfernt als die Dinge in Marokko. Es hatte 1901 den Anschein, als ob die marokkanische Frage durch die Franzosen aufgerollt werden würde. Im Januar deutete Cambon Lord Lansdowne an, „in nächster Zeit werde in bezug auf die noch nicht festgelegten Grenzen“ ein Abkommen nötig sein²⁵. Bald darauf rückten die Franzosen auf Tuat los²⁶. Beständig hatte sich Frankreichs

21. Doc. dipl. Fr. 17 (10. 1. 01); es hieß u. a. dort: „toute extension méditerranéenne devant placer l'Italie dans une situation en quelque sorte tributaire à notre égard.“

22. Doc. dipl. Fr. 303 (26. 6. 01). Vgl. Lansdowne, Biographie, herausg. von Lord Newton 1930, London, S. 211 ff.

23. Doc. dipl. Fr. 22. 7. 01; G. P. 18, 802. (30. 11. 1900).

24. Doc. dipl. Fr. 572 (20. 12. 01); B. D. I, Nr. 360 (7. 3. 02), ebenda Nr. 349—359.

25. Harald Nicolson, Die Verschwörung der Diplomaten. Aus Sir A. Nicolson's Leben, 1849—1928, Frankfurt 1930, S. 158.

26. G. P. 17, 376 f. (8. 4. 01); B. D. II, Nr. 314 (13. 4. 01); Nr. 317 (14. 6. 01); Doc. dipl. Fr. 152 (21. 3. 01). Auch der spanische Außenminister war besorgt um den Zustand in Marokko, er fürchtete englisch-französisches Einvernehmen (B. D. II, Nr. 314); Lansdowne ließ jedoch mitteilen, daß kein derartiges Abkommen bestände. B. D. II, Nr. 315 (15. 4. 01.).

Stellung in Nordwestafrika gestärkt. Durch militärische und wissenschaftliche Expeditionen war im Süden eine Reihe Oasen besetzt worden, die den Karawanenweg nach den französischen Kolonien am Senegal und am Niger bildeten. Durch diese ununterbrochene Verbindung des französischen Besitzes in Nordwestafrika war der Machtbereich Marokkos wesentlich eingeschränkt worden. Hinzu kam, daß die marokkanische Grenze im Gebiet der Sahara (südlich von Ténia und Sassi) nicht festlag und daher zu Zwischenfällen Anlaß gab. Delcassé beauftragte den französischen Gesandten in Tanger, auf die Aufrechterhaltung aller französischen Einflußmöglichkeiten und Interessen sorgfältig zu achten²⁷. Im Juli 1901 schloß Delcassé mit einer nach Paris und Petersburg geschickten, marokkanischen Sondergesandtschaft ein Abkommen, das zu Frankreichs Gunsten die Grenzfragen regelte. Außerdem erhielt er die Zusicherung, Gegenmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der französischen Ansprüche und Interessen ergreifen zu können, wenn durch die gleichzeitig nach London und Berlin geschickte, marokkanische Sondergesandtschaft den Engländern Vorteile gewährt wären, die nicht mit den französisch-marokkanischen Abmachungen in Einklang stünden²⁸. In London beschränkte man sich jedoch auf die Neuregelung von Handels- und Wirtschaftsfragen.

Ähnlich wie in Paris war man noch vor einiger Zeit in Berlin um das Schicksal Marokkos besorgt gewesen. Bülow hatte dem Grafen Hatzfeldt schon früher (30. 6. 1900) bezüglich Marokkos eine Direktive „auf Vorrat“ mitgegeben. Über Marokko ließe sich vielleicht ein deutsch-englischer Präventivvertrag schließen. „Mit dem Zustandekommen einer derartigen Entente wäre diese heikle Frage vorläufig der Aktualität entrückt und ihre reale Lösung einem günstigen Augenblicke überwiesen²⁹“. Im Jahre 1901 wollte das Auswärtige Amt jedoch von einer Sonder-

27. Doc. dipl. Fr. 337 (27. 7. 01); 112 (2. 3. 01).

28. Doc. dipl. Fr. 372 (24. 8. 01); Denkschrift über Marokko.

29. G. P. 17, 324 (30. 6. 1900). Chamberlain hatte im Gespräch mit dem Kaiser während dessen Englandaufenthalt im November 1899 auf Marokko als Gegenstand einer englisch-deutschen Verständigung hingewiesen. „Deutschland“, so erklärte Chamberlain, könne sich „an der atlantischen Küste schadlos halten“. G. P. 15, 418; 17, 297.

regelung über Marokko nichts wissen, da dadurch „das englische Bedürfnis nach einem allgemeinen Defensivabkommen mit Angliederung an den Dreibund“ vermindert würde³⁰.

Die englischen Staatsmänner waren, so aufmerksam sie die Entwicklung in Marokko auch verfolgten, in der ersten Hälfte des Jahres 1901 viel zu sehr durch die Vorgänge in Ostasien in Anspruch genommen. Zudem glaubte der englische Gesandte Sir E. Monson nicht, daß die Franzosen Europa hinsichtlich Marokkos vor vollendete Tatsachen stellen würden³¹.

Erst gegen Ende des Jahres 1901 gewann mittelbar die marokkanische Frage und damit das gesamte Problem der politischen Kräfteverteilung im westlichen Mittelmeer in Plänen des englischen Außenministers erneut Bedeutung. Das Verhältnis England-Frankreich-Italien bot in den Fragen des Mittelmeeres und Vorderafrikas zwei Möglichkeiten; entweder ließ sich eine vorwiegend englisch-französische oder eine englisch-italienisch-deutsche Kräfteverteilung herbeiführen. Wie wir noch weiter unten sehen werden, wollte Lord Lansdowne versuchen, den letzteren Weg zu gehen. Erst besondere Umstände führten ihn dahin, eine englisch-französische Vereinbarung zu erstreben. In diesen sich von 1902 an erstreckenden Verhandlungen war neben Ägypten Marokko die entscheidende Frage, deren Regelung auf die ganze Welt und damit auf Deutschland und den Dreibund sehr zurückwirken sollte³².

Es war kein Geheimnis, daß Frankreich durch seinen Gegensatz zu Deutschland den Engländern entgegengetrieben wurde. Dieser wichtige und ausschlaggebende Hebel, der sich erst vor wenigen Jahren in der Fashoda-Krise erneut bewährt hatte, stand den Engländern nach wie vor zur Verfügung.

Entgegen den früheren Nachrichten des Fürsten Münster³³

30. G. P. 17, 328 (20. 4. 01); Richthofen an Hatzfeldt.

31. B. D. II Nr. 317 (14. 6. 01).

32. Lord Lansdowne, Biographie S. 267. (Wichtige Unterredung mit Cambon am 6. 8. 1902 über Marokko), ebenda S. 280, S. 284—85.

33. „Elsaß haben die Franzosen aufgegeben . . . Gehen noch mehrere Jahre hin, so wird auch Lothringen vergessen werden“. G. P. 18, 772 (10. 10. 1900); vgl. 18, 765; dagegen Muraiews Äußerung vom 11. 3. 1900 (G. P. 15, 530) „Die Elsaß-Lothringischen Ansprüche lassen die Franzosen um keinen Preis fallen.“

aus Paris konnte von einer Aufgabe der französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen nicht die Rede sein. Bülow lehnte, so sehr er eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen begrüßte³⁴, jedoch den ihm von spanischer Seite nahegelegten Gedanken, mit Delcassé in eine Aussprache einzutreten, ab³⁵. Die Voraussetzungen schienen ihm für eine solche Verhandlung zu fehlen. So blieben die Beziehungen zwischen den beiden Völkern unverändert.

Andererseits beobachtete man in Paris nicht ohne Mißtrauen die sich seit dem Aufenthalt des Kaisers anlässlich des Todes seiner Großmutter, der Königin Viktoria von England, bessern- den Beziehungen zwischen Deutschland und England³⁶.

Aus den französischen Akten geht nicht hervor, ob die Franzosen von den deutsch-englischen Bündnisverhandlungen erfahren haben. Aus den auf diese Frage einer deutsch-englischen Verständigung sich beziehenden Dokumenten ergibt sich, daß man in Paris nichts von den Verhandlungen zwischen London und Berlin gewußt hat.

Erst allmählich änderte sich das englisch-französische Verhältnis, das noch immer unter den Nachwirkungen Faschodas litt. Cambon konnte am Ende des Jahres mit Befriedigung feststellen, daß sich die Beziehungen Englands zu Frankreich — wie es aus der englischen Beurteilung der französisch-italienischen Annäherung hervorgehe, — gebessert hätten. Der wahre Grund, der in dem negativen Ergebnis der deutsch-englischen Verhandlungen zu suchen war, blieb ihm unbekannt³⁷.

In einem Überblick über die politische Lage des Jahres 1901 kommt dem Balkan eine besondere Stellung zu. In

34. Doc. dipl. Fr. 69 (5. 2. 01) Marquis de Noailles über ein Gespräch mit Bülow.

35. G. P. 18, 778 (19. 6. 01); vgl. auch Delcassés Ansicht dem spanischen Botschafter gegenüber: der öffentlichen Meinung könne kein französischer Minister den Verzicht auf Elsaß-Lothringen aussprechen. G. P. 18, 877 (15. 6. 01).

36. Doc. dipl. Fr. Cambon an Delcassé 60 (30. 1. 01); Marquis de Noailles urteilte, daß der Kaiser kein eigentliches Bündnis wolle, sondern „il veut établir des relations de famille et d'intimité qui lui laissent pour l'avenir toutes les portes ouvertes“.

37. Doc. dipl. Fr. 569 (19. 12. 01.)

jenem der Münzsteger Konvention von 1903 vorausgehenden Zeitraum ist die Politik der großen Mächte durch die Entwicklung der Dinge im nahen Orient „dauernd beeinflusst worden“³⁸. War Rußland durch seine Politik im fernen Osten in Anspruch genommen, so bedeutete das jedoch nicht Ruhe und Untätigkeit der französischen Agenten auf dem Balkan³⁹. Die alten Pläne Rußlands, die auf eine Zertrümmerung des türkischen Reiches und auf die Schaffung abhängiger, slavischer Balkanstaaten hinausliefen, waren nicht aufgegeben⁴⁰.

Kennzeichnend für die gespannte Lage auf dem Balkan war die in der Presse sehr beachtete Rede des österreichisch-ungarischen Außenministers, des Grafen Goluchowski⁴¹. Vor allem durch die Zuspitzung der Gegensätze in der bulgarisch-makedonischen Frage schien das Ende des Balkan-Abkommens zwischen Rußland und Österreich, das der Aufrechterhaltung des status quo diene, gekommen zu sein. Dem Treiben der russischen Agenten in den einzelnen Balkanstaaten schob man vielfach die Schuld an dem Anwachsen der politischen Spannung auf dem Balkan zu⁴². Es bedarf keines Hinweises, wie sehr Österreich, ohne sich selbst zu gefährden, jedes Aufrollen der Nationalitätenfrage vermeiden mußte. — In Frankreich begrüßte man die Anzeichen einer verstärkten, russischen Hinwendung zum Balkan. Delcassé bemerkte zu der betreffenden Meldung des französischen Gesandten aus Sofia „enfin“⁴³.

Durch russischen Einfluß waren die Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien nach dem Tode des Königs Milan bessere

36. B. Schwertfeger: Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914 (Wegweiser) 3. Teil, Berlin 1927, S. 173.

39. Doc. dipl. Fr. 416 (27. 9.), 347 (5. 8.).

40. G. P. 18,, 145 Marschall an Bülow 14. 1. 01; 18, 150.

41. Doc. dipl. Fr. 266 (2. 6.); 28 (17. 1.) Bericht des Wiener Botschafters über eine Unterhaltung mit Goluchowski. Fürst Philipp zu Eulenburg schrieb am 6. 1. 1901. Graf Goluchowski „hat mir zum ersten Male die Lage in düsteren Farben geschildert“. G. P. 18, 115.

42. B. D. 1, Nr. 367; Doc. dipl. Fr. 347 (5. 8.) Der russische Oberst Grabo, Chef der russischen Polizei, und Leiter des Nachrichtendienstes auf dem Balkan entfaltete eine besonders umfangreiche Tätigkeit.

43. Doc. dipl. Fr. 24 (15. 1. 01).

geworden, Montenegro hatte sich Serbien genähert⁴⁴. Österreich zeigte sich beunruhigt durch das Wachsen des russischen Einflusses und beobachtete gegen Serbien, das wirtschaftlich von ihm abhängig war, eine herablassende Haltung. Den Bulgaren gegenüber war es kühl und zurückhaltend und wandte die Aufmerksamkeit mehr Albanien zu⁴⁵.

Weit stärker wurde die Ruhe und die politische Machtverteilung auf dem Balkan durch die Lage in dem national und religiös zerklüfteten Makedonien um die Jahrhundertwende gefährdet⁴⁶. Die 1893 gegründeten, rührigen makedonischen Komitadschis wollten das Aufrollen der türkisch-makedonischen Fragen durch die Signatarmächte des Berliner Kongresses mit allen Mitteln herbeiführen. In Bulgarien fand die Bewegung Rückhalt und Stützung; Staatsmänner und Offiziere gehörten den Komitadschis an, wie denn der ganze bulgarische Beamtenapparat mit Makedoniern durchsetzt war⁴⁷. Ihr Ziel war die Erreichung der vollständigen Autonomie Makedoniens unter dem Schutz der europäischen Großmächte. Die Führer der makedonischen Bewegung — wie Sarafow — waren entschlossen, sich von der Balkanpolitik Rußlands, von der nicht Befreiung, sondern Unterjochung zu erwarten sei, zu trennen. An diesem um Makedonien geführten Kampfe waren alle Balkanmächte lebhaft interessiert. Am stärksten beteiligt war Bulgarien, da die überwiegende Mehrheit der Bewohner Makedoniens zum bulgarischen Volk gerechnet wurde⁴⁸.

Gegen das Treiben der bulgarischen Komitadschis wurden Rußland und Frankreich in Konstantinopel und Sofia vorstellig⁴⁹.

44. Doc. dipl. Fr. 271 (6. 6.); 78 (12. 2.); 313 (3. 7.).

45. Doc. dipl. Fr. 125 (6. 3.).

46. Eingehend dargestellt von H. H. Schacht: Die makedonische Frage um die Jahrhundertwende, Halle 1930, vgl. Alfred Rappaport, Makedonien und die Komitadschis, Kriegschuldfrage, 1930, Bd. 8, 731 ff.

47. vgl. Sonderbericht der „Frankfurter Zeitung“, 14. 2., 17. 2., 1. 5. 1901.

48. Schacht a. a. O. 14 ff.

49. Doc. dipl. Fr. 32 (8. 1. 01), 43 (21. 1. 01), Österreich intervenierte nicht. 45 (21. 1.); Serbien und Griechenland wandten sich gleichfalls gegen die Komitadschis. Doc. dipl. Fr. 86 (18. 2); 11 (9. 1.); G. P. 18, 132 (30. 1. 01).

Unter dem Druck der Mächte sah sich die bulgarische Regierung durch Verhaftung der Hauptführer zum Einschreiten genötigt⁵⁰. Rumänien meldete sich als Gegner eines etwaigen Groß-Bulgariens, es wünschte für sich eine Entschädigung durch Abtretung von Teilen südlich der Dobrudscha⁵¹. Da es von Rußland eine Beseitigung oder Beengung der nationalen Selbständigkeit befürchtete, ergab sich für Rumänien weiterhin die Anlehnung an Österreich und Deutschland⁵², die es durch die inhaltliche und formale Umwandlung seiner Verträge mit Österreich noch enger gestalten wollte⁵³.

Diesem österreichisch-rumänischen Vertrage⁵⁴ setzte Rußland eine russisch-bulgarische Militärkonvention entgegen, die im Mai 1902 abgeschlossen wurde⁵⁵. Letzten Endes ging es in diesem Nationalitätenkampf auf dem Balkan um das Schicksal der europäischen Türkei. Deutschland verfolgte im Balkan eine Politik, die vorschnellen Reformeingriffen widerstrebte⁵⁶, und für die Aufrechterhaltung und Stärkung der Türkei allein schon um der wirtschaftspolitischen Ziele willen eintrat.

In Englands Interesse lag die Schwächung, ja eine Aufteilung der Türkei in Interessensphären, die Bildung selbständiger Balkanstaaten im Gegenspiel zu Rußland⁵⁷. — Italien blickte nach Albanien und beobachtete argwöhnisch den Einfluß Österreichs auf den Balkan⁵⁸. Für Österreich selbst kam es darauf an,

50. Doc. dipl. Fr. 184 (12. 4.), doch wollte es andererseits die bulgarische Regierung nicht mit der Volksstimmung verderben. Ebenda 125 (6. 3. 01.).

51. Doc. dipl. Fr. 57 (29. 1.); G. P. 18, 659. Rumänien wünschte sich die Linie Rustschuk-Varna als Grenze.

52. Doc. dipl. Fr. 414 (26. 9.).

53. Deutschland war für die Beibehaltung der alten Verträge. G. P. Nr. 5798, 5800; Österreich war für die gleichberechtigte Aufnahme Rumäniens in den Dreibund. G. P. Nr. 5809.

54. Die Franzosen wußten von dem Abkommen, kannten jedoch die Bestimmungen nicht. Doc. dipl. Fr. 35 (18. 1.); 179 (8. 4.).

55. Schacht a. a. O., 30.

56. Schacht a. a. O. S. 36.

57. Schacht a. a. O. 38 f.

58. Doc. dipl. Fr. 365 (19. 8. 01); der französische Geschäftsträger berichtete zugleich von einem starken italienisch-österreichischen Pressekampf um Albanien.

die Machtstellung auf dem Balkan zu behaupten⁵⁹. Ein von der Türkei losgelöstes Makedonien bedeutete schon durch die außenpolitischen Auswirkungen eines solchen Ereignisses eine Gefährdung der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Der Vorteil der damaligen Lage lag für Österreich darin, daß Rußland in Ostasien festgelegt war. Aber bereits die erfolgreiche Tätigkeit der russischen Agenten hatte gezeigt, daß Rußlands Ziele keineswegs aufgegeben waren. Es war „wie der Fürst Lobanow-Rostowsky, Botschafter in Wien, dann erster Minister des Äußeren bei Nikolaus II. es ausdrückte, notwendig, den Balkan unter einen Glassturz zu stellen, bis wir mit anderen dringenden Angelegenheiten fertig geworden⁶⁰“.

Auf die weiter unten wiederzugebenden Erörterungen über ein deutsch-englisches Bündnis oder ein gemeinsames politisches Zusammengehen mußte die Balkanfrage mittelbar sehr einwirken, solange Deutschland an Österreichs Seite stand. Die Frage läßt sich nicht vermeiden, ob an diesem Punkte, dem Wetterwinkel Europas, die Interessen Deutschlands und Englands sich nicht unversöhnlich gegenüberstanden.

Eine andere mit dem Schicksal der Türkei und daher mit der Politik der großen Mächte eng verbundene Frage bildete der Bau der Bagdadbahn. Nach langen Verhandlungen erteilte der Sultan am 16. 1. 1902 die Genehmigung zum Bahnbau. Den an der Bahn gleichfalls interessierten Mächten, Frankreich und England, kam es in jener Periode der finanziellen Sicherstellung des Bahnbaus darauf an, das hauptsächlich deutsche Unternehmen in ein internationales umzuwandeln. Auf deutscher Seite hemmte man diese Entwicklung nicht⁶¹. Schon in Rücksicht auf Rußland traten die Franzosen für den internationalen Charakter der Bahn nachdrücklich ein⁶². Ein Ergebnis der Reise Delcassés nach St. Petersburg im April war die Zusicherung

59. Lord Lansdowne äußerte einst geringschätzig: „Österreich hat überhaupt keine Politik“. Lansdowne-Biographie S. 305. Vgl. Marschalls Würdigung der österreichischen Orientpolitik, G. P. 18, 149 (5. 11.).

60. zitiert nach Schacht a. a. O. S. 31.

61. G. P. 17, 409 (12. 8. 01).

62. Doc. dipl. Fr. 64 (5. 2. 01).

russischer Kapitalbeteiligung am Bahnbau⁶³. Die deutsch-französische Finanzgruppe war zu entsprechenden Angeboten bereit, als nach kurzer Zeit in Petersburg wieder die dem Bahnbau feindlich gesinnte Partei unter Führung des Finanzministers Witte siegte⁶⁴. Denn wie der französische Botschafter in Petersburg es ausdrückte: „Die Türkei ebenso wie China sind für einen großen Teil der russischen politischen Meinung Rußland vorbehalten und unanrührbare Länder⁶⁵.“ — Der englische Botschafter in Konstantinopel wurde nicht müde, auf die Vorteile einer englischen Kapitalbeteiligung am Bahnbau hinzuweisen⁶⁶. Der englische Außenminister Lord Lansdowne vertrat die gleiche Ansicht⁶⁷. Da man sich auf deutscher Seite (v. Siemens) entgegenkommend zeigte, und Bülow selbst die Bahn als internationales Unternehmen hinstellte⁶⁸, so wäre es aller Voraussicht nach bereits damals zu der von Lansdowne angestrebten deutsch-englischen Verständigung über die Bagdadbahn gekommen. Infolge der im Jahre 1901 erfolgten Entwicklung des deutsch-englischen Verhältnisses kam es zu Beginn des Jahres 1902 zu keiner Einigung. — Die Bagdadbahn hätte ihren vorwiegend deutschen Charakter, und man darf sagen, damit ihre Gefährlichkeit als Reibungsfläche zwischen englischen und russischen Einflußgebieten verloren.

Die Bedeutung hinreichender englischer Beteiligung an dem Bagdadbahnunternehmen verdeutlicht sich noch bei einem Blick auf die Lage in Persien. Gerade hier hatte Rußland in wirtschaftlicher, handelspolitischer und militärischer Hinsicht etwa seit 1899 außerordentlich an Boden gewonnen. Die russisch-persische Bank in Teheran, neu eingerichtete Märkte und Warenlager, erleichterte Zölle, eine direkte, 1901 eröffnete Dampferverbindung von Odessa zum persischen Golf sollten der Er-

63. Doc. dipl. Fr. 288 (19. 6. 01), 292 (21. 6.).

64. Doc. dipl. Fr. 348 (6. 8.).

65. Doc. dipl. Fr. 343 (31. 7.); 348 (6. 8.); vgl. Muraiews Ansicht. G. P. 14, 478.

66. B. D. II, Nr. 202 (23. 2. 01); vgl. G. P. 14, 490.

67. B. D. II, Nr. 205 (21. 4. 02).

68. G. P. 17, 498 (1. 10. 01.)

schließung des Landes für die russische Wirtschaft dienen⁶⁹. Dahinter stand das eigentliche Ziel, zum persischen Golf und damit zum Meere zu gelangen.

Der englische Gesandte in Teheran schrieb: "The Russians rather take the line of being at home in Persia⁷⁰." Schärfer über den Niedergang des englischen Einflusses drückte sich Lord Curzon aus und bat den englischen Außenminister um besondere Beachtung der Lage in Persien. "For we are at present drifting merrily towards another Port Arthur and a second Manchurian Convention"⁷¹.

Denn, faßte Rußland in Persien, insbesondere in der östlichen Provinz Seistan Fuß, so war Indien auf das höchste bedroht⁷².

Ähnlich lastete Rußlands Macht und Einfluß während jener Jahre der Fesselung Englands durch den Burenkrieg auf den anderen Teilen der englisch-russischen Interessenlinien in Asien⁷³. In Tibet hatte Rußland mit dem Dalai Lama Beziehungen angeknüpft und an Einfluß gewonnen⁷⁴. Da China keinen Schutz zu gewähren in der Lage war, konnte Rußland an seine Stelle treten. Es bestand damit die Möglichkeit, daß es den Franzosen einst in Jünnan die Hand reichen konnte.

Der Schwerpunkt dieses großen, sich über Asien erstreckenden Gegensatzes lag jedoch damals in China. Das Jahr 1897, in dem Deutschland sich in Kiautschou und Rußland in Port Arthur festsetzten, bezeichnete einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte Chinas. England, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan waren nicht geneigt, die Festsetzung zweier großer europäischer Mächte an der chinesischen Küste ruhig hin-

69. Doc. dipl. Fr. Bericht des französischen Vizekonsuls in Bagdad, 225 (7. 5.); 396 (14. 9.); G. P. 17, 527 (28. 9. 1900); 17, 529 (5. 1.).

70. Lansdowne Biographie S. 332 f. Brief Sir A. Hardinges v. 5. 3. 01.

71. Lansdowne Biographie S. 380 ff. Lord Curzons Brief vom 5. 4. 01; B. D. IV, S. 356—363.

72. vgl. Harald Nicolson a. a. O. S. 262 ff.

73. Die russische Presse (Petersburger Börsenzeitung, Wjed laut Kreuzzeitung vom 27. 11. 1901) forderte die Errichtung einer diplomatischen Vertretung in Afghanistan. Vgl. Lansdowne, Biographie S. 271 und den dort abgedruckten Brief vom 22. 7. 1903.

74. Lansdowne, Biographie S. 272; Kreuzzeitung 3. 7. 01., 4. 12. 01.

zunehmen. Englands und Amerikas natürliches Interesse war die Aufrechterhaltung der Politik der „offenen Tür“⁷⁵, bei der das ganze Land dem wachsenden Handel bei verhältnismäßig geringen Zöllen zugänglich war. Diese Politik war damals in erster Linie durch Rußland, dann auch durch Deutschland bedroht, die sich Interessensphären aus dem Gesamtgebiet herausgriffen. Dadurch wurde England gleichfalls zu entsprechenden Maßnahmen (Besetzung von Wei-Hai-Wei) gezwungen. Diese Politik hätte mit der Aufteilung Chinas nach dem Vorbilde Afrikas geendet. So standen auch die Vereinigten Staaten von Amerika, um ihre wachsenden wirtschaftlichen Interessen zu schützen, 1898/99 vor der Wahl, mit England zusammenzugehen oder sich selbständig der Aufteilung Chinas zu widersetzen⁷⁶. Der damalige amerikanische Staatssekretär John Hay wünschte die Annäherung an England, die er auch auf anderen Gebieten der englisch-amerikanischen Politik verfolgte (Abschluß des Hay-Pauncefote-Vertrages von 1901 über den Bau des Panama-Kanals)⁷⁷. Im Sinne Hays lag eine gemeinsame Politik zusammen mit England und Japan, die bei einem weiteren Ausbau ein englisch-japanisches Bündnis unnötig gemacht und damit eine zu große Stärkung Japans in der Anlehnung an England zugleich vermieden hätte.

Ein englisch-amerikanisches Bündnis ließ sich infolge einer Reihe noch ungelöster inner- und außeramerikanischer Fragen nicht erreichen⁷⁸. — Vom amerikanischen Standpunkt war des-

75. Tyler Dennett: *Americans in Eastern Asia*, New York 1922, S. 634 ff; E. Daenell — A. Hasenclever: *Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, 3. Aufl. Leipzig 1923, S. 118 f.

76. Dennett a. a. O. S. 643.

77. A. Hasenclever, *Besprechung der Biographie* "The Life and Letters of John Hay" by William Roscoe Thayer, 2 Bd. London 1916, *Historische Vierteljahrsschrift* 20 (1920—21) S. 226 ff.; R. G. Adams, *A history of the Foreign Policy of the United States*, New York 1924, S. 324 ff.; 249 ff. Max Silberschmidt: *Großbritannien u. d. Vereinigten Staaten* Leipzig 1932, S. 66.

78. Hay schrieb am 24. 9. 1899: "The fact is, a treaty of alliance is impossible. It could never get through the Senate. As long as I stay here no action shall be taken contrary to my conviction that the one indispensable feature of our foreign policy should be a friendly understand-

halb eine Chinapolitik erwünscht, die — ohne die Form eines Bündnisses anzunehmen — China vor der Aufteilung bewahrte. Das suchte Hay in seinen Vorschlägen vom 6. 9. 99 an die in China interessierten Mächte zu erreichen, in denen er um „formelle Erklärungen“ über die Aufrechterhaltung der „offenen Tür“ in China bat. Das Ziel wurde in den Antworten nicht ganz erreicht, da die einzelnen Mächte gewisse Vorbehalte hinsichtlich ihrer Sonderrechte in China machten, immerhin wurde der Aufteilungsprozeß Chinas aufgehalten⁷⁹.

Diese „Hay-Noten“ waren somit nur eine Zwischenlösung der chinesischen Frage. Schon die Folgen der Boxerunruhen zeigten, daß sie ebenso wie das am 16. Oktober 1900 zwischen Deutschland und England geschlossene Yangtse-Abkommen⁸⁰ nicht ausreichten, das Vorrücken der Russen in der Mandschurei zu verhindern. Hay hatte damals Amerikas Ziele in folgender Weise formuliert: „The policy of the Government of the United States is to seek a solution which may bring about permanent safety and peace to China, preserve Chinese territorial and administrative entity, protect all rights to friendly powers by treaty and international law, and safeguard for the world the principle of equal and impartial trade with all parts of the Chinese Empire⁸¹.“

England und Japan verfochten auf das energischste den Grundsatz der Unteilbarkeit und Selbständigkeit Chinas, die Vereinigten Staaten verfolgten — nur mit dem Unterschiede nicht so weitreichender wirtschaftlicher und politischer Interessen — die gleiche Politik. Ihnen gegenüber stand Rußland, das sich als Herr der Mandschurei betrachtete. — So drohten die schwierigen Abwicklungsgeschäfte des Feldzuges gegen die Boxer in den ersten Monaten des Jahres 1901 durch das russische Vorgehen in der Mandschurei ernstlich gefährdet zu werden. In diesen scharfen englisch-russischen Gegensatz wurde das Deut-

ding with England. But an alliance must remain, in the present state of things, an unattainable dream.” Thayer W. R., „John Hay” Vol. 2, S. 221.

79. T. Dennett a. a. O. S. 646 f.

80. T. Dennett a. a. O. S. 642 Anm.

81. T. Dennett a. a. O. S. 657.

sche Reich auf Grund des deutsch-englischen Abkommens vom 16. 10. 1900 verwickelt. In Japan wuchs die Erbitterung über Rußlands Verhalten aufs höchste⁸². England und Japan wünschten beide eine energische Anwendung des Abkommens von 1900. Bei der deutschen Auslegung des Abkommens⁸³ und bei dem Wunsche Bülow's, sich nicht gegen Rußland vorschieben zu lassen⁸⁴, konnte es nicht zweifelhaft sein, daß Deutschland sich den Wünschen, mit Hilfe des deutsch-englischen Abkommens die Aneignung der Mandschurei zu verhindern, verschließen würde. Anfang Februar 1901 trat Lansdowne an den deutschen Botschaftssekretär in London, Freiherrn von Eckardstein, heran und besprach mit ihm die mandschurische Frage⁸⁵.

Deutschlands Stellung zu dem Vordringen der Russen würde, so erklärte der Minister, die Chinapolitik Englands entscheidend beeinflussen, und darum bäte er um die Ansicht der deutschen Regierung. Der Reichskanzler Bülow suchte dann, indem er sich nicht an die von Deutschland und England verschiedenen interpretierten Artikel I und II des sogenannten Yangtse-Abkommens hielt, durch die Erklärung, daß nach deutscher Ansicht „die chinesische Regierung keine Einzelverträge abschließen dürfe, ehe sie die Friedensbedingungen und ganz besonders auch die Kriegsentschädigungsforderungen erfüllt hätte⁸⁶“, die Angelegenheit zu regeln. Der Zweck wurde erreicht, zugleich eine offene Option Deutschlands gegen Rußland vermieden⁸⁷.

Lansdowne erklärte sich am 12. 2. mit dem Weg Bülow's einverstanden; allerdings werden wir in den englischen Akten

82. Doc. dipl. Fr. 63 (31. 1. 01.).

83. Den Text des russisch-chinesischen Mandschureiabkommens siehe Doc. dipl. Fr. 63 (31. 1.)

84. Ende Januar 1901 hatte es die deutsche Regierung bereits abgelehnt, zusammen mit den Engländern gegen eine chinesische Landabtretung, die Rußland am Peiho im November 1900 erworben hatte, auf Grund des Yangtse-Abkommens zu protestieren. B. D. II, Nr. 28; G. P. 10, 282; 16, 288 ff.

85. B. D. II, Nr. 29 und 43; G. P. 16/313.

86. G. P. 16, 317.

87. Friedrich Meinecke: Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems. 1890—1901, München-Berlin, 1927, S. 190.

den Niederschlag dieser Angelegenheit, in der die Engländer sich in bezug auf das deutsch-englische Abkommen vom Oktober 1900 von Deutschland im Stiche gelassen fühlten, später noch sehen können⁸⁸. — Die Frage, ob China den ihm von Rußland aufgezwungenen Mandschureivertrag unterzeichnen würde, hielt bis Anfang April die an China interessierten Mächte in Spannung. Bülow erklärte am 15. 3. im Reichstag: „Das deutsch-englische Abkommen bezieht sich nicht auf die Mandschurei“, er setzte jedoch hinzu: „China darf jetzt nichts weggeben ad fraudem creditorum“. Lansdowne, dem daran lag, daß der Vertrag von beiden Mächten in derselben Weise ausgelegt wurde, mußte sich von Lascelles belehren lassen, daß die Deutschen von Anbeginn an die Mandschurei als nicht unter das Abkommen fallend erklärt hatten⁸⁹.

Die Spannung in China steigerte sich in der zweiten Hälfte des März. In den Tagen, in denen zwischen Eckardstein und Lord Lansdowne die ersten Bündnisbesprechungen⁹⁰ stattfanden, drohte es am Peiho, wo sich russische und englische Truppen gegenüberstanden, um die englischen Eisenbahnrechte zum offenen Streit zu kommen. Der Streit wurde am 21. 3. 1901 fürs erste beigelegt⁹¹. Am 28. März äußerte sich Lord Lansdowne im Oberhaus eingehend über die politische Lage in Ostasien und bemühte sich, den englischen Standpunkt dem deutschen möglichst anzugleichen⁹². Aber wie der französische Botschafter in London, Paul Cambon, an Delcassé schrieb: dennoch sei es klar, daß Deutschland der englischen Politik nur, soweit es die deutschen Interessen erlaubten, folge. „L'Angleterre est isolée et ses forces restent immobilisées dans l'Afrique du Sud. Elle devra donc se résigner à laisser la Russie faire en Chine ce qu'elle voudra⁹³.“

Immerhin wich Rußland Anfang April vor dem Widerstand

88. B. D. II, Nr. 30.

89. B. D. I, Nr. 35.

90. vgl. Kap. III.

91. G. P. 16, 307.

92. Rede des englischen Außenministers abgedruckt in der "Times" 29. 3. 01.

93. Doc. dipl. Fr. 162 (30. 3. 01).

der Mächte⁹⁴ zunächst zurück und ließ den einzelnen Regierungen mitteilen, daß es das mandschurische Abkommen nicht weiter verfolgen, sondern in Ruhe die weitere Entwicklung abwarten wolle⁹⁵.

Für den Augenblick war es ein Erfolg, den man auf englischer Seite dem von den Vizekönigen getragenen nationalen Widerstand Chinas zuschrieb⁹⁶. Aber die russisch-chinesische Spannung war damit nicht aus der Welt geschafft, nach wie vor blieben die russischen Truppen in der Mandschurei. Ende Juni begann Rußland aufs neue Verhandlungen mit China anzubahnen. Wirksam aber konnte England den russischen Zielen nur entgegentreten, wenn es einen Helfer oder eine feste Anlehnung fand.

So ist denn die politische Lage in Ostasien für das Zustandekommen und für die Gestaltung der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen ausschlaggebend gewesen. Dem Versuche Chamberlains und seiner Freunde, Deutschlands Hilfe gegen Rußland zu gewinnen, ging 1898 der großzügig angelegte Versuch des englischen Premierministers Salisbury voraus, sich direkt mit den Russen zu verständigen. Auf jenen Verständigungsversuch soll im folgenden kurz hingewiesen werden, da der Plan Salisburys auf nichts Geringeres als auf die friedliche Lösung eines Weltgegensatzes abzielte und dieser englische Lösungsversuch indirekt zu dem Problem der 1898—1901 angestrebten englisch-deutschen Verständigung gehört.

Bald nach der Besetzung Kiautschous durch die Deutschen (14. 11. 1897) und der Entsendung russischer Schiffe nach Port Arthur (18. 12. 1897) hatte Salisbury am 17. Januar 1898 die Initiative ergriffen⁹⁷ und, ermutigt durch die russische Gegen-

94. Alle Mächte mit Ausnahme Frankreichs und Belgiens erhoben gegen das Mandschurei-Abkommen Einspruch. Doc. dipl. Fr. 106 (25. 2. 01.). Delcassé legte, wie es in einer an den Grafen Lamsdorff gerichteten Note vom 12. 1. 01 ausgedrückt war, besonderes Gewicht auf eine Übereinstimmung der französischen und russischen Politik. Doc. dipl. Fr. 62 (31. 1.).

95. G. P. 16, 351; B. D. II Nr. 65.

96. B. D. II, Nr. 46; "Times" 8. 4. 01; England unterstützte systematisch die Vizekönige. Doc. dipl. Fr. 550 (3. 12.).

97. B. D. I. Nr. 5.

antwort⁹⁸, seine Pläne enthüllt, die auf eine englisch-russische Teilung der Interessensphären in China und dem Türkischen Reiche hinausliefen⁹⁹. Ein solches Gesamtabkommen, das über die früheren Salisburyschen Pläne¹⁰⁰ hinausging, konnte — das war der Zweck — den Druck auf die englische Front verteilen, wenn nicht nach Kleinasien und Europa zurücklenken. In China sollte das Yangtsetal England zufallen, während für Rußland der Hoangho die südliche Grenze sein sollte. Soweit die Türkei in Betracht kam, so ist aus den sehr vorsichtig zusammengestellten englischen Akten doch wohl zu schließen, sollte den Russen Konstantinopel, ja wohl auch die Dardanellen¹⁰¹, dazu dann das Flußgebiet des Euphrat bis Bagdad gegeben werden.

England wollte Ägypten, Arabien, d. h. den Ländergürtel bis zum wichtigen Persischen Golf als sein Einflußgebiet sich sichern. Wenn die englische Regierung stets deutlich zum Ausdruck brachte, daß sie "a partition of preponderating influence and not a partition of territory"¹⁰² wollte, so war das bei der anerkannten Schwierigkeit der Meerengenfrage, den Interessen Österreichs, Frankreichs, Deutschlands, Japans, der Vereinigten Staaten und der Türkei wohl nur der einzige Weg, auf dem eine in solcher Richtung sich bewegende, den Krieg möglichst vermeidende Politik verfolgt werden konnte. Gingen aber die beiden Großmächte England und Rußland auf einem solchen, in der Zukunft dann auszubauenden Wege vorsichtig zusammen und verteilten die wertvollsten Teile der Türkei unter sich, dann konnte es auch für den nahen Osten heißen "if we came to an understanding our rule would be law"¹⁰³. Aber die Russen

98. B. D. I, Nr. 6 u. 8.

99. B. D. I, Nr. 9.

100. Vgl. die Geschichte des Salisbury'schen Teilungsplanes 1876/77; 1887; 1895; Meinecke: Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems, 12 f., Kap. 3, 75 f.; Hans Rothfels: Zur Beurteilung englischer Vorkriegspolitik, Arch. f. Politik u. Geschichte VII, 1926, 603 f.

101. Vgl. B. D. I, Nr. 9 und das weitergehende Anerbieten in Nr. 17 Anlage "The portion of the Ottoman Empire which drains into the Black Sea or the Sea as far as the beginning of the Aegean Sea", S. 13 (vgl. auch G. P. 17, 373). —

102. Anlage zu B. D. I. Nr. 16. —

103. B. D. I, Nr. 8.

wußten genau, daß ein Aufrollen der Meerengenfrage sofort europäische Verwickelungen ausgelöst und somit die Ostasienpolitik in ihrem Erfolg in Frage gestellt hätte¹⁰⁴. Ihnen waren — ähnlich wie den Engländern — jetzt die Dinge in Ostasien wichtiger als die Meerengenfrage, ihr Ziel, Port Arthur, und damit eine sehr schwer anzugreifende, wenn nicht beherrschende Stellung im Golf von Petschili, sollte in diesem günstigen Zeitpunkt, den Deutschland durch sein Vorgehen geschaffen hatte¹⁰⁵, verwirklicht werden.

Und doch sah Salisburys Plan für Rußland gleichfalls sehr große Vorteile in China vor. Konnte Rußland mit Englands Billigung seinen Einfluß bis an den Hoangho vorschieben, dann waren Landschaften von gewaltigen Ausmaßen — einschließlich Peking — an Rußland gegeben, die ein chinesischer Kriegshafen im russischen Besitz nicht aufwiegen konnte.

Wenn dazu, wie Salisbury dachte¹⁰⁶, jedes Land im Falle gegenseitiger Meinungsverschiedenheiten der anderen vertragsschließenden Partei in ihrer Einflußsphäre nicht nur nachgab, sondern auch half, dann hatten die anderen Mächte in ihrem Vorgehen mit dem englisch-russischen Machtblock zu rechnen. Wohl blieb eine Fülle von Schwierigkeiten, mit die wichtigste Frage bestand darin, unter welchen Sicherungen man Nord-China den Russen überlassen konnte¹⁰⁷; ferner die Enttäuschung und die Eifersucht der anderen Mächte, Japans und Amerikas Gegnerschaft, wenn ihnen nicht Interessengebiete eingeräumt wurden, der Gegensatz zwischen den beiden Partnern Rußland und dem handelsstärkeren England auf wirtschaftlichem Gebiete¹⁰⁸.

Sicher werden sie und noch andere Faktoren von Salisbury nicht verkannt worden sein, dennoch fragte er entschlossen: "Is ist insuperable?" Kam ein solches Abkommen zustande, dann war vor allem England entlastet; es hatte sich große Einflußgebiete gesichert, es hätte im Norden Chinas allerdings

104. vgl. Meinecke a. a. O., S. 57 ff.

105. B. D. I. Nr. 38; G. P. 14, 158.

106. B. D. I. Nr. 8.

107. vgl. auch des Botschafters O'Connor Bedenken B. D. I, Nr. 6, letzter Satz.

108. B. D. I. Nr. 8; vgl. Nr. 163.

Opfer bringen müssen. Rußland hätte zwar Port Arthur nicht bekommen, dafür konnte es sich aber weite Landschaften erschließen. Dazu bekam es allerdings die türkische Erbschaft, und sofort hätte sich der Schwerpunkt der russischen Macht nach Europa wenden müssen. Dieser Salisburysche Plan, vorsichtig gehandhabt und allmählich ausgebaut, bedeutete den Versuch einer friedlichen Lösung eines Weltgegensatzes. Frankreich konnte gegen den russischen Verbündeten verstimmt werden, der Zweibund hätte gelockert werden können, wenn es der französischen Diplomatie nicht gelang, Kompensationen zu erlangen oder unter russischer Hilfe auf eine englisch-französische Verständigung hin zu arbeiten. Es ist aber interessant zu beobachten, daß Salisbury von sich aus am 28. 1. 1898, also in den Tagen des englischen Angebots an Rußland, den territorialen Wünschen der Franzosen in der so gespannten Nigerfrage sehr entgegenkommen wollte¹⁰⁹.

Die nachteiligsten Folgen und Rückwirkungen mußte eine solche Konstellation und selbstverständlich schon eine englisch-russische Verständigung auf den dann ganz vereinsamten Dreibund ausüben; Österreich war in erhöhtem Maße Gefahren ausgesetzt, Italien hätte einfach bei England oder Frankreich Anschluß suchen müssen. Das isolierte Deutschland hätte, wenn es Kiautschou und die Bagdadbahn nicht besser aufgab, jederzeit schon an diesen beiden Punkten den Druck der Nachbarn gespürt. Ein schwacher Punkt des Salisburyschen Planes, der aber gegen jede Abmachung eingewandt werden konnte, war die Frage, auf wie lange England Rußlands sicher sein konnte¹¹⁰. In diesem kühnen und großzügigen Plane — und das verleiht ihm seine Bedeutung — steckte die Möglichkeit, der Welt den Frieden zu erhalten, einen Frieden allerdings, bei dem Englands Weltstellung relativ am besten gesichert blieb, und Rußlands Politik für längere Zeit mit der Lösung der im Rahmen dieses

109. B. D. I, Nr. 163.

110. "At the same time it becomes the more important to take care that any understanding we may come to gives no such headway that it cannot be set aside when it may seem to Russia to have served its temporary purpose". B. D. I. Nr. 6 N. O. Conors Schreiben an Salisbury 20. I. 98.

Abkommens liegenden großen, außen und innenpolitischen Aufgaben hinreichend beschäftigt war.

Diese Erwägung über die Tendenzen der Salisburyschen Politik gehören u. E. darum an den Beginn eines Überblickes über die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1901, weil die Aufgaben der englischen Politik im Jahre 1901 letzten Endes die gleichen waren wie 1898. Salisbury hatte 1898 versucht, die Schwierigkeiten durch die Verbindung des Chinaproblems mit der türkischen Frage zu lösen. Als der Plan gescheitert war, hatte Chamberlain 1898 und 1899 Deutschlands Hilfe und Unterstützung gegen Rußland durch ein deutsch-englisches Bündnis erlangen wollen¹¹¹.

In der Folgezeit waren mehrere für das deutsch-englische Verhältnis wichtige Fragen, die den Weg für ein deutsch-englisches Zusammengehen ebnen konnten — erinnert sei nur an das Samoa-Abkommen, das Abkommen über die portugiesischen Kolonien und das Yangtse-Abkommen — gelöst.

Als es im Jahre 1901 unter besonderen Umständen zu neuen deutsch-englischen Verhandlungen kam, gewannen gegen Ende der Bündnisbesprechungen Gedanken und Pläne des englischen Außenministers Lord Lansdowne konkretere Gestalt, die innerlich manches Gemeinsame mit dem Salisburyschen Plane vom Jahre 1898 aufwiesen. — Zu Beginn der durch Kiautschou und Port Arthur eingeleiteten Neuorientierung der englischen Politik stand der Gedanke einer englisch-russischen Verständigung über China und Vorderasien, gegen Ende des Jahres 1901 erwog man in der englischen Regierung, die englisch-japanische Verständigung über Ostasien durch ein deutsch-englisches Abkommen über Vorderasien und das Mittelmeer zu sichern und zu erweitern.

111. Die Bündnisverhandlungen 1898 und 1899 sind u. a. in W. Beckers Buch: Bülow und England, S. 57 ff., 134 ff. dargestellt. Da die englischen Akten nur sehr wenig Neues bringen, soll in diesem Zusammenhang nicht weiter auf die ersten Erörterungen Chamberlains und seiner Freunde eingegangen werden.

Zweites Kapitel.

Die politische Lage des Jahres 1901 im Spiegel der deutschen und englischen Presse.

Um den Hintergrund der Geschehnisse weiterzuspannen, möge zunächst ein Überblick über die Stimmungen in England und Deutschland, wie sie sich in politischen Zeitungen und Zeitschriften spiegeln, eingeschaltet sein. Auch von hier aus läßt sich mancherlei zum Verständnis der politischen Lage, wie sie sich im Jahre 1901 zwischen den beiden Ländern entwickelte, beitragen. In den Kreis der Betrachtung wurde eine Anzahl deutscher und englischer Zeitungen und Monatsschriften aus dem Jahre 1901 gezogen; es kann bei einem solchen Überblick nicht auf Vollständigkeit, sondern nur auf das Herausgreifen von wesentlichen Fragen und Zusammenhängen ankommen. Dürfen die Stimmen der Presse oder mit ihnen die öffentliche Meinung in ihrem Einfluß auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse auch keineswegs überschätzt werden, als Spiegel politischer Strömungen und Stimmungen sind sie für die Vervollständigung des Bildes wichtig.

Bei dem Überblick über die Ereignisse wird zunächst auf Geschehnisse wie Kaiserbesuch in England, Burenkrieg, China-Frage eingegangen, erst anschließend folgen die Urteile der Presse zu den allgemeineren und entscheidenderen politischen Fragen.

Im Vordergrund des Interesses und der allgemeinen Anteilnahme stand zu Beginn des neuen Jahres die Krankheit und der Tod der Königin Viktoria von England. Wilhelms II. schneller Entschluß, sich nach Osborne zu der Großmutter zu begeben, war in der englischen Öffentlichkeit mit Wärme und

Verständnis aufgenommen worden¹. Die Stimmung blieb unverändert, als der Kaiser erst Anfang Februar nach der Beisetzung nach Deutschland zurückkehrte. Auf der Fahrt zum Bahnhof wurden dem Kaiser lebhaftige Huldigungen gebracht.

Zeitungen wie "St. James Gazette", "Daily Express", "Daily Telegraph"² und "Times" widmeten dem Kaiser freundliche Worte zum Abschied. Die "Times" erklärten, kein königlicher Besuch habe jemals auf das Herz und die Gesinnung des englischen Volkes einen so tiefen Eindruck gemacht wie der Besuch des deutschen Kaisers. Zum Schluß hieß es jedoch, daß der Besuch "should prejudice our relations with other great nations is too absolutely incredible³."

Diesen Schlußsätzen ist eine besondere Bedeutung beizulegen, denn der Gedanke Wilhelms II., der am Vortage in Marlborough-House eine kurze Ansprache, die in der Aufforderung zu einer Allianz gipfelte, gehalten hatte⁴, wurde von den "Times" kurz und deutlich abgelehnt. Ähnlich sprach sich einige Monate später die "Nineteenth Century Review"⁵ aus. Auf deutscher Seite war es, wie die "Times" hervorhoben⁶, allein die „Kölnische Zeitung“, die die Gefühle der englischen Öffentlichkeit erwiderte und die hohen Ehrungen, die Wilhelm II. während seines Aufenthaltes erwiesen waren, würdigte.

„Wenn“, so meinte die halboffiziöse „Kölnische Zeitung“ in ihrem Leitartikel vom 7. 2., „wir hüben und drüben ehrlich sein wollen, so hat in dem häufigen Hader der letzten Jahre nichts so trennend gewirkt als Tinte und Druckerschwärze“. — Im konservativen Lager sah man in dem langen Englandaufenthalt des Kaisers etwas geradezu Gefährliches⁷. Blätter, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, „Kreuzzeitung“, „Deutsche

1. Bülow, Erinnerungen I, S. 505.

2. Auszüge in der „Kölnischen Zeitung“, 1. 2. 01.

3. "Times", 6. 2. 01.

4. Sir Sidney Lee: Edward VII. Biographie, Bd. II, 11.

5. "Nineteenth Century Review" April 1901, Bd. 49, S. 532.

6. "Times" 29. 1. 01.

7. Wie der Generaladjutant des Kaisers, v. Plessen an Bülow schrieb, erschiene auch den Engländern der Aufenthalt des Kaisers zu lang. Sie machten aber "aus der Not eine Tugend". Bülow-Erinnerungen I, S. 507.

Zeitung“, „Der Reichsbote“, „Der Hamburger Korrespondent“⁸ erhoben entrüstet Einspruch gegen die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Lord Roberts⁹. „Gerade wegen der gewaltigen Machtstellung, die der deutsche Kaiser und König von Preußen einnimmt, und wegen der Bedeutung, die alle seine Handlungen und Worte deshalb beanspruchen müssen, halten wir uns für verpflichtet zu reden, wenn zu befürchten ist, daß Monarch und Volk sich nicht verstehen“, hieß es in der „Kreuzzeitung“¹⁰.

Die Handlungen des Kaisers wurden in England als Zeichen verwandtschaftlicher Anhänglichkeit und Freundschaft aufgefaßt, in Deutschland wurde ihnen eine politische Bedeutung beigelegt. So glaubten denn die „Times“ für Deutschland die Folgerungen ziehen zu dürfen „that the great mass of the public views with distrust His Majesty's declared Anglophil convictions“¹¹.

Neben den Ereignissen auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatze, die wir in ihrer Wirkung auf die öffentliche Meinung weiter unten behandeln, erforderten die Vorgänge in Ostasien die volle Aufmerksamkeit der Welt. Die nur mühsam erhaltenen Einigkeit der Großmächte wurde zu Beginn des Jahres 1901 empfindlich durch das russische Vorgehen gegen die Mandschurei gestört. Dem Times-Korrespondenten in Peking, Dr. Morrison, gelang es im Februar den Text des Mandschureivertrages zu veröffentlichen, den Rußland der chinesischen Regierung aufzwingen wollte¹². Energisch wandten sich in einer Reihe von Aufsätzen die „Times“ gegen das russische Ansinnen, das die völlige Überlassung der Mandschurei an Rußland bedeutet hätte¹³.

Wie sehr es geboten war, den beruhigenden Zusicherungen in Petersburg zu mißtrauen, bewiesen die weiteren aus China kommenden Nachrichten. Die „Times“ schrieben daher, Rußland glaube „China und den Mächten in gleicher Weise seinen

8. „Frankfurter Zeitung“, 9. 2. 01.

9. Bülow, Erinnerungen I, S. 508.

10. „Kreuzzeitung“ 8. 2. 01.

11. „Times“ 29. 1. 01.

12. „Times“, 1. 3. 01.

13. „Times“, 14. 3., 20. 3. 01; B. D. II. Nr. 47 u. 60.

Willen mit Unverfrorenheit aufzwingen zu können“¹⁴. Überhaupt war es für die „Times“ ein Anlaß der Sorgen, daß angesichts des deutschen Einflußgebietes in Shantung und der russischen Erwerbungen im Norden der „Jangtze is steadily growing less and less British and more and more international“¹⁵.

Unter diesen Umständen war für die Politik der am meisten beteiligten Mächte, England und Japan, die Haltung Deutschlands von großer Wichtigkeit. Der Stimmen, die sich in der deutschen Öffentlichkeit für ein deutsch-englisches Zusammengehen gegen Rußland einsetzten, waren nur wenige. H. Delbrück meinte in den „Preußischen Jahrbüchern“¹⁶, daß Deutschland im Verein mit England die Politik der „offenen Tür“ aufrecht erhalten müsse und infolgedessen „hier in seinem sehr gefährlichen, sachlichen Gegensatz zu seinem östlichen Nachbarn“ stehe¹⁷.

Blätter, wie die „Kreuzzeitung“¹⁸ und die „Frankfurter Zeitung“¹⁹ sahen für Deutschland keine Veranlassung, sich zugunsten der Engländer, deren Ansehen und Macht durch den Burenkrieg aufs schwerste beeinträchtigt sei, einzusetzen.

In seiner Oberhausrede vom 28. 3. 1901²⁰ bemühte sich der Außenminister Lord Lansdowne, den englischen Standpunkt der Auffassung Bülow's über die Auslegung des Yangtse-Abkommens anzugleichen. Anschließend an eine Wiedergabe der Meinungen der deutschen Presse über die Rede Lansdownes²¹ wies der Berliner Times-Korrespondent Saunders auf die für Deutschland gegenwärtig günstige Lage hin „Russia has already offi-

14. „Times“, 4. 3. 01.

15. „Times“, 11. 3. 01.

16. „Preußische Jahrbücher“, 103 (1901) S. 189.

17. Vgl. „Grenzboten“, 2 (1901) S. 233.

18. „Kreuzzeitung“, 27. 3. 01.

19. „Frankfurter Zeitung“, 2. 3.; 16. 3. 01.

20. abgedruckt in „Times“ von 29. 3. 01.

21. so schrieb z. B. die „Post“ am 31. 3. . . . „denn es muß selbstverständlich allen bei der chinesischen Aktion beteiligten Großmächten fernliegen, Rußlands berechnete Interessen in irgendeinem Punkte zu schädigen oder China zu einem Widerstande gegen dieselben zu ermutigen“.

cially expressed her satisfaction with Count von Bülow's attitude. Lord Lansdowne hastens to do the same on behalf of Great-Britain²²."

Die "Times", die es schon bei Beginn des Jahres nicht an Angriffen gegen die deutsche Auffassung des Mandschureivertrages hatten fehlen lassen²³, waren geneigt, an einen russisch-deutschen Geheimvertrag über China zu glauben²⁴.

Im weiteren Verlauf des Frühjahrs und Sommers blieb der China-Feldzug ein Anlaß zu Reibungen hüben und drüben²⁵. In Deutschland machte sich angesichts der hohen Kosten eine Ernüchterung an dem Unternehmen des China-Feldzuges breit.

Dazu kam die Überzeugung, daß die wichtigsten Fragen trotz des endlich erreichten Friedensschlusses nicht zu einer Lösung gebracht waren²⁶. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb am 6. 9. 1901: „Bestehen bleibt die Rivalität der Mächte, zumal die Ereignisse Rußland die Gelegenheit boten, die Hand auf die Mandschurei zu legen. Es steht nach wie vor ein offenes Pulverfaß in China und niemand kann wissen, wann der Funke hineinfällt, der es zum Explodieren bringt²⁷.“

Auf allen Seiten sah man, daß es um den Besitz der Mandschurei und Korea zum Kampfe kommen konnte²⁸. Die "Times" brachten die Bereitschaft zur Verständigung mit Rußland Ende Juni erneut zum Ausdruck²⁹, als die russische Regierung die Chinesen zur Aufnahme von Verhandlungen drängten. Bei der

22. "Times" 20. 3. 01.

23. "Times", 7. 1. 01.

24. "Times", 18. 3. 01.

25. "Times", 1. 5., 17. 5. 01, sie wandten sich gegen die Sonderexpeditionen des Feldmarschalls Waldersee. "Times", 11. 6. 01 enthielten einen scharfen Angriff gegen die nach Shanghai verlegte 800 Mann starke deutsche Besatzungstruppe. Vgl. „Post“, „Vossische Zeitung“, 12. 6. 01.

26. „Kreuzzeitung“, 22. 5. 01.

27. „Frankfurter Zeitung“, 6. 8. 01.

28. Petersburger Briefe der „Politischen Korrespondenz“ abgedruckt in der „Kreuzzeitung“, 30. 10. 01; die Kriegsstimmung der japanischen Presse schilderte der französische Gesandte in Tokio, Doc. dipl. Fr. 63 (31. 1.).

29. "Times", 27. 6. 01.

weiteren Gestaltung der Dinge wurde Japan, dessen Bevölkerung über das russische Vorgehen tief erregt war, das umworbene Land. Die „Nowoje-Wremja“ forderte ein russisch-japanisches Zusammengehen, England habe die beiden Länder gegenseitig verhetzt³⁰; auf der anderen Seite ließen es, wie wir noch weiter unten sehen werden, die „Times“ nicht an Hinweisen auf die englisch-japanische Interessengemeinschaft fehlen³¹. Vorläufig blieben jedoch in diesem Zeitpunkt die Dinge in der Schwebe.

Hatten die bisherigen Hinweise auf die Englandreise des deutschen Kaisers zu Beginn des Jahres und auf die Beurteilung der politischen Lage in China bereits eine deutliche Spannung im deutschen und englischen Lager erkennen lassen, so wird diese Bewegung bei einem Blick auf den südafrikanischen Kriegsschauplatz noch klarer.

Die Enttäuschung, daß es nach den Siegen Lord Roberts nicht gelang, die Gegner zum Frieden zu zwingen, kennzeichnet in vielem die innere Lage Englands im Jahre 1901³². Der Kampf gegen die Buren bildete das Gespräch des Tages. Der Kleinkrieg, in dem die Engländer noch manche Schlappen hinnehmen mußten, stellte sich als weit gefährlicher und schwieriger heraus, als man zuerst angenommen hatte³³. Die durch die Kriegskosten verursachten, erheblichen Steuererhöhungen trugen mit dazu bei, daß die Unzufriedenheit im Lande stieg. Zudem zeigte die Regierung zu Beginn des Jahres nach außen nur geringe Initiative. „It is in the ranks of their own supporters that the voice of condemnation is raised most loudly,” schrieb die liberale „Nineteenth Century Review“³⁴. Abhilfe konnte eine neue Regierung nicht bringen, da die liberale Partei durch die Kriegswahlen von 1900 zusammengeschmolzen und zudem durch die verschiedene Einstellung³⁵ der Anhänger zum Buren-

30. zitiert nach „Grenzboten“, I (1901), S. 57 ff.

31. „Times“, 15. 4. 01.

32. „Nineteenth Century Review“ 49 (1901) 1064 ff.

33. „Nineteenth Century Review“ 49 (1901) 142.

34. „Nineteenth Century Review“ 49 (1901) 892.

35. „Frankfurter Zeitung“, 3. 7.; 20. 7. 01; vgl. Doc. dipl. Fr. 297 (22. 6.) Bericht Paul Cambons.

krieg innerlich gespalten war. Auf der einen Seite bekämpften Sir Henry Campbell Bannermann, Morley, Labouchère den Krieg und die Kriegsmethoden, während Lord Roseberry, Mr. Asquith u. a. den Krieg als gerecht und notwendig bezeichneten.

In zahlreichen Reden wandte man sich gegen die "Pro-Boers", the "Little-Englanders" im eigenen Lande, mit aller Macht suchten Minister und politische Führer dazu beizutragen, den Kampf- und Siegewillen stets aufs neue zu entfachen.

Daß hier Chamberlain der energische Kämpfer war, ergibt sich aus seiner ganzen Einstellung. Nie ließ er einen Zweifel darüber aufkommen, daß vor Unterwerfung der Buren an Frieden nicht zu denken sei. (z. B. vgl. seine Parlamentsrede vom 18. 2.; Rede vom 10. 5.)³⁶ Aber auch Salisbury war der gleichen Ansicht: "Unless we are masters and conquerors, there is no hope for abiding peace" erklärte der Premierminister bei Eröffnung der Aussprache über die Thronrede Eduards VII. am 14. 2.

Nach der Rückkehr aus den Ferien fand Lord Salisbury am 13. 5. in einer ausführlichen Rede über die Weltlage scharfe Worte gegen die Buren, er fuhr dann fort "still it is now a great achievement that there is no Great Power but knows that if it defies the might of England, it defies one of the most formidable enemies it could possibly defy." Die "Times" zollten dieser Rede, die nach ihrer Ansicht "in a strain of imperialistic fervour" gehalten wurde, warme Anerkennung³⁷.

Auch die „Post“ schrieb am 14. 5. . . . „Im ganzen klang aus der Rede des Premierministers ein zuversichtlicherer und selbstbewußterer Ton hervor, als wir ihn in den letzten zwei Jahren aus englischem Munde gehört haben³⁸“. Die „Vossische Zeitung“ bemerkte am gleichen Tage — 14. 5. — zu der Rede des Premiers: „Gestern hat sich nun auch Lord Salisbury bei einem Bankett vernehmen lassen und dabei bald in pharisäi-

36. so sagte Chamberlain am 10. 5: "A seat lost to the Government was a seat gained to the Boers". "Times" 11. 5. 01.

37. "Times", 14. 5. 01.

38. "Post" 14. 5. 01.

schem, bald in prahlerischem Tone Dinge behauptet, auf welche die radikale Presse die Antwort nicht schuldig bleiben wird³⁹.“

Das Wort des Gesandten Paul Metternich vom Juni 1900, daß das Selbstgefühl der Engländer durch den Burenkrieg gewachsen sei⁴⁰, fand auch hier seine Bestätigung: „The war, as those rivals themselves reluctantly perceive, has knit the Empire together as it was never knit before,“ hieß es in den „Times“ vom 2. 7. 01⁴¹.

Die Stellung der Regierung stärkte sich durch die Erledigung großer sachlicher Aufgaben wie der Heeresreform. Man wünschte und hoffte, daß die Regierung nun noch stärker einen festen, entschiedenen Kurs zeigte. So schrieben die „Times“ in ihrem Leitartikel vom 24. 10., als Salisbury aus den Ferien nach England zurückkam „At the same time it would be as well if ministers could understand that the public is getting rather weary of the general slackness of the Government Policy“⁴².

Trotz aller Kritik an den Regierungsmaßnahmen stand das englische Volk hinter der Politik, die Buren bis zur Unterwerfung niederzuringen. Den umgekehrten Erfolg übte dieser südafrikanische Krieg auf die Stimmung der übrigen europäischen Völker aus. Es ist bekannt, wie in einem jeden der wichtigeren europäischen Länder eine wachsende Partei von Freunden des Burenvolkes auf die Stimmung des Landes einwirkte. Die Engländer behielten es vor allem in der Erinnerung, daß die deutsche öffentliche Meinung sich gegen diesen Krieg wandte. Bei einem Blick durch die hier herangezogenen Zeitungen finden sich zahlreiche Betrachtungen und Berichte über den Krieg, aus denen die Teilnahme am Schicksal der Buren in ihrem Kampf gegen die erdrückende Macht Englands spricht. Deutlicher als in den Leitartikeln zeigte sich die Parteinahme für die Buren in den Meldungen vom Kriegsschauplatz, die jede Schlappe der Engländer und jeden Erfolg der Buren genauestens mit polemi-

39. „Vossische Zeitung“, 14. 5. 01.

40. G. P. 17, 13.

41. „Times“, 2. 7. 01.

42. „Times“, 24. 10. 01.

sierenden, oft geringschätzigen Bemerkungen über die Engländer verzeichneten.

In diesem Eintreten für die Buren waren sich die Blätter der verschiedensten politischen Richtungen mit einigen Ausnahmen, etwa der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, einig. Zu Beginn des Jahres 1901 fehlte es allerdings in diesen Blättern nicht an ernststen Mahnungen an die erregte deutsche Öffentlichkeit⁴³. So schrieb die „Frankfurter Zeitung“ am 30. 1. 1901⁴⁴. ... „Wie stets früher, so halten wir auch jetzt noch die Aufrechterhaltung freundlicher Beziehungen mit England für notwendig und nützlich, allein unsere Freundschaft mit England darf nie so weit gehen, daß dadurch die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland unnützerweise gestört werden, ganz abgesehen davon, daß deutsche Interessen durchaus nicht gefördert werden.“

So trat die „Post“ dafür ein, „zu allen Großmächten, die für uns in Frage kommen, auch zu England, freundliche und gute Beziehungen zu pflegen und zwischen uns und ihnen nicht Streit um Dinge entstehen zu lassen, die, wenn sie uns auch menschlich interessieren, so bei Licht besehen, unser Wohl und Wehe nichts angehen“⁴⁵.

Energisch wandten sich wiederholt die „Grenzboten“ gegen die Englandhetze im Lande⁴⁶. Aus gleichen Gründen wie in den „Grenzboten“ hieß es in den „Preußischen Jahrbüchern“⁴⁷. ... „Man hört es heute ungern, wenn in Deutschland etwas zu Gunsten Englands gesagt wird, aber die demonstrative Hervorkehrung des Hasses gegen England aus Liebe zu den Buren

43. Anlässlich des Besuches König Eduards bei seiner kranken Schwester, der Kaiserin Friedrich, im Februar 1901, hatten sich eine Reihe von Blättern zu maßlosen Angriffen gegen den englischen Herrscher verstiegen, die von Zeitungen wie der „Post“, der „Kölnischen Zeitung“ und vor allem halbamtlich von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zurückgewiesen wurden, die aber doch, wie Bülow in seinen Erinnerungen, Bd. I, S. 516 f. hervorhebt, einen tiefen Eindruck bei dem englischen König zurückließen. Vgl. „Times“ 27. 2. 01.

44. „Frankfurter Zeitung“ 30. 1. 01.

45. „Post“ 2. 3. 01.

46. „Grenzboten“ I (1901) S. 393, 453 ff., 537 ff.

47. „Preußische Jahrbücher“ 1901 (Märzheft).

fügt Deutschland tatsächlich großen Schaden zu. — Die „Kreuzzeitung“ nahm anlässlich der allgemeinen Burenbegeisterung Gelegenheit, sich deutlich gegen die Utopien der Alldeutschen zu wenden, bei aller Abneigung gegen den Burenkrieg als solchen schrieben sie am 29. 5. 1901 ... „und doch sind wir keinen Augenblick an der Überzeugung irre geworden, daß Deutschland zu Gunsten der Buren nicht eingreifen durfte⁴⁸“.

Um die gleiche Zeit hieß es in der „Frankfurter Zeitung“ ... „menschlich steht uns aber ohne Zweifel der Engländer näher. Seine Vergewaltigung der Burenstaaten ist immerhin noch nicht so schlimm wie die Untaten der Russen in China⁴⁹“. Trotz mannigfacher Mahnungen wuchs in Deutschland die allgemeine Erregung.

Protestversammlungen und Resolutionen gegen den Burenkrieg, Ansprachen von Abgesandten der Buren⁵⁰, Reichtagsdebatten und Zeitungserörterungen⁵¹ kennzeichneten die allgemeine Bewegung, die dem Kaiser und der Regierung Anglomanie vorwarf⁵². Die „Kreuzzeitung“ bezeichnete im Juli England durch den Burenkrieg als moralisch und politisch isoliert, fügte jedoch hinzu „das englische Volk wird die Regierung jedoch jetzt nicht im Stiche lassen⁵³“. Im Oktober hieß es in der „Vossischen Zeitung“ ... „Tag um Tag geht die englische Schreckensherrschaft ihren blutgetränkten Weg⁵⁴“ oder einige Tage später berichtete sie, daß nach übereinstimmenden Londoner Meldungen „König Eduard des Krieges in Südafrika müde“ sei⁵⁵.

Die „Frankfurter Zeitung“ faßte eine längere Betrachtung zum Burenkrieg in dem Urteil zusammen „selten hat ein falscher

48. „Kreuzzeitung“ 29. 5. 1901.

49. „Frankfurter Zeitung“, 22. 5. 01.

50. „Times“, 28. 5.; „Frankfurter Zeitung“ 9. 1.; „Kreuzzeitung“ 9. 1.; vgl. Monts a. a. O. S. 393 in einem Briefe an Holstein vom 17. 12. 1899 „Es herrscht ferner bis in die untersten Schichten des Volkes im Süden eine solche Stimmung gegen die Engländer“.

51. Bülow: Erinnerungen I, S. 474.

52. „Magdeburger Zeitung“, zitiert nach „Times“ 22. 5. 01.

53. „Kreuzzeitung“, 3. 7. 01.

54. „Vossische Zeitung“, 19. 10. 01.

55. „Vossische Zeitung“, 22. 10. 01.

Patriotismus soviel Unheil angerichtet wie jetzt in England⁵⁶. — Auf englischer Seite blieben die „Times“ und eine Reihe anderer Blätter die Antwort nicht schuldig⁵⁷. Aber wenn es sich um Zurückweisung derartiger Angriffe und Beschuldigungen handelte, wurden Rußland und Frankreich fast gar nicht, Deutschland dagegen besonders bedacht. So wurde hüben und drüben die Sprache immer gereizter⁵⁸. Als sich die Presseangriffe auf die Taten der englischen Truppen, deren militärisches Können in vielen deutschen Kreisen nicht sonderlich eingeschätzt wurde, häuften, verteidigten die „Times“ in scharfer Sprache die Ehre der Armee.

Auf einen Aufsatz in der „Vossischen Zeitung“, der von Gewalttaten englischer „Söldnertruppen“ in Südafrika an dem „freien christlichen Volk der Buren⁵⁹“ berichtete, antworteten die „Times“: „Calumnies like the above are a scandal and a disgrace to European journalism, and it is well, that Mr. Chamberlain should submit them to the verdict of the British Empire so that its children may form some estimate of the rivalent animosity which inspires their inveterate foes⁶⁰“.

Anknüpfend an einen an die „Times“ gerichteten Brief „Methods of Barbarism in 1870/71 and in 1900/1“, in dem unter Benutzung der Tagebücher von Moritz Busch die deutsche Kriegsführung mit der englischen verglichen wurde, meinten die „Times“ im Leitartikel des gleichen Tages: „The Germans in fact went much further than we have ever done⁶¹“. Man darf wohl sagen, daß die Behauptungen, die Chamberlain in seiner Rede aufstellte, gleichsam in der Luft lagen.

Durch die Edinburger Rede vom 25.10.01⁶² erreichte die gereizte Stimmung in Deutschland und England ihren Höhepunkt. Statt sich ähnlich wie die anderen in der Rede gleich-

56. „Frankfurter Zeitung“, 10. 10. 01.

57. „Times“, 27. 2., 22. 5. 01.

58. „Times“, 22. 5. 01.

59. „Vossische Zeitung“ 30. 6. 01.

60. „Times“, 2. 7. 01.

61. „Times“ 3. 9. 01.

62. abgedruckt in „Times“, 26. 10. 01; Sir Sidney Lee a. a. O. Bd. II, S. 133.

falls erwähnten Völker zu verhalten, brach in Deutschland ein Sturm der Entrüstung über die Worte Chamberlains aus, die vielfach sinnenstellt der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden. Ein wichtiger Grund, daß es einer außerhalb des Parlaments gehaltenen Rede wegen zu einem Sturm der Entrüstung kam, lag in dem Umstande, daß es gerade Chamberlain war, der die Rede gehalten hatte. Immer mehr hatte man sich auf dem Kontinent daran gewöhnt, in Chamberlain den eigentlichen Urheber des verhaßten Burenkrieges zu sehen⁶³.

Eine Welle der Entrüstung, der Protestkundgebungen und Entschließungen ging durch Deutschland⁶⁴. Zeitungen, wie die „Hamburger Nachrichten“⁶⁵, „Vossische Zeitung“⁶⁶, das „Berliner Tageblatt“⁶⁷ griffen den englischen Kolonialminister scharf an. So hieß es in der „Vossischen Zeitung“ ... „Falsche Behauptungen werden durch Wiederholung nicht Wahrheit und im übrigen ist es begreiflich, daß die Engländer, die so tief in Sünde geraten sind, ihr schuldbeladenes Gewissen damit zu erleichtern suchen, daß sie die ganze Welt zu Genossen ihrer Sünde stempeln.“ Gegen die übertriebene Englandfeindlichkeit machten eine Reihe deutscher Blätter energisch Front. Zwei Tage nach der Rede wandte sich die „Kreuzzeitung“ dagegen, soviel Gewicht den Äußerungen Chamberlains beizumessen⁶⁸. Kurz und treffend hieß es in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ ... „Mit Gewalt brauchen wir doch nicht England an die Seite der Zweibundgenossen zu treiben“⁶⁹. Die „Frankfurter Zeitung“ wollte ebenfalls von großen öffentlichen Protesten nichts wissen. „Ein solches Verfahren wäre ebenso töricht wie schädlich. Man scheint nicht überall in Deutsch-

63. Bülow spricht in seinen Erinnerungen I, S. 291 davon, daß Männer wie Rhodes und Chamberlain auf die deutsche Öffentlichkeit wirkten, „wie das rote Tuch auf den Stier“.

64. Doc. dipl. Fr. 494; M. de Noailles berichtete eingehend über die Protestbewegung (9. 11. 01).

65. vgl. „Post“ 30. 10. 01.

66. „Vossische Zeitung“ 26. 10. 01.

67. Noailles schrieb: „Mais le plus violent de tous a été le Berliner Tageblatt“. Doc. dipl. Fr. 494.

68. „Kreuzzeitung“, 27. 11. 01.

69. „Frankfurter Zeitung“, 10. 11. 01.

land zu merken, daß es eine gewisse Presse in England darauf anlegt, Deutschland zu Unvorsichtigkeiten zu reizen⁷⁰“.

Angesichts der Entrüstung über die Chamberlain-Rede erklärten die „Preußischen Jahrbücher“ ihre Meinung dahin, „daß es heute für die deutsche Politik ganz unmöglich ist, sich mit England auf einen feindlichen Fuß zu stellen. Nicht die Engländer, sondern die Russen haben uns die großen Schwierigkeiten in China gemacht⁷¹“. Die „Vossische Zeitung“ die sich noch am 26. 10. gegen Chamberlain ausgesprochen hatte, änderte ihre Haltung. Eine in ihren Spalten abgedruckte Betrachtung „Stimmung und Staatskunst“ vom 9. 11. 1901 wies auf die Gefahren der Isolierung Deutschlands hin, die sich aus Burenagitation und Englandsfeindlichkeit ergeben könnten⁷². „Höher als die natürliche Stimmung steht die einfache Staatskunst, die zu verhindern hat, daß Deutschland in eine glänzende Vereinsamung gerate. Deutschland braucht England oder Rußland nicht mehr als diese Staaten das Deutsche Reich. Aber es ist ein Fehler, durch maßlose Kundgebungen die Abwehr zu übertreiben und das Kind mit dem Bade auszuschütten.“ Alle diese Bemühungen deutscher Zeitungen, die Bewegung einzudämmen, wurden in Frage gestellt, als von offiziöser Seite mit in den Streit eingegriffen wurde. Bereits am 12. November hatte sich die der Regierung nahestehende „Kölnische Zeitung“ dagegen ausgesprochen, daß man die in Deutschland über Chamberlain lautgewordene Entrüstung „mit der Feuerspritze bearbeiten“ müsse⁷³. Am 22. 11. erfolgte in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die am 27. 10. die Chamberlain-Rede ohne Kommentar gebracht hatte, die offiziöse Zurückweisung der Äußerungen Chamberlains in seiner Edinburger Rede: „Das Ansehen, das sich die deutsche Armee sowohl durch Manneszucht und Menschlichkeit erworben hat, steht viel zu fest, als daß es durch falsche und unpassende Vergleiche berührt werden könnte⁷⁴“.

70. „Frankfurter Zeitung“, 30. 10. 01.

71. „Preußische Jahrbücher“, 106 (1901) S. 563.

72. „Vossische Zeitung“, 9. 11. 01.

73. „Kölnische Zeitung“, 12. 11. 01.

74. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 22. 11. 1901; vgl. hierzu den Bericht M. de Noailles, Doc. dipl. Fr. 537 (24. 11. 01).

Das Ergebnis war, daß es sich auf englischer Seite regte. „Daily Graphic“ warnte Deutschland, nicht zu weit zu gehen⁷⁵. Die „Morning Post“ meinte, die erregte Stimmung des deutschen Volkes sei eine Gefahr, England müsse auf der Hut sein⁷⁶. „Daily Mail“ ließ sich durch einen nach Deutschland entsandten Sonderberichterstatteur über die Lage und Stimmung in Deutschland berichten⁷⁷. Die „Times“ schrieben: „These daily manifestations of German hatred, which at first caused surprise rather than indignation, are gradually sinking into the heart of the British people, and it would be an unfortunate day for both nations if the belief were to gain ground in England that, in spite of many common interests, and many common traditions the passionate enmity of the German people must be regarded as a more powerful and permanent factor in moulding the relations of the two countries than the wise and friendly statesmanship of German rulers⁷⁸“.

Umgekehrt hatte die „Post“ am gleichen Tage sich in ihrem Leitartikel „Englische Pressemanöver in der englischen Politik über die Haltung englischer Zeitungen (wie der „Pall Mall Gazette“, „National Review“ usw.) beklagt und an diesen Teil der englischen Presse die Frage gerichtet, ob ein solches Verhalten den wahren Interessen Englands diene. „Man soll sich hüten, in Europa überall den Samen des Mißtrauens auszustreuen⁷⁹“. Am nächsten Tage antwortete Saunders mit einem scharfen Angriff in den „Times⁸⁰“ „the air of superiority with which the German Press attempts to lecture the whole world are in glaring contrast with the present uncertainty of Germany's political and commercial position“.

Mit Recht bemerkte wenige Tage darauf die „Dresdener Zeitung“ zu der Chamberlain-Episode ... „Geht die Bewegung noch eine Zeitlang zur heimlichen Freude der Franzosen und

75. Lt. „Kölnischer Zeitung“, 30. 11. 01.

76. Lt. „Frankfurter Zeitung“, 23. 11. 01.

77. Doc. dipl. Fr. 523 (20. 11. 01) Cambon an Delcassé.

78. „Times“, 20. 11. 01; vgl. „Frankfurter Zeitung“, 2. 12. 01.

Überblick über die englische Presse.

79. „Post“, 20. 11. 01.

80. „Times“, 21. 11. 01.

Russen so weiter, die sich die Hände reiben, so kommen wir, darüber muß sich jeder klar sein, langsam, aber methodisch sicher in einen unheilbaren Gegensatz der Stimmung zu England⁸¹“. Die „Kölnische Zeitung“ billigte ausdrücklich diese Meinungsäußerung und druckte in der gleichen Nummer vom 25. 11. einen Auszug aus dem „Journal des Débats“ ab, in dem es hieß. „Für das Ausland ergibt sich aus dieser Auseinandersetzung ein neuer Beweis der besonderen Feindseligkeit Deutschlands gegenüber England, einer Feindseligkeit, die mehr und mehr zu einem Faktor der internationalen Politik wird, und woraus gewisse Engländer bereits Gründe herleiten, um eine neue Orientierung ihrer eigenen Diplomatie anzuregen⁸²“.

Zu Beginn des Jahres 1901 hatte unter dem Eindruck des Kaiserbesuches eine freundliche und versöhnliche Stimmung geherrscht, in Deutschland hatte dieses freundliche Verhalten damals nur einen schwachen Widerhall gefunden. Am Schluß des Jahres war durch den Burenkrieg der Ton hüben und drüben so gespannt und unfreundlich, daß man in deutschen Geschäftskreisen in England an die Stimmung zur Zeit der Krügerdepesche erinnert wurde⁸³. Wohl gab es in England auch Stimmen, die die Dinge ruhiger ansahen. Der „Standard“ schrieb, es läge kein ernstlicher Anlaß vor, die bestehenden normalen Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu unterbrechen, und ähnlich bemerkte der „Daily Telegraph“, soweit England in Frage komme, bestehe kein Grund, weshalb die Haltung der beiden Völker eine andere werden solle⁸⁴. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb: „Die meisten Blätter (in England) sind der Ansicht, der eigentliche Ursprung der wachsenden Erregung in Deutschland seien die Entstellungen der burenfreundlichen Presse⁸⁵.“ Nicht ohne Grund vermutete die deutsche Regierung, daß eine Reihe deutscher Zeitungen im Solde der

81. zitiert nach „Kölnischer Zeitung“, 25. 11. 01.

82. zitiert nach „Kölnischer Zeitung“, 25. 11. 01; auch die „Times“ brachten diese Auslassung des „Journal des Débats“ am 26. 11. 01.

83. „Frankfurter Zeitung“, 2. 12. 01.

84. zitiert nach „Frankfurter Zeitung“, 22. 11. 01.

85. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 30. 11. 01.

Buren — Dr. Leyds — stehe⁸⁶. Der deutsche Reichskanzler bemühte sich, die Burenbegeisterung, die — wie er Lascelles gegenüber zugab — 99 Prozent der Bevölkerung erfaßt habe, als rein gefühlsmäßig begründet und als einflußlos auf den Gang der deutschen Politik hinzustellen⁸⁷.

Bei der rückschauenden Betrachtung, die der Berliner Botschafter Lascelles in späteren Jahren anstellte, schob er die Schuld an der gegenseitigen Verärgerung und Gereiztheit während des Burenkrieges Zeitungs- und Pressegruppen in beiden Ländern zu⁸⁸.

In der bisherigen Darstellung der in der deutschen und englischen Öffentlichkeit im Jahre 1901 vorherrschenden Stimmungen und Tendenzen war zunächst der Fragen gedacht, die auf den ersten Eindruck Engländer und Deutsche am meisten beschäftigten — Burenkrieg und China-Expedition. Aber neben den Kriegseignissen und ihren Folgen wurden in der Presse beider Länder die großen politischen Fragen eingehend erörtert. Es ist kein Zufall, daß im Zusammenhang mit dem durch den Burenkrieg erwachten Pressekampf deutscher und englischer Zeitungen im Jahre 1901 von ganz bestimmter Seite politische Ziele der englischen Öffentlichkeit verkündet wurden, die eine Neuordnung des englisch-russisch-französischen Verhältnisses bezweckten. Diese Bestrebungen verdienen festgehalten zu werden, da sie in der Presse der europäischen Länder aufmerksam verfolgt wurden. Als Organ diente diesen Tendenzen die konservative Monatsschrift "National Review".

Eine der eindruckvollsten Lehren des Jahres 1901 war für das englische Volk die Tatsache, daß der Russe die Verlegenheiten der Engländer in Südafrika kräftig benutzt hatte, um seinen Einfluß in Asien⁸⁹ — besonders in Ostasien — erneut auszudehnen. Es ist verständlich, daß das Verhältnis Englands zu Rußland von vielen als die Schlüsselfrage der englischen

86. B. D. I 20. 11. 01. (Unterredung Mr. Buchanans mit v. Mühlberg am 15. 11. 01.)

87. B. D. Vol. I. 324 (9. 11. 01.).

88. B. D. Vol. III, S. 436 unten.

89. "Nineteenth Century Review" 50 (1901) S. 723. „Kreuzzeitung 3. 7. 01.

Politik angesehen wurde. So tauchten darum immer wieder Vorschläge für die künftige Gestaltung der englisch-russischen Politik auf. Die russischen Zeitungen „Wjed“⁹⁰, „Nowosti“⁹¹, die „Daily News“⁹², die „Fortnightly Review“⁹³ und nicht zuletzt Sir Roland Blennerhasset in Zuschriften an die „National Review“⁹⁴ und die „Times“⁹⁵ griffen die Frage auf und traten für eine englisch-russische Verständigung ein.

Zeitungen wie die „Vossische Zeitung“, die „Berliner Neuesten Nachrichten“⁹⁶, die „Post“ rechneten darum mit der Möglichkeit einer englisch-russischen Verständigung und wiesen darauf hin, daß die Ansicht von einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Rußland und England nicht in London geteilt werde⁹⁷. Die „Kreuzzeitung“ glaubte nicht an solche Möglichkeiten und schrieb: „Das Mißtrauen, welches man in Petersburg gegen britische Machinationen stets hegte, ist eben gleich umfangreich wie die Differenzen zahlreich sind, die früher oder später eine endgültige Abrechnung zwischen Rußland und Großbritannien erheischen“⁹⁸.

Anfang November, in einer Zeit gesteigerter Reizbarkeit und Erregung, unternahm die „National Review“ in der Richtung ihrer Politik einen neuen Vorstoß, der in der europäischen Presse weiten Widerhall fand. In dieser Abhandlung zur britischen auswärtigen Politik⁹⁹ wurde mit großem Nachdruck eine eng-

90. „Post“ Journalrevue 1. II. 01.

91. zitiert nach „Times“, 20. VII. 01.

92. zitiert nach „Vossische Zeitung“, 22. V. 01.

93. zitiert nach „Kreuzzeitung“, 24. 4. 01.

94. „National Review“, 37 (1901) Märzheft; „Kreuzzeitung“, 6. 3. 1901.

95. „Times“, 28. 8. 01.

96. zitiert nach „Frankfurter Zeitung“, 14. 2. 01.

97. „Post“, 19. 2. 01.

98. „Kreuzzeitung“, 18. 9. 01.

99. „National Review“, 38 (1901) S. 343 ff. British Foreign Policy. By A. B. C. etc.; Graf Metternich, der über den Pressefeldzug berichtete, (G. P. 17, 552 ff.) war bald in der Lage, die Namen der Hauptverfasser des Artikels — es handelte sich um den Herausgeber der „National Review“ Maxse, Sir Roland Blennerhasset und dem russischen Finanzagenten Tatischev — festzustellen. — In den französischen Akten finden sich genaue Hinweise über den „National Review-Feldzug“ Doc. dipl.

lisch-russische Verständigung gefordert. Der Balkan sollte, so hieß es in dem Entwurf, dem russischen Einfluß überlassen bleiben, die Bagdadbahn nicht von England begünstigt werden, in Persien sollte man Rußland einen Handelshafen am Persischen Golf gewähren und über Ostasien ein russisch-englisch-japanisches Gebietsabkommen herbeiführen. In einem weiteren Artikel hieß es: „What we demand of Russian and British statesmen is that they shall dismiss the honest broker in Berlin and have direct dealings with one another¹⁰⁰“.

Die politischen Forderungen der „National Review“ waren diktiert von der Überzeugung, daß Deutschland der eigentliche Gegner Englands sei; drohend hieß es in einem Aufsatz des Januarheftes 1902: „Combat therefore German Anglophobia I would say by working all round at the isolation of Germany. Bring home to her the perils of her detestable geographical position between France for a revanche and Russia at the head of irreconcilable Slavism¹⁰¹“.

Die Antwort der Presse aus den einzelnen Ländern zu den Plänen der „National Review“ war verschieden. Die russische Presse nahm den Vorschlag kühl auf, die „Nowoje Wremja“ wies ihn rundweg ab¹⁰². In Frankreich fand der Plan die Billigung und Unterstützung des „Matin¹⁰³“ und des „Journal des débats¹⁰⁴“, während von den englischen Zeitungen die „St. James Gazette“ und „Morning Post¹⁰⁵“ sich gegen eine solche englisch-russische Verständigung aussprachen. Denn „Rußland sei nicht zu trauen“. Die „Times“ verhielten sich mehr abwartend, behandelten die ganze Sache als Versuchsballon und wollten von einer Verständigung über den Balkan und Persien im Sinne der „National Review“ nichts wissen.

Fr. 494 (9. 11. 01) Noailles an Delcassé; 523 (20. 11.), Cambon an Delcassé.

100. „National Review“, 38 (1901) 516 f.

101. „National Review“, 38 (1901) 713: Artikel: A Plea for the isolation of Germany by a „Free Lance“.

102. „Post“, 9. 11. 01.

103. zitiert nach „Kölnischer Zeitung“, 22. 11. 01.

104. zitiert nach „National Review“ 38, (1901) 513.

105. zitiert nach „Frankfurter Zeitung“, 2. 11. 01. „Post“, 2. 11. 01.

Interesse und Wärme zeigten sie dagegen für den Plan einer englisch-russisch-japanischen Verständigung im fernen Osten, betonten aber, daß die Lösung der ganzen Fragen abhängig sei von der Gewißheit fester Zusicherungen und Bindungen der Staatsmänner beider Seiten: "But, if it were possible to strike a solid bargain there is no real bitterness of feeling to divide the British Empire from the Russian Empire and still less reason why either the one or the other should be made the cat's paw of a third power¹⁰⁶. Auf der deutschen Seite legte man den Ausführungen der "National Review" keine allzu große Bedeutung bei¹⁰⁷. Die „Grenzboten“ lehnten den Plan als politisch undurchführbar ab und wiesen nachdrücklich auf die Verschiedenheit und die Unversöhnlichkeit der englischen und russischen Expansion und Kolonisation in Asien hin¹⁰⁸. Noch stärker betonte die „Kreuzzeitung“ diesen asiatischen Gegensatz, ähnlich hatte sie schon Anfang Juli geschrieben. . . . „Wo die Interessen beider Mächte in Asien zusammenstoßen, gibt es für England nur Zurückweichen oder Krieg, denn Rußland geht auf diesem Boden nie zurück¹⁰⁹“.

Die „Vossische Zeitung“ sah in dem „National-Review“-Aufsatz vor allem die feindliche Haltung gegen Deutschland, Handelsneid und Eifersucht auf die deutsche Flotte¹¹⁰. In einer Zuschrift an die Kölnische Zeitung hieß es . . . „Wenn die (englisch-russische) Verständigung auch nicht von langer Dauer wäre . . . , so hätte man wenigstens auf einige Zeit Ruhe und brauchte in der Zwischenzeit nicht für andere, die es doch auch nicht ehrlich meinen, die Kastanien aus dem Feuer holen¹¹¹“.

Sieht man bei den Vorschlägen der „National Review“ auf die Behandlung von Einzelpunkten und -fragen, so erweckt die ganze Aktion einen unvollständigen und unausgeglichene Eindruck, blickt man jedoch auf das Ganze — auf die Tatsache, daß — nach ersten Vorerörterungen — in der Presse im November des

106. "Times", 29. 10. 01.

107. z. B. „Post“, 2. 11. 01; schon früher hatte die „Post“ von dem „uralten Gegensatz zwischen England und Rußland“ gesprochen. 9. 2. 01.

108. „Grenzboten“, 4 (1901) S. 361 ff.; ebendort 4 (1901) S. 469 ff.

109. „Kreuzzeitung“, 3. 7., 27. 11., 4. 12. 01.

110. „Vossische Zeitung“, 31. 10. 01.

111. „Kölnische Zeitung“, 31. 10. 01.

Jahres 1901 der Gedanke einer Neuorientierung der englischen Politik, eine Aufgabe der splendid isolation — nachdrücklich und wiederholt gefordert wurde, so sind diese sich häufenden Presseerörterungen charakteristisch für die Weltlage um die Jahrhundertwende.

In diesen Erörterungen der „National Review“ und anderer Blätter war die künftige Gestaltung des englisch-französischen Verhältnisses mit berücksichtigt. So hieß es denn auch in der „National Review“ „that the highest interests of Europe demand an ‘entente cordiale’ between France and England¹¹²“. Der „Matin“ und das „Journal des débats“ hatten darum den Gedanken der „National Review“ warm aufgegriffen; auch dieses war ein neues Zeichen dafür, daß man aus Faschoda gelernt hatte. Es sei nur an die Tätigkeit des geschickten Vertreters Frankreichs, Paul Cambon, in London¹¹³ erinnert, der unablässig im Sinne einer englisch-französischen Verständigung arbeitete. Seine Worte auf einem Bankett der französischen Handelskammer in London vom 7. 5. 1901: „Keine politische Frage, deren Beilegung nicht auf freundschaftlichem Wege möglich ist, trennt die beiden Länder; folglich müssen sie es auch für nützlich erachten, vereint zu bleiben als die beiden festesten Stützen der politischen Freiheit¹¹⁴“, kennzeichnen sein Streben, bei dem er auf Unterstützung in der französischen Presse rechnen konnte. Das „Journal des débats“ hatte schon zu Beginn des Jahres nach der Thronbesteigung Eduard VII. die Ansicht geäußert, daß man von dem neuen König eine besonders gute Pflege englisch-französischer Beziehungen erhoffen dürfe. Ebenso lag es ihm daran, die landläufige Ansicht von der Unmöglichkeit eines guten Verhältnisses zwischen England und Zweibund zu bekämpfen¹¹⁵.

An die Möglichkeit einer englisch-russisch-französischen Verständigung, wie sie das „Journal des débats“ vertrat, wollte die „Post“ nicht glauben, nach ihrer Ansicht bestanden in Asien, Afrika und im Mittelmeer unüberwindliche, politische Schwierigkeiten. „Namentlich die Mittelmeerfrage dürfte einst diesen Anta-

112. „National Review“ 38 (1900—1902) S. 517.

113. Theodor Wolff: Das Vorspiel, S. 88 ff.

114. „Post“, 8. 5. 01.

115. zitiert nach „Times“, 27. I. 01.

gonismus auf die Spitze treiben, weil England in dieser Angelegenheit ein Kompromiß aus sehr vielen Gründen nicht eingehen kann¹¹⁶“. Auch die „Kreuzzeitung“ glaubte an kein englisch-französisches Zusammengehen. „Faschoda liegt näher als Sedan, die Alleinherrschaft der Engländer im Niltal wurmt vielleicht mehr als der Verlust von Elsaß-Lothringen; die Furcht vor Englands Flotte ist größer als die vor Deutschlands Armee¹¹⁷“.

Über die Frage der künftigen Gestaltung des englisch-französischen Verhältnisses sprachen sich im Jahre 1901 die „Times“ nicht direkt oder im Zusammenhang mit anderen Problemen näher aus. Von Frankreich ist häufig und meist mit Anerkennung die Rede, längere Betrachtungen über mögliche gemeinsame Wege der englischen und französischen Politik sucht man jedoch vergeblich.

Über den Dreibund, dessen Probleme in der Presse häufig erörtert wurden, urteilte einmal der Wiener Times-Korrespondent kurz und bündig: „one of the peculiarities of the Triple Alliance is that it requires constantly defending¹¹⁸“. Will man das Wort nicht mißverstehen, so muß man sich die häufigen Angriffe vergegenwärtigen, die Jahr für Jahr von verschiedenen Seiten gegen den Dreibund gerichtet wurden. „Wer die französische, die italienische, und die slawische Presse aufmerksam beobachtete, der konnte bemerken, daß die Agitation nie ganz erloschen ist. Ihre kräftige Wiederbelebung hat sie wichtigen Gründen zu danken¹¹⁹“.

Die Gründe waren in der Lage auf dem Balkan, in der Politik der Tschechen in Böhmen¹²⁰ und den anderen Krankheitsherden der österreichisch-ungarischen Monarchie zu suchen, die auch im Jahre 1901 um neue Spannungen bereichert wurden. Hauptvorkämpfer der Selbständigkeit der slawischen Völker waren der

116. „Post“, 30. 4. 01.

117. „Kreuzzeitung“, 26. I. 01.

118. „Times“, 9. 6. 01.

119. „Frankfurter Zeitung“, 18. 3. 01.

120. Die „Times“ vom 5. 7. 01 berichteten von einem Manifest, das ein russischer General an die Tschechen gerichtet hatte „urging them to a belief in Panlawism under the Protectorate of Russia“.

Tscheche Kramarez, der Franzose Chéradame¹²¹, der Engländer Blennerhasset¹²², die nachdrücklich von der panslawistischen und französischen¹²³ Presse unterstützt wurden.

Ebenso wie gegen Österreich richteten russische Zeitungen ihre Angriffe gegen Deutschland. Die „Rossija“ prophezeite: „Deutschlands Macht wird einst zusammenbrechen¹²⁴“. „Swjet“ und „Nowoje Wremja¹²⁵“ schrieben in ähnlich hetzender Weise, in einem Leitartikel der offiziellen „Warszawski Dnewnik“ hieß es: „Der Entscheidungskampf zwischen Rußland und Deutschland ist unvermeidlich und nur eine Frage der Zeit¹²⁶“. Dazu gesellte sich die russische Pressehetze in den Balkanstaaten¹²⁷, und nicht zuletzt gegen die Verwirklichung der Bagdadbahn in Vorderasien¹²⁸, so daß die deutsche Tageszeitung davor warnte, Rußland zu sehr nachzulaufen, „es hat den Anschein, daß man in dem Werben um seine Freundschaft zu weit geht¹²⁹“.

Die „Post“ meinte allerdings in ihrer Betrachtung „Zur Lage in Europa“ am 26. 5. . . . „Noch einmal die gegen den Bestand des Dreibundes von ausländischen Intriganten gerichteten Pfeile sind wirkungslos zu Boden gefallen. Es ist um so erfreulicher, daß speziell von österreichischer Seite diese glänzende Verteidigung der Triple Alliance gegen alle Angriffe geleistet worden ist, als neuerdings unsere Feinde in den verschiedensten Himmelsstrichen unablässig tätig sind, wenigstens publizistisch

121. vgl. Chéradames Buch: *L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX^e siècle*, das „lebhaftes Mißfallen“ — dem Bericht des französischen Botschafters in Wien. Doc. dipl. Fr. 155 (24. 3. 01) zufolge — hervorrief.

122. „National Review“ 39 (1901) S. The Austrian anxiety.

123. Österreichs Botschafter, Graf v. Wolkenstein brachte am 25. 3. 01 eine offizielle Beschwerde vor. Doc. dipl. Fr. 156 (25. 3. 01.)

124. „Post“ 26. 3.

125.. „Post“ 10. 5.; G. P. 18, 36.

126. „Kreuzzeitung“ 17. 7.

127. „Kreuzzeitung“, 31. 7. 01.

128. „Times“, 22. 8. 01, Mitteilung des Petersburger Korrespondenten, 18. 8. 01; „Kreuzzeitung“, 8. 5. 01.

129. „Vossische Zeitung“, 4. 9. 01, 11. 9. 01. — Führerin im russischen Feldzug gegen die Bagdadbahn war die „Nowoje Wremja“. Delcassé waren angesichts der Beteiligung französischen Kapitals an den Bahnbauten diese Angriffe sehr unbequem.

— und gerade bei Österreich — ihre Hebel anzusetzen¹³⁰. Aber gerade diese Rede des Außenministers Goluchowski vom 22. 5., auf die der Leitartikel anspielte, konnte mit ihren ernsten Hinweisen auf die gefährliche Lage im Balkan¹³¹ zu denken geben. Andere Zeitungen wie die „Times“ und die „Frankfurter Zeitung“ legten auch auf diesen Teil der Rede das Gewicht¹³². Die „Frankfurter Zeitung“ war wiederholt in der Lage, der deutschen Öffentlichkeit über die Vorgänge in den Balkanländern zu berichten. Über die rastlose Tätigkeit der bulgarisch-makedonischen Komitadschis, denen „die Mehrheit der aktiven bulgarischen Staatsmänner, einschließlich der Minister sowie eine bedeutende Anzahl aktiver Offiziere der bulgarischen Armee¹³³“ angehörte, schrieb sie „je schwächer die Autorität der Regierung in Sofia wurde, desto mehr gewann das Komité an Einfluß und Macht... Das einzige Ziel der Komités ist die Erreichung der vollständigen Autonomie Makedoniens unter dem Schutz der europäischen Großmächte¹³⁴“.

„In Wirklichkeit“, so hieß es in der „Frankfurter Zeitung“ etwas später¹³⁵, „ist der wahre Grund dieser Bewegung der Artikel 23 des Berliner Kongresses, welcher die Pforte zur Einführung von Reformen in Makedonien verpflichtet hat“. Die Spannung und der Gegensatz zwischen den Zielen Rußlands und der makedonischen Komitadschis blieben nicht verborgen; aufmerksam verfolgten die „Times“ die Entwicklung und konnten von gesteigerter Nervosität und wachsendem Mißtrauen österreichisch-ungarischer Journalisten und Politiker berichten. „It is commonly supposed that no serious outbreak will take place in Macedonia until Russia gives the signal. But events are maturing¹³⁶“.

Ebenso beunruhigend klangen die Nachrichten, die aus

130. „Post“, 26. 5.; „Kölnische Zeitung“ 24. 5. lobte gleichfalls diese Rede.

131. vgl. B. D. I. Nr. 377 (4. 7. 01); Doc. dipl. Fr. 253 (25. 5.),

132. „Times“, 23. 5.; 24. 5.; „Frankfurter Zeitung“, 23. 5; „Kreuzzeitung“, 29. 5. 01.

133. „Frankfurter Zeitung“, 14. 2. 01.

134. „Frankfurter Zeitung“, 17. 2. 01.

135. „Frankfurter Zeitung“, 1. 5. 01.

136. „Times“, 1. 8. 01.

Serbien kamen. Die „Times“ erfuhren von Geheimverhandlungen zwischen Rußland und Serbien¹³⁷, die auf eine Militärkonvention abzielten. Die Nachrichten konnten nicht gänzlich dementiert werden¹³⁸. Durch die zahlreichen beunruhigenden Nachrichten schien sich in der österreichisch-ungarischen Presse die zuversichtliche Stimmung von der Aufrechterhaltung des status quo allmählich zu wandeln¹³⁹.

Und blickte der Freund des Dreibundes 1901 nach Italien, so konnte er dort viele Zeichen der Besinnung auf die Notwendigkeiten und Vorteile des eigenen Landes wahrnehmen. Der Besuch des italienischen Geschwaders in Toulon, der in der Presse lebhaft besprochen und vielfach als ein Abschwanken Italiens zu Frankreich und Rußland beurteilt wurde, darf nicht überschätzt werden; als eine Etappe auf dem Wege der italienisch-französischen Annäherung ist er wichtig; die „Tribuna“ wie die italienische Presse überhaupt widmete der Begegnung herzliche Artikel¹⁴⁰.

Das „Journal des débats“ schrieb damals, daß Italien jetzt frei zwischen Frankreich, Rußland und Österreich, Deutschland wählen könne¹⁴¹. In einem in der deutschen Presse beachteten Aufsatz „Italien und der Dreibund“ hatten die „Grenzboten“ geäußert, daß Italien sich offenbar Frankreich und Rußland nähere. Denn der Weg zu kolonialen Erwerbungen führe für Italien über eine Verständigung mit Frankreich, zudem stände das Dreibundmitglied Österreich den Wünschen und Interessen Italiens in Albanien entgegen¹⁴². Die österreichische Presse war über die französisch-italienische Annäherung sehr beunruhigt¹⁴³. „Wirksam

137. Vgl. ähnliche Nachrichten im „Matin“ Doc. dipl. Fr. 271.

138. Wiener Times-Korrespondent in „Times“, 10. 5. 01.

139. Wiener Times-Korrespondent schrieb am 21. 7. 01: „the newspapers and with them a considerable section of the political world, particularly in Hungary, seem to think that there could not be quite so much smoke without some fire“; vgl. „Times“, 17. 5.; 6. 6.; 11. 7. 01.

140. Doc. dipl. Fr. 185 (12. 4. 01.).

141. zit. nach „Times“, 9. 4. 01.

142. „Grenzboten“ 2 (1901) 436; 3 (1901) 289 ff.

143. Doc. dipl. Fr. 566 (18. 12. 01.). Bericht des Wiener Botschafters. Vgl. ebendort 190 (16. 4.); 191 (16. 4. 1901).

auf Italien zu drücken, um es beim Dreibunde festzuhalten, vermöchte vor allem England¹⁴⁴.

Die „Times“ selbst stellten in verschiedenen Betrachtungen die entscheidende Bedeutung der englischen Politik für die Haltung Italiens heraus und meinten darum, daß Italien sich jetzt in einem Zeitpunkt, in dem England sich noch nicht für die eine oder die andere Mächtegruppe entschieden habe, nicht von dem Dreibund entfernen könne¹⁴⁵.

Gegenüber solchen Nachrichten, die aus dem Balkan und Italien eintrafen, blieben die warnenden Stimmen in Deutschland in der Minderheit, im allgemeinen glaubte man an die Unerschütterlichkeit des Dreibundes. Zwar sucht man vergeblich nach Beweisen für Ansichten dieser Art, wie sie einmal in der „Post“ am Ende eines Leitartikels „Italien und Österreich und die Feinde des Dreibundes“ ausgedrückt sind . . . „Mögen nur die Preßgegner Deutschlands in allen Himmelsstrichen gegen uns toben und unsere Stellung als isoliert, sowie den Dreibund als dem Tode geweiht darstellen. Wir wissen zu gut, daß ein Staat wie Deutschland auf die Dauer gar nicht isoliert werden könnte, und wir vertrauen auf die Kraft der geistigen und materiellen Interessen, die Mitteleuropa in seinen drei großen Reichen zu einer Gemeinschaft zusammengeführt hat und die diese letztere auch in Zukunft als ein festes Bollwerk des Friedens erhalten wird¹⁴⁶“. In ihrem Kern bargen diese Worte etwas Richtiges, im Ganzen jedoch würdigten sie nicht ernst genug die Bindung Deutschlands an den niedergehenden österreichischen Staat.

Zu diesen in der Presse erörterten politischen Fragen gesellte sich bereits um die Jahrhundertwende die erst später in ihrer vollen Bedeutung hervortretende Flottenfrage. Durch die

144. „Grenzboten“ 2 (1901) 436.

145. Der Pariser Times-Korrespondent schrieb am 18. 3. („Times“ 22. 3. 01.): „Now at this moment England seemed to wish to abandon her ‘splendid isolation’ by acting in agreement with, if not positively allying herself with Germany, Italy’s situation became more secure than ever, and, the present moment would be most ill-chosen for changing her alliance with Germany for an alliance with France.“ vgl. ferner „Times“ 9. 4.; 29. 5. 01.

146. „Post“ 22. 6. 01.

Nöte des südafrikanischen Krieges hatte sich die Aufmerksamkeit der englischen Öffentlichkeit in stärkerem Maße der Flotte zugewandt. Zu den hohen Kosten für den südafrikanischen Krieg und für die Durchführung der 1901 beschlossenen Heeresreform kamen 32 Millionen £ für die Flotte¹⁴⁷. Dennoch war — wie die Admiralität zugeben mußte, — die für den „Zweimächte-Standard“ erforderliche Zahl von Schiffen — besonders an Kreuzern — nicht erreicht. Die „Navy League“ wies in einer Denkschrift vom 22. 6. 1901 darauf hin, daß „Groß-Britannien die Seeherrschaft verloren habe“¹⁴⁸.

In der „Nineteenth Century Review“ war im Frühjahr auf große Mängel in der Organisation der Flotte und in der Durchführung der Ersatzbauten hingewiesen. Zugleich wurde der deutschen Flotte gedacht. „It is the German navy which is going to be in the very near future our most formidable rival. In the German navy and in the German organisation one can find nothing to blame and very much to praise“¹⁴⁹. In einer weiteren eingehenden Untersuchung über den „Zweimächte-Standard“ und die Grenzen seiner Wirksamkeit hieß es in der gleichen Zeitschrift: „We being equal to two Powers — France und Russia — what rôle will Germany fill? She will hold the balance of power. Her weight for or against Great Britain may turn the scale for victory or defeat“¹⁵⁰.

Den Berliner Times-Korrespondenten beherrschten ähnliche Gedanken, auch er berichtete eingehend über den Bau und die Entwicklung der deutschen Flotte¹⁵¹. In einer Neujahrsbetrachtung über die deutsche auswärtige Politik im Jahre 1900 ging er einmal den Gründen der deutsch-englischen „Feindschaften“ nach; er erklärte sie einmal mit der Unwissenheit des deutschen Volkes über die wahre Lage in England, dann aber mit Eifersucht auf

147. Beratungen des Marinehaushaltes im Unterhaus, 3. 7. 01 („Times“) 4. 7. 01, vgl. „Times“ 22. 1. 01; 2. 7. 01; 8. 7. 01. — 1887 betrugen die Kosten 13,25 Millionen £; die Mannschaftszahl war von 62 500 im Jahre 1887 auf 118 625 im Jahre 1901 erhöht. „Times“, 2. 7. 01.

148. „Times“, 23. 6. 01.

149. „Nineteenth Century Review“ 49 (1901) S. 416 ff.

150. „Nineteenth Century Review“ 50 (1901) S. 760.

151. „Times“, 2. 1., 3. 1., 24. 1., 28. 2., 22. 5. 01.

die Größe Englands. Ein Ausdruck dieser ganzen Entwicklung sei auch das Flottengesetz. Er knüpfte daran die Bemerkung: "Since the Bill has become law the political situation is significantly described by leading German journals as being 'constantly' influenced by the fact that Germany is engaged upon the construction of her big fleet¹⁵²".

Stärker und schärfer als "Times", "Nineteenth Century Review" oder die "Africa Review¹⁵³" vertrat die "National Review" die These von der Gefährlichkeit des deutschen Flottenbaues. „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ such is the swelling phrase of the Kaiser; but like all his rhetoric, there is serious purpose behind it". England, so hieß es dort weiter, sehe sich der Entwicklung einer neuen Seeherrschaft gegenüber, die nach der Oberherrschaft strebe. Aber „l’ocean ne comporte qu’un seul maître¹⁵⁴".

Über die Cuxhavener Rede Wilhelms II. vom Juni 1901, auf die hier angespielt war, hatten sich die „Times“ gleichfalls ausführlich und deutlich geäußert. Sie faßten ihr Urteil in dem Satze zusammen: "Commercial rivalry with the mailed fist ready to turn the balance at every doubtful moment is the view of the future which really underlies the Emperor's speech. It is well that we should understand it, and organize our forces accordingly¹⁵⁵". Eine Reihe anderer englischer Zeitungen beurteilten die Rede ruhiger, so meinte die "Morning-Post¹⁵⁶", daß durch das Emporwachsen Deutschlands zur großen Seemacht das Antlitz der Welt zwar gewaltig verändert und daß Großbritannien von diesem Wechsel selbst am meisten berührt würde. Auch sei es mit dem Monopol der englischen Seemachtstellung endgültig vorbei. Dennoch brauche England nicht mit Deutschland in Widerstreit zu geraten“. Englands Staatsmänner sollten eingedenk sein, daß eine so große, fleißige, intelligente Bevölkerung wie die Deutschlands ein prächtiges Feld für den Handel bieten muß. Das Wachstum der deutschen Marine erlegt

152. "Times", 2. 1. 01.

153. "Africa Review", 12. 10. 01. Auszug in „Post“ v. 27. 10.

154. "National Review", 38 (1901—02) S. 349.

155. "Times" 21. 6. 01.

156. zitiert nach „Vossischer Zeitung“ 20. 6. 01.

der britischen Regierung eine ganz andere Verpflichtung auf, nicht die, mit Deutschland Handel zu suchen, sondern eine solche Entwicklung und Organisation der britischen Marine zu sichern, die England lange in der Stellung der ersten Seemacht der Welt zu erhalten vermag“.

„Daily Chronicle“ schrieb . . . „Das Meer ist breit genug für alle und kein Grund vorhanden, warum wir mit besonderer Eifersucht auf die Erklärung des Kaisers, daß Deutschlands Zukunft wie unsere eigene auf dem Wasser liege, blicken sollten¹⁵⁷“. — Und der „Daily Telegraph“ führte aus: „Es ist eine Grundwahrheit der deutschen Politik, daß für jede Großmacht ein Krieg in absehbarer Zeit die Gefahr eines Verfalls bedeuten würde, der auch durch einen Sieg nicht wieder gutgemacht werden könnte. Durch Kämpfe auf dem Kontinent würde der Handel Amerika ausgeliefert werden¹⁵⁸“. — So läßt sich auf englischer Seite ein Für und Wider die Gefährlichkeit der deutschen Flotte feststellen. Zu der Frage, ob Englands Flotte noch Englands Interessen voll sichern könne, hieß es in der „Nineteenth Century Review“ . . . „the complete awakening (of the nation and of the press) has not come¹⁵⁹“.

Für die „Times“, „National Review“ hatte die Frage der Gefahr und Bedrohung durch eine deutsche Flotte 1901 bereits volles Gewicht. Man darf darum manche Dinge, die äußerlich viel Raum in den Zeitungsspalten einnehmen — und dahin dürfte auch der Feldzug gegen die bürenfreundliche, deutsche Presse gehören — demgegenüber als wohl wichtige, aber nicht entscheidende Fragen bezeichnen. Auf englische Blätter dieser Richtung paßte das Wort der „Kreuzzeitung“, daß nicht „durch den Bürenhaß, sondern durch den Handel und die Flotte England von Deutschland entfernt“ sei¹⁶⁰.

Nach diesem Presseüberblick über die wichtigsten deutsch-englischen Probleme bliebe abschließend die Frage: Wie wurde im deutschen und englischen Lager Chamberlains Idee eines deutsch-englischen Zusammengehens aufgenommen?

157. zitiert nach „Vossische Zeitung“, 20. 6. 01.

158. zitiert nach „Vossische Zeitung“ 20. 6. 01.

159. „Nineteenth Century Review“ 49 (1901) S. 421.

160. „Kreuzzeitung“, 8. 5. 01.

Die „Kreuzzeitung“, die wiederholt im Laufe des Jahres 1901 Bedenken an der Möglichkeit eines guten Verhältnisses Deutschlands zu Rußland äußerte¹⁶¹, urteilte: „Eine englisch-deutsche Allianz ist nicht möglich, solange es einen Transvaal-Krieg gibt. Danach ist sie diskutabel¹⁶²“ ... „Nichts steht einer Verständigung und einem freundlichen Nebeneinander im Wege, sobald beide Teile ehrlich dazu entschlossen sind¹⁶³“.

Die „Post“ trat für freundliche Beziehungen mit England und Rußland ein¹⁶⁴. Diese guten Beziehungen mit allen Mächten, das „Sich nicht Bindenwollen“ war aber auch die politische Meinung anderer Zeitungen. „Das deutsche Volk will Freundschaft nach allen Seiten¹⁶⁵“, schrieb die „Vossische Zeitung“ und meinte wenige Wochen später zu der Frage eines deutsch-englischen Bündnisses, das sich aus der chinesischen Frage ergeben könnte, ...“ zu einem solchen Bündnis zwischen Deutschland und England liegt kein Anlaß vor. Es wird auch weder von den Deutschen noch von den Engländern erstrebt. Dazu hat jeder der beiden Staaten zuviel besondere Interessen, für deren Schutz der andere sich nicht einsetzen kann und wird¹⁶⁶“.

Nach der Feststellung, daß die Politik Salisburys es auch darauf anlege, daß andere „für England die Kastanien aus dem Feuer holen¹⁶⁷“, hieß es in der „Kölnischen Zeitung“ im Anklang an Argumentationen des Auswärtigen Amtes ... „auf der anderen Seite aber hat sich in Englands öffentlicher Meinung noch immer nicht die Überzeugung von der Notwendigkeit einer offenen und ehrlichen Do ut des Politik Bahn gebrochen. Solange das nicht geschieht, solange kann man mit Sicherheit darauf rechnen, daß alle Annäherungen, die von England an die eine oder andere Macht ausgehen, zunächst nur einen vorübergehenden Charakter haben werden.“

161. „Kreuzzeitung“, 27. 2., 29. 5. 01.

162. „Kreuzzeitung“, 13. 2., 22. 5. 01.

163. „Kreuzzeitung“ 8. 5. 01.

164. „Post“ 9. 2. 01.

165. „Vossische Zeitung“ 12. 1. 01.

166. „Vossische Zeitung“ 1. 2. 01.

167. „Kölnische Zeitung“, 5. 4. 01, zitiert in „Times“ 6. 4.

Die „Frankfurter Zeitung“ hatte zu Beginn des Jahres geschrieben¹⁶⁸ ... „Die Idee Chamberlains von einer amerikanisch-deutsch-englischen Weltallianz ist für uns wertlos, da wir darin die einzige Landmacht wären und die Rolle des Prügelknaben spielen müßten“. Mit dieser Einstellung verband sich jedoch nicht die Auffassung, daß uns England gleichgültig sein könnte. Sondern angesichts der wachsenden englandfeindlichen Stimmung schrieb sie später ... „Beide Völker sind aufeinander angewiesen — sowohl wirtschaftlich wie politisch — und sie fahren bei einem freundschaftlichen Verhältnis sicher am besten¹⁶⁹“.

Das Bild, das die englische Presse bot, zeigte andere Züge. In den hier herangezogenen Zeitungen und Zeitschriften spiegelt sich unter dem Eindruck der Ereignisse in Südafrika und Ostasien die Erkenntnis wieder, daß es mit der „splendid isolation“ für immer vorbei sei. Deutlich wurde die große Gefahr hervorgehoben, die England auf der ganzen Front in Asien durch Rußland drohe¹⁷⁰. So suchten sie denn nach Mitteln zur Beseitigung oder Milderung der Gefahren. Die „Nineteenth Century Review“ prüfte die einzelnen Länder auf eine Bündnismöglichkeit mit England. Deutschland wird sich aus Staatsinteresse nicht gegen Rußland wenden. Deutschland will zudem für seine Leistungen Kolonien und Handelsplätze, da aber alles bereits vergeben, kann England nichts bieten ... „It is only with empty hands that she can approach Germany. In other words it is waste of breath on her part to propose to this power an alliance against Russia¹⁷¹“.

Die „National Review“ strebte auf eine englisch-russische Gesamtverständigung hin. Der „Spectator“ trat für ein englisch-

168. „Frankfurter Zeitung“, 2. 1. 01.

169. „Frankfurter Zeitung“, 22. 11. 01.

170. So hieß es im Novemberheft der „Nineteenth Century Review“, das dem englisch-russischen Problem gewidmet war ... „in fact with the exception of India and Turkey no part of Asia can be successfully defended against Russia. As much more of China as the Muscovite stomach can safely digest, all Central Asia, Persia, Afghanistan, Belochistan — none of these territories can escape the fate which Russia reserves for them, however much Great Britain may wish to avert the communication 50, 1901, S. 724.

171. „Nineteenth Century Review“, 50 (1901) S. 728.

amerikanisches Bündnis ein¹⁷², wie denn für andere englische Zeitungen die besondere Pflege guter englisch-amerikanischer Beziehungen eine Hauptbedingung war¹⁷³.

In allen diesen Fragen verfolgten die „Times“ im Jahre 1901 eine eigene, wohldurchdachte, politische Linie. Im Vordergrund ihrer Betrachtungen standen Rußland und Deutschland. Ausführlicher als von irgendeinem fremden Lande wurde von Deutschland berichtet. Über Veränderungen im deutschen Heere, in der Flotte oder über Vor- und Nachteile des deutschen Erziehungswesens wurde ebenso genau und gründlich geschrieben wie über die Erfolge der deutschen Wirtschaft, der Industrie und des Handels.

Aus den politischen Ereignissen zogen sie die Folgerung „It is useless to look to Berlin to help us.“. Täte man es doch, so arbeite man dem „ehrlichen Makler“ nur in die Hand, für den bei der gegenwärtigen Mächtegruppierung Petersburg stets wichtiger als London sein würde¹⁷⁴. — Für die Haltung der „Times“ im Jahre 1901 ist ferner zu beachten, daß der Leiter des „Foreign Department der Times“ Sir Valentine Chirol im Frühjahr von den geheimen Bündnisverhandlungen zwischen Eckardstein und Lord Lansdowne erfuhr. Da er nicht an die Möglichkeit und Nützlichkeit eines englisch-deutschen Bündnisses glaubte, wirkte er durch gelegentliche Nachrichten in den „Times“ gegen eine derartige Politik¹⁷⁵. Erst von hieraus betrachtet, erhalten manche Artikel in den „Times“, die an die Kernfragen eines englisch-deutschen Bündnisses rühren, ihre volle Bedeutung. In den Tagen, als Eckardstein dem englischen Außenminister eine Angliederung Englands an den Dreibund empfahl (22. März 1901), brachten die „Times“ eine Nachricht aus — Brüssel, in der es

172. zitiert nach „Kölnische Zeitung“, 1. 5. 01.

173. „Times“, 30. 5., 14. 5., 24. u. 25. 6. 01. Der Ersatz des Clayton-Bulwer-Vertrages von 1850 durch die Hay-Pauncefote-Konvention fand in der Presse keine Mißbilligung; „Nineteenth Century Review“ 49 (1901) 158.

174. Brief des Berliner Times-Korrespondenten an die „Times“ vom 26. 8. 01; ebenso „Times“ (Leitartikel 26. 8. 01.).

175. Sir Valentine Chirol: „Fifty years in an changing world“ London 1927, S. 287 ff.

u. a. hieß: "the existence of the Triple Alliance is alleged as a bar to further combinations between any single member of that Alliance and another Power, and it is therefore argued that the situation must change entirely before there can be any question of a definite Treaty between Great Britain and Germany¹⁷⁶".

Ebenso könnte man zu den "notes of warning" auch einen Angriff der "Times" gegen die wachsende Mißstimmung im Lager der Regierungsanhänger rechnen. Es hieß dort: "It is perhaps, time, that the wish of the British Government to keep on friendly terms with Germany has been carried to far. We are told that we have to deal with a nation which hates England with a fanatical hatred and which is longing for the hour when she can strike at her with "comparative safety" and that, both in China and elsewhere this amiable disposition on our part has landed us in a situation where we risk much and gain nothing¹⁷⁷".

Aus solchen und ähnlichen Stellen geht zugleich hervor, daß für die "Times" wie auch für andere Organe, wie "National Review", "Spectator", "Africa Review" im Jahre 1901 in ihrer Einstellung zu Deutschland nicht so sehr die Burenbegeisterung der Deutschen, sondern weit stärker der deutsche Flottenbau ausschlaggebend war. Von einem deutsch-englischen Zusammengehen wollten sie nichts wissen. — Den Helfer, den England in der Welt gegen Rußland nötig hatte, sahen die "Times" folgerichtig in Japan; sie wurden nicht müde, auf die starke Interessengemeinschaft Englands und Japans hinzuweisen. Nicht Deutschland, sondern Japan würde in Ostasien mit den Engländern gemeinsame Sache machen¹⁷⁸. Als am 31. 1. 1902 das englisch-japanische Bündnis unterzeichnet wurde, fanden die "Times" sehr befürwortende Worte für diese Handlung der englischen Politik¹⁷⁹.

In der Schilderung der Stimmung der englischen Öffentlichkeit wurden die Stimmen der Preßgegner, die sich deutlich von Deutschland abwandten, stärker berücksichtigt als die Meinung

176. "Times" 25. 3. 1901.

177. "Times" 3. 6. 01.

178. "Times" 20. 9. 01; vgl. ebenfalls die wiederholten Sonderberichte über Japans innere und äußere Lage (24. 6., 13. 9., 20. 9; Oberhaus-Debatte 6. 8. 01.).

179. "Times" 12. 2. 1902.

derer, die — wie „Daily Telegraph“, „Daily News“ — in Deutschland nicht den gefährlichen Flotten- und Handelsrivalen sahen. Aber es ist kennzeichnend für die Bedeutung der im Jahre 1901 immer mehr wachsenden, Deutschland abgeneigten Stimmung, daß der englische Außenminister seinen zu Beginn des Jahres 1902 — nach den scharfen Erklärungen Chamberlains und Bülow — dennoch aufgenommenen Plan, durch eine englisch-deutsche Abmachung sich an der Bagdadbahn zu beteiligen, gegenüber der Stimmung des Landes nicht verwirklichen konnte¹⁸⁰.

Die Regierung wich, wie Lansdowne in einem Schreiben an Lord Curzon ausdrücklich feststellte¹⁸¹, vor der sich steigernden deutschfeindlichen¹⁸² Stimmung des Landes zurück. Die Führer des erfolgreichen Pressefeldzuges waren — wie Lord Newton, der Herausgeber der Lansdowne-Biographie, bemerkt — die Herausgeber des „Spectator“ und der „National Review“, die bereits 1901 in diesem Sinne gewirkt hatten¹⁸³. — Man dürfte zu ihnen im besonderen auch den Berliner Times-Korrespondenten Saunders rechnen, dessen deutschfeindliche Berichterstattung die obigen Auszüge erkennen ließen.

Die deutschen Staatsmänner hatten verschiedentlich auf seine gefährliche Tätigkeit hingewiesen¹⁸⁴, ohne allerdings eine Änderung in seiner Berichterstattung zu erreichen.

Bei der Beurteilung der deutschen Presse ist der weitreichende Einfluß des Preßbüros des Auswärtigen Amtes zu beachten. Neben der offiziellen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung stand die halboffizielle „Kölnische Zeitung“, deren Artikel¹⁸⁵ zuweilen an Begründungen und Wendungen erinnern, wie sie in Berichten und Ausarbeitungen des Auswärtigen Amtes vorkamen.

180. Lansdowne: Biographie S. 249 ff.

181. Lansdowne: Biographie S. 254. Das Schreiben ist vom 24. 4. 1903 datiert.

182. G. P. 17, 208 ff.

183. Lansdowne-Biographie S. 254.

184. G. P. 17, 152; Bülow an Metternich 13. 3. 1902; vgl. G. P. 17, 208; 210, (2. u. 25. 6. 02.); die „Times“ weigerten sich ausdrücklich im Juni 1902, dem Ersuchen des englischen Königs, von der Deutschfeindlichkeit abzulassen, nachzukommen. G. P. 17, 209 Anm.

185. vgl. z. B. „Kölnische Zeitung“, 5. 4. 01 und G. P. 17, 38 (12. 2. 01).

Aus Holsteins Briefwechsel mit Frau v. Stülpnagel¹⁸⁶ erfahren wir, daß die außenpolitischen Betrachtungen, die sich in der „Kreuzzeitung“ (Mittwochs-Wochenschau) fanden, von dem Balten Theodor Schiemann verfaßt wurden, der Holstein ein oder zweimal wöchentlich zu besuchen pflegte.

Von Holstein a. a. O., S. 297 werden die hier ebenfalls in den Kreis der Betrachtung gezogenen Blätter, die „Post“, „Vossische Zeitung“ und „National-Zeitung“ als Zeitungen mit besonders guten Beziehungen zu Bülow bezeichnet. Zu erwähnen ist noch, daß die „Grenzboten“ unter Bülow „freundliche, wenn auch nur lose Beziehungen zur Reichsregierung“ hatten¹⁸⁷.

In rückblickenden Betrachtungen deutscher und englischer Staatsmänner finden sich wiederholte Hinweise auf die während des Burenkrieges hüben und drüben groß gewordene Gegensätzlichkeit der beiden germanischen Völker. Chamberlain erklärte 1902, „daß es lange Zeit gedauert hätte, ehe er sowohl als seine Kollegen im Kabinett sich darüber klar geworden seien, was diese ungebändigten Ausdrücke des Hasses gegen England tatsächlich bedeuteten“¹⁸⁸. Er fügte hinzu: „Das englische Volk in all seinen Schichten, sowohl im Mutterlande als in den Kolonien, sei jedoch jetzt von einem derartigen Haß gegen Deutschland erfüllt, daß jedes Ministerium, selbst das stärkste, auf lange Zeit hinaus mit diesem Faktor werde zu rechnen haben“¹⁸⁹. Von Lansdownes Zurückweichen vor der öffentlichen Meinung im Jahre 1902 hörten wir bereits oben¹⁹⁰. Auch dem Reichskanzler Bülow flöbte die englische Presse Besorgnis ein, „welche gegenwärtig bei weitem antideutscher als die deutsche antienglisch ist“¹⁹¹. Nicht ohne Grund schrieb Holstein Ende November 1902, daß man auf deutscher amtlicher Seite nicht genügend getan habe, um den Englandangriffen der deutschen Presse während des Krieges zu

186. Friedrich v. Holstein: Lebensbekenntnis in Briefen an eine Frau. Berlin 1932, S. 224.

187. Politisches Handwörterbuch, Bd. I, S. 725.

188. G. P. 17, 221; Eckardstein an Bülow, 14. 9. 02.

189. G. P. 17, 222.

190. Lansdowne a. a. O. S. 254.

191. G. P. 17, 152 (Bülow an Metternich 13. 3. 02), Bülow-Erinnerungen I, S. 516 f.

steuern. „Aber indem wir freundlich handelten (Holstein denkt an die wohlwollende Haltung Deutschlands während des Burenkrieges) und unfreundlich redeten, setzten wir uns zwischen zwei Stühle — wir d. h. Bülow —.¹⁹²“ — So ist das Bild des Neben- und Gegeneinander, das die deutsche Presse weithin bietet, zugleich ein Ausdruck für die dem Deutschen Reiche fehlende, feste, außenpolitische Linie. Das gleichfalls in der Presse erkenntliche Hin- und Her des Kurses, die vom Gefühl diktierte Stellungnahme für die Buren konnte von den Deutschland feindlichen Gruppen innerhalb der einzelnen Länder im Dienste ihrer Ziele und Ideen ausgenutzt werden und mußte ebenfalls zu einer Gesamtverschlechterung der Lage Deutschlands beitragen.

192. Holstein-Briefwechsel S. 214; vgl. S. 231.

Drittes Kapitel.

Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen im Überblick.

Da in der Literatur die englischen-deutschen Bündnisverhandlungen mehrfach dargestellt sind, sollen hier nur die wichtigsten Phasen und Punkte der unverbindlichen Besprechungen zusammengestellt werden. Bevor es im März unter der Einwirkung der Vorgänge in Ostasien zu Erörterungen zwischen dem deutschen Botschaftsrat Freiherrn v. Eckardstein und Lord Lansdowne kam, hatten zu Beginn des Jahres 1901 einige private Besprechungen zwischen Chamberlain, dem Herzog von Devonshire und dem Freiherrn v. Eckardstein stattgefunden¹.

Freiherr v. Eckardstein befand sich vom 13.—17. 1. 1901 als Gast auf Schloß Chatsworth, dem Landsitz des Herzogs von Devonshire. Aus den Unterhaltungen, die in jenen Tagen zwischen Devonshire, Chamberlain und Eckardstein geführt wurden, ergab sich am 16. Januar folgende Eröffnung der beiden Minister an Eckardstein. Mit der Zeit der „splendid isolation“ sei es für England vorbei. Sämtliche schwebenden Fragen in

1. Die einzige Quelle für diese Besprechungen vom Januar bilden bis jetzt die Lebenserinnerungen und politischen Denkwürdigkeiten von Botschaftsrat a. D. Hermann Freiherr v. Eckardstein, Leipzig 1920 S. 235 ff. Da Eckardstein in jenen Monaten den schwer erkrankten Botschatter Grafen Hatzfeldt vertrat, sind wir auch für die späteren Verhandlungen bei den deutschen Quellen auf die amtlichen und privat an Holstein berichteten Meldungen Eckardsteins mit wenigen Ausnahmen angewiesen. Das englische Quellenmaterial für die Bündnisverhandlungen (Brit. Documents on the Origin of the War 1898 to 1914. ed. by G. P. Gooch and H. Temperley, London 1926 ff.) ist nicht reichhaltig, zudem auch nicht vollständig. Vgl. B. D. III, S. 423 Sir E. Crowe, Über das englische Aktenmaterial; ebenso B. D. II, S. 60.

der Weltpolitik wolle England im Anschluß an eine der beiden europäischen Völkergruppen zu einer Lösung bringen. Sie selbst seien „für einen Anschluß an Deutschland bezw. den Dreibund²“. Wenn aber ein Zusammengehen mit Deutschland sich als nicht möglich herausstellen würde, dann würde man auch einen Anschluß an die französisch-russische Gruppe, für den sich schon Stimmen im Kabinett regten, ins Auge fassen.

Von diesen wichtigen Äußerungen wurde der deutschen Regierung umgehend Mitteilung gemacht. In dem Bericht, in dem Chamberlain und nicht Devonshire als der Handelnde geschildert wird, findet sich anschließend an die Wiedergabe der eben erwähnten Grundgedanken die wichtige Aussage, daß Chamberlain zunächst an einem geheimen Spezialabkommen über Marokko liege³. — Dieser Gedanke verdient besondere Beachtung. Denn danach hatte Chamberlain in Gegensatz zu seinem Vorgehen 1898/99 als erstes für die Eckardstein gegenüber entwickelte, politische Neuorientierung ein Abkommen über eine praktische Einzelfrage im Auge. In einem Privattelegramm an Holstein vom 18. 1. 1901⁴ folgerte dann Hatzfeldt, „daß der Gedanke einer Allianz vorläufig noch verfrüht ist. Diese Ansicht scheint aber Chamberlain zu teilen und die spätere definitive Verständigung durch besondere Abkommen über Marokko usw. einleiten zu wollen⁵“. Eckardstein hatte nicht unterlassen, der Regierung gegenüber hervorzuheben, daß Chamberlain seine Ausführungen nicht als Ergänzung, sondern nur als akademische Erörterung betrachtet wissen möchte⁶.

Bülow war mit der Hatzfeldtschen Ansicht, abzuwarten, einverstanden, zumal er überzeugt war, daß Zweibund und England sich nicht finden würden⁷.

2. Eckardstein, Bd. II, S. 236.

3. G. P. 17, 14 ff.

4. Solange keine anderen Berichte von diesen Unterhaltungen vorliegen, bleibt es aus später noch zu erörternden Gründen zweifelhaft, ob Chamberlain und Devonshire sich in dieser Weise geäußert haben.

5. G. P. 17, 16 f.

6. Diese diplomatische Form der gegenseitigen Unverbindlichkeit der Unterhaltungen ist auch bei den späteren Verhandlungen stets beibehalten.

7. G. P. 17, 18.

Die Aufmerksamkeit der englischen Regierung war in der folgenden Zeit, wie schon oben geschildert, durch die Vorgänge in der Mandschurei voll in Anspruch genommen, es ist aber in diesem Zusammenhange nicht unwichtig; daß die deutsche Botschaft hinter der Anfrage Lansdownes vom 7. 2. um Deutschlands Unterstützung gegen Rußland tiefere Absichten vermutete⁸. Hatzfeldt faßte in einem Schreiben vom 10. 2. 1901 die Äußerungen, von denen ihn Eckardstein in Kenntnis gesetzt hatte, so auf, als bedeuteten sie an Deutschland eine Anregung, die sich noch auf weitere Fragenkomplexe als nur auf die chinesische Frage bezöge. Denn als den inneren leitenden Gedanken nahm Hatzfeldt die Erkenntnis der englischen Politik an, daß man ohne mächtige, kontinentale Allianz in der Welt nicht mehr weiterkönn⁹.

Angesichts dieser von Eckardstein und Hatzfeldt gemeldeten Tendenzen erwog man in der Wilhelmstraße grundsätzlich den Gedanken eines allgemeinen deutsch-englischen Bündnisses. Holstein meinte: „Ein solches Bündnis mit dem Grundgedanken, daß jeder Kontrahent einen einzelnen Angreifer allein bekämpft und daß der casus foederis erst dann eintritt, wenn der Gegner mehrere sind, hat für den denkenden Politiker manches Anziehende, würde aber leider in direktem Gegensatz mit der deutschen Volksstimmung sein¹⁰“. Die deutsche Öffentlichkeit würde sich nur dann umstimmen lassen, wenn ein deutsch-englisches Defensivbündnis einige sofortige, direkte Vorteile mit sich brächte. Mit besonderem Nachdruck hob Holstein hervor, und das ist immer seine Ansicht geblieben, daß ein Bündnisangebot von England zu erfolgen habe.

In den weiteren Unterredungen¹¹, die Lansdowne mit dem deutschen Vertreter im Februar und Anfang März hatte, ging es ihm darum, die deutsche Unterstützung in Ostasien zu erhalten.

Wie ernst für England in diesen Tagen, in denen man mit der Möglichkeit eines russisch-japanischen Krieges rechnen

8. B. D. II, Nr. 43; G. P. 16, 313.

9. G. P. 17, 30 ff.

10. G. P. 17, 34.

11. G. P. 16, 320. (12. 2. 01), B. D. II, Nr. 30 (12. 2. 01). G. P. 16, 342 (8. 3.).

konnte, die Lage war, zeigte deutlich die Denkschrift des Unterstaatssekretärs Bertie vom 11. 3. 1901, in der er die Stärke der Mächtegruppen bei einem ostasiatischen Kriege gegeneinander abwog und zu dem Schluß gelangte, daß England in irgendeiner Form Japan unterstützen müßte¹². In dieser Lage war für England die Haltung Deutschlands so wichtig. Deutschland aber wollte neutral bleiben.

Unter diesen Umständen war Holstein gegen ein Sonderabkommen mit England, denn „durch diesen Uneigennützigkeitsvertrag würden wir gegen Rußland vorgehen, denn wir erleichtern den Angriff der Japaner — aber jedes deutsche Vorgehen gegen Rußland über die Neutralität hinaus, ist ausgeschlossen, solange wir keine Rückendeckung von englischer Seite haben¹³“. Weil aber jetzt, wo Japan auf Englands Seite stünde, die Risikogefahr, daß Deutschland gegen Rußland zu kämpfen hätte, gering wäre, könnte nach Holsteins Ansicht „Deutschland auf ein solches allgemeines Defensivbündnis eher eingehen als auf ein Sonderabkommen z. B. wegen Marokko¹⁴“. Eckardstein sollte jedoch die Bündnisfrage nicht anregen¹⁵.

Am 18. März¹⁶ fand zwischen Lansdowne und Eckardstein eine Besprechung statt. Der deutsche und der englische Bericht¹⁷ sagen ganz Verschiedenes aus. Nach englischer Meinung — und diese Auffassung kehrt in den übrigen englischen Akten immer wieder — hatte Eckardstein in der Unter-

12. B. D. II, S. 43;

13. Eckardstein II, S. 314.

14. Eckardstein II, S. 314 f.

15. Eckardstein II, S. 315.

16. Daß die Besprechung am 18. März stattfand, geht aus B. D. II, Nr. 77 und G. P. 17, 41 f. hervor. Falls — wie Eckardstein II, S. 279 schreibt — zwei Unterredungen stattgefunden haben, kommen sinngemäß nur der Abend des 17. 3. und der Nachmittag des 18. 3. (nicht wie Eckardstein schreibt der 16. 3.) in Betracht. Vgl. W. Becker a. a. O. S. 215, der an zwei Zusammenkünften festhält im Unterschied zu G. Ritter: Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft 1899—1901, Freiburg i. B. 1929. S. 30 f.

17. G. P. 17, 40 ff. B. D. II, Nr. 77. Mit diesem Aktenstück setzen die englischen Dokumente über die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen 1901 ein.

haltung die Initiative ergriffen und dem englischen Außenminister mitgeteilt, daß die deutsche Regierung es vorziehen würde, statt eines Spezialabkommens über Ostasien ein Defensivbündnis mit dem casus foederis bei einem Doppelangriff abzuschließen.

Ein genauer, quellenkritischer Vergleich der deutschen und englischen Akten ergibt, daß Eckardstein in dem Aufgreifen des Bündnisgedankens in der Unterredung vom 18. 3. eigenmächtig vorgegangen ist, und daß er zur Verheimlichung seines Vorgehens Lansdowne als den die Initiative ergreifenden hinstellte¹⁸. Auch für die weiteren Unterredungen, die Eckardstein am 22. 3.¹⁹, 25. 3.²⁰, 29. 3.²¹, 9. 4.²², 13. 4.²³ mit Lansdowne über die Bündnisfrage geführt hat, ergibt der Vergleich, daß die Darstellung Lansdownes stets den alleinigen Anspruch auf Richtigkeit hat.

Es ist bekannt, daß die deutschen Staatsmänner in ihrer weiteren Haltung von den Nachrichten Eckardsteins ausgingen und gleich zu Beginn den Wunsch einer Angliederung Englands an den Dreibund laut werden ließen²⁴. Dieser Gedanke wurde

18. Den Beweis liefert: Eckardstein II, S. 280 ff.

19. G. P. 17, 46 ff.; eine Aufzeichnung Lansdownes über die Unterredung fehlt. vgl. Anmerkung d. Herausgeber d. B. D. II, S. 60.

20. Daß die von Eckardstein II, 286 ff. geschilderten Unterredungen nicht stattfanden, ergibt sich aus der Übereinstimmung der deutschen und englischen Akten, nach denen bis zum 29. 3. drei Unterredungen stattfanden. Am 18. 3., 22. 3. u. 29. 3. nach Ausweis der deutschen Akten. Lansdowne schrieb in seinem Bericht über die Unterhaltung vom 29. 3., daß er mit Eckardstein am 18. 3. und "on a subsequent occasion" (B. D. II, Nr. 79) gesprochen habe. Ein weiterer Widerspruch liegt zwischen der Erzählung Eckardsteins in seinen Erinnerungen, in der es heißt, er habe die Holsteinische Weisung, die Verhandlungen nach Wien zu verlegen, ausgeführt (Eckardstein II, S. 268), und dem amtlichen Bericht Eckardsteins vom 17. 5. (G. P. 17, 60), in dem Eckardstein schrieb, er habe noch nicht an eine Überweisung der Verhandlungen nach Wien bisher denken können. Vgl. die Kritik G. Ritters a. a. O. S. 35; W. Becker a. a. O. S. 221 f. hält dagegen noch an der Ansicht fest, daß am 25. 3. diese Unterredungen stattgefunden haben.

21. B. D. II, Nr. 79; Eckardstein II, S. 326 ff.

22. B. D. II, Nr. 80; Eckardstein II, S. 334.

23. B. D. II, Nr. 81; Eckardstein II, S. 337 ff.

24. G. P. 17, 44; 17, 45.

verschieden — Rücksicht auf die öffentliche Meinung²⁵, oder, „weil am praktischsten²⁶“ begründet. Auf die Angebote Eckardsteins ging Lansdowne nicht ein. — Hinzu kam, daß mehrere Streitfragen, die von Deutschland geforderte Erhöhung der chinesischen Seezölle, deutsche Entschädigungsansprüche in Südafrika die Stimmung hüben und drüben trübten²⁷.

Auch die Bemühungen des japanischen Botschafters Hayashi um ein englisch-japanisches Zusammengehen im fernen Osten, an denen Eckardstein beteiligt gewesen zu sein scheint²⁸, fanden bei den Engländern keine Gegenliebe.

Die englischen Staatsmänner suchten die dringendste Aufgabe zu lösen, den Vormarsch der Russen zum Stehen zu bringen. Anfang April war die unmittelbarste Gefahr in China durch Rußlands Preisgabe des Mandschurei-Abkommen gebannt. Am 23. 4. 1901 richtete Lord Lansdowne an den Petersburger Botschafter ein Schreiben, in dem er zum Ausdruck brachte, daß ihm Lamsdorff als ein zur Verständigung bereiter Minister erschiene; seine Feststellungen über den Charakter des russisch-chinesischen Abkommens trafen den Tatsachen gegenüber jedoch nicht zu. Lansdowne fuhr dann fort: „Be this however as it may, we shall certainly not reject an overture if one is made to us.“ Der englische Botschafter aber sollte Lamsdorff gegenüber betonen, daß man auf englischer Seite wünsche, befreundet zu sein und daß man die besonderen Interessen Rußlands in der Mandschurei anerkenne²⁹.

25. Von Holstein vgl. Eckardstein II, S. 282 f.

26. Von Bülow vgl. G. P. 17, 48 f.; 17, 53.

27. Entsendung des Kolonialdirektors Stübel nach London G. P. 16, 392; Eckardstein II, 234.

28. Es besteht wohl kein Zweifel, daß Freiherr von Eckardstein an der Aktion des japanischen Botschafters beteiligt war. Die Schilderungen Hayashis und Eckardstein widersprechen sich allerdings. Hayashi schreibt, daß von Eckardstein der Gedanke eines deutsch-englisch-japanischen Dreibundes, dem man auf englischer wie deutscher Seite sympatisch gegenüberstehe, ausgegangen sei. Hayashi Secret Memoirs S. 114 f. — Gustav Roloff: Die Bündnisverhandlungen zwischen Deutschland und England, 1888—1901, Berliner Monatsheft 12 (1929) 1196 f. sieht in diesem Verhalten Eckardsteins, das von diesem entschieden abgestritten wurde, (G. P. 17, 136 ff.) einen neuen Beweis für die Unzuverlässigkeit des Botschaftssekretärs.

29. Auch in seiner Unterhausrede vom 28. 3. legte Lansdowne hier-

Dieser Versuch Lansdownes, mit Rußland zu einer Aussprache zu gelangen, erscheint wie ein direktes Anknüpfen an die Politik, die Salisbury im Januar und Februar 1898 verfolgt hatte³⁰. Auch dieses Mal blieben die englischen Bemühungen — in den Britischen Dokumenten findet sich keine Antwort aus Petersburg — ohne Erfolg.

Dieser Versuch Lansdownes, mit Rußland unmittelbare Fühlung zu nehmen, ist darum wichtig, weil er zeigt, daß der englische Außenminister die Möglichkeit einer direkten englisch-russischen Verständigung nicht aus den Augen verloren hatte und sie zunächst noch anderen Vereinbarungen — auch einer englisch-japanischen Verständigung, wie sie einige Tage zuvor, am 17. April, Graf Hayashi³¹ angeregt hatte, vorzog. Nicht zuletzt zeigte diese Haltung Lansdownes, wie wenig ernst er die Eckardsteinschen Angebote nahm³².

Am 15. Mai fand eine weitere Unterredung statt zwischen Lansdowne und Eckardstein, über die nur auf deutscher Seite Berichte vorliegen³³. Auch hier erscheint wiederum Lansdowne in der Darstellung Eckardsteins als der eigentliche Anreger, der mitteilte, daß Salisbury jetzt im Prinzip bereit sei, auf Verhandlungen mit dem casus foederis bei zwei Angreifern einzugehen. Zugleich ließ er die Engländer zum ersten Male wichtige Einwände vorbringen.

Die Folge war, daß der Staatssekretär des Äußeren v. Richthofen nochmals die Forderung nach einem streng definierten England-Dreibund-Vertrag³⁴ erhob, den Holstein auf die Vorstellungen Hatzfeldts³⁵ hin, am 20. 5. 01. zu einem deutsch-

auf Wert.. Die "Times" schrieb zu dieser Angelegenheit in ihrem Leitartikel: "Nothing Lord Lansdowne was eager to bear witness, could be more correct or more satisfactory than Count Lamsdorff's language". Lansdownes Brief s. Lansdowne-Biographie S. 215.

30. B. D. I, S. 5 ff.; vgl. Kap. 1.

31. B. D. II, Nr. 99.

32. vgl. B. D. II, Nr. 79, 81.

33. G. P. 17, 75 f.; Eckardstein II, S. 348; vgl. Anm. der Herausgeber der Brit. Doc. II, S. 64, nach der in den englischen Akten keine Aufzeichnung über die Unterredung vorliege.

34. G. P. 17, 61 f. (18. 5. 01)

35. G. P. 17, 63 (18. 5. 01.)

englischen Bündnisvertrag milderte, der zugleich die deutschen Dreibundverpflichtungen berücksichtigte³⁶.

In einer Unterredung vom 23. Mai — der einzigen, der unter den Bündniserörterungen wirkliche Bedeutung zukommt — entwickelte Hatzfeldt selbst dem englischen Außenminister die Gedanken der deutschen Regierung. Daß Lansdowne ein besonderes Interesse haben mußte, nach den Besprechungen mit Eckardstein, in denen die Angelegenheit während zweier Monate nicht wesentlich über den Stand vom 18. März herausgekommen war, endlich sichere Auskunft bei dem deutschen Botschafter zu erhalten, erhellt ein anderer Umstand. Im Mai 1901 empfing Lord Lansdowne von dem Vizekönig in Indien, Lord Curzon, ein ausführliches Schreiben, in dem der Niedergang des englischen Einflusses in Persien unverhüllt geschildert wurde³⁷. In seinem Briefe forderte darum Lord Curzon eine klare bestimmte Politik, um ein zweites drohendes Port Arthur in Persien zu verhindern. Lansdownes Eifer, jetzt die Verhandlungen — und zwar mit Hatzfeldt — voranzubringen, dürfte sich mit aus diesen Nachrichten erklären. Um dieselbe Zeit wird der englische Außenminister wohl auch erfahren und eingesehen haben, daß auf eine Verwirklichung seines am 23. April geäußerten Wunsches nach einer englisch-russischen Ansprache über Nordchina nicht zu rechnen sei.

Über den Kerngedanken der Hatzfeldtschen Ausführungen in den Unterredungen vom 23. 5. berichtete Lansdowne in einer Denkschrift an Salisbury folgendermaßen: „What it really came to, was this. There would be two „unities“, one consisting of Great Britain and her numerous colonies, the other of the members of the Triple Alliance, and the agreement, if it was to be made at all, must be between the two groups. Was I then, I said, to understand that the proposal was simply that we should join the Triple Alliance? Count Hatzfeldt answered in the affirmative³⁸“.

Die Verhandlungen gingen jetzt einer Entscheidung ent-

36. G. P. 17, 64 (20. 5. 01).

37. Teilweise abgedruckt in: Lansdowne-Biographie, S. 530 ff., das Schreiben ist vom 5. 4. 1901 datiert.

38. B. D. Vol. II S. 65.

gegen, als es nicht gelang, eine von Eckardstein am 15. 5. versprochene Denkschrift zu bekommen, hielt man sich auf englischer Seite wohl nur an zwei von dem Staatssekretär Sanderson angefertigte Vertragsentwürfe³⁹. — Diese beiden Vertragsentwürfe, die den Ernst und die Bedeutung, die man auf englischer Seite den deutschen Bündniseröffnungen entgegenbrachte, erkennen lassen, sind darum besonders wichtig, weil man hier versucht hatte, ein deutsch-englisches Bündnis im Sinne der Holsteinischen Weisung vom 20. 5. schriftlich zu fixieren⁴⁰. Dem deutsch-italienisch-österreichischen Bundesverhältnis wurde durch Artikel 1, der zugleich für den Artikel 2 Voraussetzung war, Rechnung getragen; der zwischen Hatzfeldt und Lansdowne am 23. 5. erörterte Grundgedanke eines Abkommens zwischen dem Britischen Reich einerseits und dem Dreibund andererseits ist jedoch in diesen Entwürfen nicht verwirklicht. Da ein solcher Vertrag, wie ihn Sanderson entworfen hatte, in seinen praktischen Auswirkungen ein Abkommen zwischen Großbritannien und dem Dreibunde war, untersuchte Salisbury in einem Memorandum vom 29. 4. 1901 diese Kernfrage. Salisburys Antwort lief auf ein glattes Nein heraus⁴¹. — Zunächst war es ein äußerer Umstand, der nicht ohne Einfluß auf die Verhandlungen blieb und in dem Nichtabsenden der von Eckardstein in Aussicht gestellten Denkschrift lag. In einem vom Auswärtigen Amte gebilligten Briefe vom 31. 5.⁴² schlug Hatzfeldt die Bitte Lansdownes um ein deutsches Memorandum ab. Angesichts der ablehnenden Haltung Salisburys wird Lansdowne die Antwort Hatzfeldts, die ihm Zeit gab, nicht unerwünscht gewesen sein. In einem diese Verhandlungen ab-

39. B. D. Vol. II S. 66 ff.

40. Die Bedeutung dieser Entwürfe darf gewiß nicht unterschätzt werden; indessen, für die Richtigkeit des Satzes W. Beckers a. a. O. S. 239: „Lansdowne war also jetzt durchaus der Meinung, ein Bündnis mit Deutschland auf der von Hatzfeldt inhaltlich vorgeschlagenen Grundlage eingehen zu können“, findet sich in englischen Quellen kein Beweis; soviel ist aus der Tatsache, daß Bündnisentwürfe angefertigt wurden, nicht zu schließen. Auch Haller a. a. O. S. 21 überschätzt u. E. die Bedeutung der Entwürfe.

41. B. D. II, Nr. 86.

42. G. P. 17, 72; B. D. II, Nr. 88.

schließenden Schreiben vom 9. 6. 01 an den englischen Botschafter in Berlin zweifelte Lansdowne daran, ob je etwas aus dem Eckardsteinschen Vorschlägen werden könne, er sprach aber zugleich den Gedanken aus: „If we are to consider some alternative form of a agreement, perhaps limited to particular eventualities⁴³“. Dieser Gedanke, den wir bei den englischen Staatsmännern später noch in konkreterer Form begegnen, war das Gegenteil des deutschen Zieles.

Die deutsch-englischen Bündnisbesprechungen waren unterbrochen, wenn auch noch nicht abgeschlossen. Aus den zwischen dem englischen König und dem deutschen Kaiser im August 1901 im Homburg v. d. Höhe geführten Gesprächen ergab sich nichts Förderndes für die Bündnisfrage⁴⁴. Die Stimmung in den beiden Ländern verschlechterte sich. Die Edinburger Rede Chamberlains brachte die offene Absage an Deutschland⁴⁵. Wohl im Zusammenhang mit dieser Rede stand die eilige Reise, die der Leiter des Foreign Department der „Times“, Sir Valentine Chirol, auf Bülow's Wunsch unternahm. Angesichts der unfreundlichen Haltung der Times und anderer englischer Zeitungen lag Bülow und Holstein, durch das laute Abschwenken Chamberlains beunruhigt, an einer eingehenden Aussprache. Aus den zwischen Bülow, Holstein und Chirol geführten Unterredungen verdient der von Chirol⁴⁶ wiedergegebene Bülow'sche Plan kurze Erwähnung. Der Bündnisplan, den Bülow Chirol entwickelte, sah ein englisch-deutsches Abkommen zur Aufrechterhaltung des status quo in Europa, Afrika, Amerika und in den Gebieten des Stillen Ozeans und eine gegenseitige Garantie des bestehenden Territorialbesitzes und der vorhandenen Einflußsphären vor. Asien war jedoch ausgenommen, denn „Deutschland könne nicht seine eigenen Beziehungen mit Rußland aufs Spiel setzen⁴⁷“. Die Ergänzung der deutsch-

43. B. D. II, Nr. 89.

44. G. P. 17, 94 ff.; B. D. II, Nr. 90; W. Becker a. a. O. 254 ff.

45. In jener Rede lehnte Chamberlain offen die Zusammenarbeit mit Deutschland, die er mit der Treue der Kolonien in Vergleich setzte, ab. „Times“, 26. 10. 01.

46. Sir Valentine Chirol a. a. O. S. 291 ff.

47. Chirol a. a. O. S. 294.

englischen Alliance sollte für Asien ein englisch-japanisches Bündnis sein. Die auf der Hand liegenden Einwände gegen ein derartiges einseitiges Bündnis brachte Chirol denn auch sofort vor.

Bülow's Vorschlag eines deutsch-englischen Bündnisses, ergänzt durch ein auf Asien bezügliches englisch-japanisches Bündnis erinnert an seinen Vorschlag vom 11. Mai 1901⁴⁸. Der Kern-gedanke, der diesen beiden Plänen gemeinsam war, lag in dem Neutralbleiben Deutschlands in einem ostasiatischen Kampf, der durch England und Japan auszufechten wäre. Der Unterschied bestand darin, daß Asien in dem Chirol gegenüber entwickelten Plane überhaupt ausgenommen werden sollte. Ferner sollte nicht mehr von einem England-Dreibund-Vertrag, sondern von einem deutsch-englischen Bündnis die Rede sein.

Chirol hat von seinen Aussprachen mit Bülow und Holstein auf dem Foreign Office berichtet⁴⁹. Es ist kein Zufall, daß in den nächsten Tagen (9. und 11./22. November) von Bertie und Lansdowne ausführliche Denkschriften verfaßt wurden. Beide lehnten — jedoch mit verschiedenen Begründungen — ein Zusammengehen der beiden Völker im Sinne der deutschen Vorschläge ab. Zur Würdigung der Lage ist ein Blick auf die inzwischen ernstlich aufgenommene und betriebene englisch-japanische Annäherung erforderlich.

48. Bülow an Hatzfeldt G. P. 17, 54 ff.

49. vgl. Crowes, Memorandum B. D. III, S. 412 (1. 1. 1907).

Viertes Kapitel.

Das englisch-japanische Bündnis und Lansdowne's Angebot eines deutsch-englischen Sonderabkommens.

Auf den deutschen Vorschlag, ein Defensivbündnis mit dem Dreibund abzuschließen, konnte und wollte die englische Regierung nicht eingehen. Die veränderte Weltlage legte — nach dem Scheitern der deutsch-englischen Verhandlungen — der englischen Regierung die Pflicht auf, sich nicht mit weiteren halben Maßnahmen, wie es das von Anbeginn an verschieden ausgelegte deutsch-englische Abkommen vom 16. 10. 1900 war, für die Zukunft zu begnügen.

Daß die englische Politik in diesem ersten Regierungsjahr König Eduards auf eine Neuorientierung gerichtet war, wird erst im Rahmen der englisch-japanischen Bündnisverhandlungen voll verständlich. Der Gedanke eines englisch-japanischen Zusammengehens war nicht neu, er wurzelte in dem Verhalten Englands zur Zeit des Friedens von Schimonoseki¹. Im Frühjahr 1901 wurde er wieder aufgeworfen². Im April 1901 hatte Hayashi einen Vorstoß unternommen und Lansdowne zu einem englisch-japanischen Abkommen über China eingeladen³. Lansdowne ließ es jedoch nicht zu Sonderverhandlungen mit Hayashi

1. Count Hayashi a. a. O. S. 80 ff. T. Dennett a. a. O. S. 641 f. berichtet von den Bemühungen Lord Charles Beresford, während seines Besuches in Japan und China im Winter 1898/99, um eine gemeinsame englisch-japanische Politik.

2. Wir sahen bereits oben, wie in den Tagen des März 1901 Holstein sogar für ein deutsch-englisch-japanisches Bündnis eintrat. Eckardstein II, S. 320; 20. 3. 01.

3. B. D. II Nr. 99 (17. 4. 01); Hayashi a. a. O. S. 116 f.

kommen⁴. Erst nachdem die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen ergebnislos verlaufen waren, und — man muß hinzufügen — die direkte, englisch-russische Verständigung nicht erreichbar war, griff Lansdowne am 31. Juli 1901 die japanische Anregung einer Verständigung über den fernen Osten ernster und eifriger auf⁵. Auf den wiederholt geäußerten Wunsch des Grafen Hayashi, Deutschland zur Teilnahme am Abkommen einzuladen, das dann "look much more formidable if it were to include Germany"⁶ ging Lansdowne nicht ein, sondern erreichte, daß erst nach Abschluß der Verhandlungen zwischen England und Japan der deutschen Regierung etwaige Angebote gemacht werden sollten⁷. Jedoch so glatt, wie es zunächst den Anschein hatte, verliefen die Verhandlungen mit Japan nicht; nicht ohne Grund fürchteten die Engländer, daß der Marquis Ito anläßlich seines Besuches in Petersburg im November 1901 zu einer Verständigung mit Rußland zu gelangen versuchen würde⁸. Für Japan gab es zwei Wege, entweder eine russisch-japanische Verständigung, an der auch Frankreich auf das stärkste interessiert war⁹, oder eine englisch-japanische Einigung, die zugleich die schwer vermeidliche Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Rußland und Japan in sich schloß¹⁰.

4. Vgl. auch die charakteristische Notiz vom 31. 5. 01. "I would humour the Japanese as much as possible. They are I am afraid a little sore, and perhaps not unnaturally. I wish I could help them financially, but it would be very difficult for us to guarantee their share of the bonds for them." B. D. II, S. 58 u.; vgl. Hayashi a. a. O. S. 120 f.; G. P. 16, 338 u. (5. 3. 01.)

5. B. D. II Nr. 102, Hayashi a. a. O. S. 121 ff.

6. B. D. II Nr. 105.

7. B. D. II Nr. 117.

8. B. D. II, Nr. 76, 112, 120; vor allem Lansdowne-Biographie S. 223 f.; Hayashi a. a. O. S. 123 f.,

9. Delcassé wünschte sie lebhaft. Zu der Nachricht des französischen Gesandten in Peking, der eine Äußerung des französischen Botschafters in Tokio zu dem japanischen Kaiser wiedergab, daß „Frankreich in keinem Falle Rußland in einen Krieg gegen Japan helfen würde“, bemerkte Delcassé: „Qui lui a donné ce pouvoir? C'est à éviter le plus longtemps possible un choc entre la Russie et le Japon que nous devons nous appliquer. Il faut empêcher l'Angleterre de trouver en Extrême-Orient dans le Japon le soldat qui lui manque.“ Doc. dipl. Fr. 310 (1. 7. 01).

10. Der Ito-Partei stand in Japan die Gruppe gegenüber die nur von

Es war fraglich, ob sich über Korea, das schon aus strategischen Gründen für Rußlands Machtstellung im fernen Osten unentbehrlich schien¹¹, eine Einigung herbeiführen ließ, so sehr es Lamsdorff im Gegensatz zu der russischen Kriegspartei im Verein mit Ito erstrebte¹².

Als die englisch-japanischen Verhandlungen im Dezember wieder vorwärts kamen¹³, suchte Lansdowne mit allem Nachdruck einem englisch-japanischen Abkommen über China den einseitigen Charakter zu nehmen. Da die Japaner — wie Hayashi wiederholt erklärte — es über Korea jederzeit zum Kriege kommen lassen würden, konnte Lansdowne mit Recht dem Marquis Ito, der am 3. 1. 1902 bei ihm auf seinem Landsitz Bowood zu Gaste war, erklären: "I might at any rate say, that it seemed to me infinitely more probable that, if the Anglo-Japanese Agreement were concluded, we might be dragged into war by Japan with France and Russia over Corea, than that Japan would be dragged into war by us in consequence of the Russian treatment of the Manchurian question¹⁴".

Schon vorher — am 12. Dezember — hatte Lansdowne den Grafen Hayashi auf dieses wichtige Bedenken aufmerksam gemacht; Lansdowne schrieb an jenem Tage dem englischen Botschafter in Tokio: "The agreement would, I thought, probably be criticized upon, the ground that it might have the effect of entangling us in war with two great European Powers all

einer englischen Anlehnung Vorteil für Japan erwartete. Der japanische Botschafter Hayashi in London hat zielbewußt diese Politik der Annäherung befolgt. a. a. O. S. 103 ff. Die Gefahr einer englisch-japanischen Einigung verkannten die russischen Staatsmänner keineswegs; vgl. G. P. 14, 159 (16. 3. 1898); 17, 525 (27. 2. 1900); B. D. I, Nr. 8 (Jan. 1898).

11. Doc. dipl. Fr. 435 (10. 10. 01) Boutiron, französischer Geschäftsträger in Petersburg an Delcassé. Die „Nineteenth Century Review“ 49 (1901) S. 834 ff. brachte einen eingehenden Aufsatz über die koreanische Frage, die nur durch einen Krieg zu lösen sei.

12. Doc. dipl. Fr. 445 (30. 11. 01.) Delcassé arbeitete Hand in Hand mit Lamsdorff in der Verfolgung dieses Zieles; Doc. dipl. Fr. 527 (21. 11. 01).

13. Dem französischen Botschafter in London blieben die Verhandlungen nicht verborgen; über den Zweck und Inhalt vermochte er jedoch nichts in Erfahrung zu bringen. Doc. dipl. Fr. 432 (8. 10. 01).

14. B. D. II, Nr. 120.

over the world on account of some comparatively trivial quarrel between Russia and Japan over matters of purely local interests¹⁵”.

Aus diesen Äußerungen Lansdownes ging deutlich hervor, daß das englisch-japanische Abkommen eine Ergänzung brauchte. Es kam vor allem darauf an, die Möglichkeit einer Mächtegruppierung von vornherein auszuschalten, die Rußland und Frankreich auf der einen, England und Japan auf der anderen Seite bei einem Zusammenstoß gefunden hätten, und ein freies ungebundenes Deutschland, über dessen Haltung man in London und Tokio nicht ganz sicher sein konnte, zwischen und über den beiden Machtgruppen¹⁶. Die Japaner hofften, diese Gefahr durch die Einladung Deutschlands zu dem englisch-japanischen Abkommen bannen zu können. Lansdowne „glaubte aber nicht einen Augenblick daran, daß Deutschland dem Abkommen beitreten würde¹⁷“. An dem gleichen Tage — 12. 12. 01 — an dem er die oben erwähnten Worte an Sir Macdonald in Tokio schrieb, entwarf Lansdowne für Lord Salisbury ein deutsch-englisches Sonderabkommen, das Vereinbarungen über die Aufrechterhaltung des status quo in den Mittelmeerländern und den Gebieten des Persischen Golfes enthielt. In seiner Denkschrift vom 11. November 1901 hatte Lansdowne geschrieben, daß nach seiner Meinung die eigentliche Regierung der deutschen Regierung noch eine endgültige, offizielle Antwort auf das deutsche Bündnisangebot zu geben hätte¹⁸.

Am 19. Dezember fand zwischen Lansdowne und dem Grafen Metternich vor dessen Abreise nach Deutschland eine Unterredung statt, in der der englische Außenminister erklärte, daß England nicht auf die Hatzfeldtschen Vorschläge eingehen könne, aber — und darin ist ein wichtiges Ergebnis der englischen Akten für diese Zeit zu erblicken — in derselben Unterhaltung richtete Lansdowne an Metternich die Frage, ob

15. B. D. II, Nr. 115; Vgl. auch das in der Lansdowne-Biographie S. 222 abgedruckte Schreiben an Macdonald.

16. Diese Möglichkeit übersieht G. Ritter in seinem entgegengesetzten Urteile a. a. O. S. 40.

17. B. D. II, Nr. 120.

18. B. D. II, S. 77.

man nicht zu einem Übereinkommen über Sonderfragen oder einzelne Gebiete in der Welt, an denen sie in gleicher Weise interessiert wären, gelangen könne. Metternich lehnte jedoch den Gedanken sofort ab: "It was the case of the 'whole or non ¹⁹".

Dieser wichtige Gedanke Lansdownes läßt sich in den englischen Akten weiter verfolgen. Bald nach der Ablehnung des Hatzfeldtschen Vorschlages hatte Lansdowne an Lascelles geschrieben²⁰, ob man unter diesen Umständen nicht besser ein Sonderabkommen ins Auge fassen wolle. Wie er sich ein solches Abkommen dachte, war in einem von dem englischen König am 11. 8. 01 Wilhelm II. in Homburg überreichten Memorandum²¹ angedeutet. Da aber das deutsche Gegenmemorandum kein Eingehen auf die wichtigsten Punkte — Kueit, Marokko — zeigte²², zog sich damals Lansdowne rasch zurück und ließ erklären, daß sein Memorandum vom 11. 8. nur für den persönlichen Gebrauch des Königs bestimmt gewesen wäre²³. Obwohl Lansdowne in seinem Memorandum vom 22. 11. 1901 zu einer Ablehnung der Hatzfeldtschen Vorschläge kam, war er doch zu einem Zusammengehen mit Deutschland in praktischen Einzelfragen bereit. Sein Plan, den er am 4. 12. in einem besonderen Schreiben an Salisbury ausführte, zielte auf eine Art Mittelmeerabkommen ab. Aber Lansdowne ging aus besonderen Gründen über das Mittelmeerabkommen von 1887 hinaus, wenn er seinen Plan auf den Persischen Golf ausdehnen wollte²⁴.

19. Metternich erwähnt in seinem Berichte diese wichtige Äußerung nicht so ausführlich. Es heißt bei ihm (G. P. 17, 112) „Er (Lansdowne) wiederhole aber nochmals, daß er sehr geneigt sein würde, mit Deutschland in Fragen, wie sie der Lauf der Verhältnisse bringen würde, zusammenzugehen“. Über seine Antwort schrieb Metternich: „Ich habe absichtlich ein unbehagliches Dunkel über die zukünftige Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen gelassen“. G. P. 17, 113.

20. B. D. II, Nr. 89.

21. G. P. 17, 121 ff.

22. G. P. 17, 129.

23. G. P. 17, 491 f.; B. D. II, Nr. 104.

24. Vgl. auch das Memorandum Lansdowne's vom 11. 8. 01. G. P. 17, 21 ff. und das oben erwähnte Schreiben Lord Curzons vom 5. 4. 01 (Lansdowne-Biographie 290 ff.), in dem nachdrücklich eine klare englische Politik in Persien gefordert wurde.

Der von ihm entworfene Artikel über den Persischen Golf sah den Grundsatz der „offenen Tür“ vor und schloß territoriale Erwerbungen an den Küsten des Persischen Golfes durch andere Mächte aus. Um eine solche Politik zu sichern und zu fördern, sollten die beiden Mächte zusammenarbeiten, die Art ihrer Zusammenarbeit sollte jedoch erst bei gegebener Gelegenheit bestimmt werden. Wie der nächste Artikel besagte, sollten die beiden Vertragschließenden schon dann offen miteinander in Beratungen treten, „whenever events might seem to threaten the above described interests²⁵“, ja, für den Fall, daß im Mittelmeer und an den Meerengen Änderungen des status quo sich als unvermeidlich herausstellen würden, wollten die beiden Mächte Maßnahmen ins Auge fassen, die eine schädliche Auswirkung derartiger Veränderungen zum Nachteil der Vertragsschließenden und ihrer Verbündeten ausschlossen. Zu Beginn der Verhandlungen hatte Chamberlain den Gedanken einer Spezialverständigung über Marokko aufgeworfen, am Ende der Erörterungen über ein deutsch-englisches Zusammengehen vertrat Lansdowne einen ähnlichen Gedanken, der gleichfalls ein praktisches Ziel, Sicherung des status quo im Mittelmeer und gemeinsame Politik im Bereich des Persischen Golfes verfolgte²⁶.

Wohl bemerkte Salisbury am 6. 12. 1901 zu diesem Plane: „At present it seems to me full of risks and to carry with it no compensating advantage²⁷“. — Gleichwohl hat Lansdowne am 19. 12. die oben erwähnte Frage an Metternich gerichtet. Wenn er auch ausdrücklich den Gedanken als seine persönliche Ansicht hingestellt hat, so wird er doch nicht ohne Wissen Salisburys den Schritt getan haben. Aber die deutschen Staatsmänner, die früher lieber Spezialabkommen mit England abschließen wollten²⁸, zogen jetzt den Gedanken einer Defensiv-Allianz grundsätzlich einem Sonderabkommen vor; sicher wird Metternich, dem Holsteins Auffassung in diesem Punkte bekannt

25. B. D. II, Nr. 93.

26. vgl. auch die Worte Chamberlains zu Bülow (24. 11. 1899), es liege im englischen Interesse, China Persien und die Türkei bis auf weiteres aufrechtzuerhalten. G. P. 15, 416.

27. B. D. II, Nr. 93.

28. G. P. 14, 252.

war, darum auch sofort ablehnend geantwortet haben: "it was the case of 'the whole or none'²⁹".

Es wäre aber in diesem Augenblick, wo es sich zeigte, daß ein deutsch-englisches Zusammengehen im Sinne des Hatzfeldtschen Vorschlages unmöglich war, von großer Bedeutung für Deutschland gewesen, zumindest einmal in einer näheren Aussprache die Gedanken Lansdownes kennen zu lernen³⁰. Gewiß mußte Deutschland einem solchen Plane Lansdownes vorsichtig gegenüberstehen, denn ein Abkommen über den Persischen Golf hätte vor allem eine Spitze gegen Rußland gehabt — wir hörten oben S. 21, wie sehr Rußland in Persien auf eine Steigerung seines Einflusses bedacht war und wie wichtig für England in Vorderasien eine Anlehnung an eine starke Macht war — England hätte hier in diesen wichtigen Gebieten eine Sicherung durch Deutschland erhalten, ohne seinerseits zugleich gegen Frankreich optieren zu müssen, was, wie wir sahen, bei einem deutsch-englischen Defensivbündnis der Fall war. Schließlich aber hätte Deutschland in irgendeiner Weise einmal³¹ aus dem zugleich politischen Charakter seiner Bagdadbahnbauten die Konsequenzen ziehen und sich mit England verständigen müssen, wenn es nicht besser diese gefährliche Reibungsfläche überhaupt aufgegeben hätte. So hätten die deutschen Staatsmänner sicher große Bedenken und Einwände erhoben, aber selbst, wenn der Persische Golf nicht mit eingeschlossen wäre, hätte ein erneuertes Mittelmeerabkommen für das Deutsche Reich und seine Verbündeten größtes Interesse gehabt. Ein solches Abkommen, wie es Lansdowne entworfen hatte, sah wohl Aufrechterhaltung des status quo vor, aber die Formulierung des 5. Artikels ließ klar erkennen, daß im gegebenen Fall eine Lösung praktischer Fragen — so der marokkanischen Frage³² — möglich war. Eine derartige Politik wäre den Interessen Deutschlands wie denen seiner Dreibundgenossen, die

29. B. D. II, Nr. 94.

30. Wir vermögen daher nicht, der These der Ritter'schen Schrift a. a. O. S. 39: „Die Erzählung von der leichtfertig verschmähten englischen Freundschaft ist Legende“, zuzustimmen.

31. vgl. G. P. 17, 477 ff.

32. Vgl. Chamberlain's Äußerungen zu Bülow, 24. 11. 99 G. P. 15, 418.

ausdrücklich genannt waren, dienlich gewesen. Lansdowne konnte mit Recht sagen, daß ein solcher Vertrag mehr als die Erklärung einer gemeinsamen Politik und Aufrechterhaltung enger politischer Beziehungen bedeutet hätte. In einem solchen Verträge, der zugleich eine innere Stärkung des Dreibundes und seiner einzelnen Mitglieder bedeutete³³, lag der Keim zu einem weiteren deutsch-englischen Zusammengehen.

Man möchte geneigt sein, einen solchen Weg für gangbarer zu halten als den Weg einer Defensiv-Allianz. Ideal war er nicht, denn durch einen derartigen deutsch-englischen Vertrag konnten einmal Rußland — wie schon erwähnt — in Vorderasien und auch am Bosphorus, dessen status quo wieder aufrecht erhalten werden sollte, dann aber auch Frankreich, wenn es zur Aufteilung Marokkos kam³⁴, sich bedroht und benachteiligt fühlen. Darum hätte Deutschland, wenn es nicht den Druck des Zweibundes vergrößern wollte, sich bei einem solchen englisch-deutschen Abkommen zurückhalten, in kolonialen Ansprüchen mäßigen und England die größeren Gewinne überlassen müssen. Abgesehen davon, daß England an einem solchen Verträge lag, weil er billiger und ungefährlicher war als eine Verständigung mit Frankreich, lag für Deutschland die Bedeutung u. a. darin, daß der immer lockerer werdende Dreibund nun durch die Annäherung an England nicht allein in der Welt stand. Vor allem wurde die Frage der deutschen Dreibundverpflichtungen auf diese Weise umgangen.

Vielleicht war dieser Weg, den Lansdowne einschlagen wollte, die einzige Möglichkeit, die zu einem Zusammengehen der beiden großen Völker führte³⁵, vielleicht die Form, unter der sich die beiden Nationen ohne zu große gegenseitige Bindungen finden könnten. Konnte nicht ein englisch-deutsches Abkommen im Lansdowneschen Sinne mehr an Ergebnissen, als nur die Paragraphen zuließen, zeitigen³⁶? Lansdowne hatte selbst ge-

33. Wie sehr vor allem Italien wieder an den Dreibund durch ein solches Abkommen herangezogen wäre, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Vgl. Monts: Erinnerungen a. a. O. S. 176.

34. G. P. 17, 326 f.

35. Vgl. W. Becker a. a. O. S. 287.

36. O. Becker hält diesen ausbaufähigen Weg für den einzig möglichen und praktischen. Deutsche Literaturzeitung, Heft 19. (1929) S. 914 ff.

sagt: "The arrangement would, no doubt, fall far short of what was suggested to us, but as a tentative and provisional step it might not be without value³⁷".

Gewiß hätte man, wenn dieser Weg gegangen wurde, deutscherseits sehr vorsichtig sein müssen; die Hauptgefahr bestand darin, daß Rußland, in Ostasien durch das englisch-japanische Bündnis gehemmt, innerhalb absehbarer Zeit sich nach dem Balkan und nach Vorderasien zurückwenden würde. Man darf aber doch annehmen, daß sich auf Grund einer derartigen deutsch-englischen Übereinstimmung die gegenseitige Zusicherung der Neutralität — neben etwaigen kolonialen Gewinnen — hätte erreichen lassen. Ein Gewinn, der eine starke Sicherung des Friedens bot und allein schon rechtfertigte, daß man diesen Weg einem Defensivvertrag bei den anerkannten Schwierigkeiten vorzog. Deshalb ist es bedauerlich, daß Metternich sofortiges Nein den Lansdowneschen Plan im Keime erstickte. Metternichs Nein war letztlich nur ein Ausdruck der Stimmung und Richtung, die in Berlin herrschte, sein Nein stand in Einklang mit den Holsteinschen Ansichten. Auch hier zeigt sich wieder die Schuld Eckardsteins, dessen Falschmeldung vom 18. März es verursacht hatte, daß Holstein von falschen Voraussetzungen ausging und in England den nach einem Bündnis Suchenden erblickte. Lansdowne selber zweifelte, daß die deutsche Regierung auf seinen Vorschlag eingehen würde³⁸. Dennoch hat er an den Grafen Metternich die Frage nach einem deutsch-englischen Zusammengehen in Einzelfragen gerichtet.

Den tragenden Grundgedanken, der seinem Plane zugrundelag, hat Lansdowne selbst in seinem Schreiben an Salisbury mit den Worten ausgedrückt: "Assuming however, that both sides acted up to it in the fullest sense, it would be distinctly to the advantage of this country that peace should be maintained³⁹". Voll gewürdigt kann dieses Angebot Lansdownes an Deutschland erst im Zusammenhang mit der Annäherung Englands an Japan werden. Das englisch-japanische Bündnis

37. B. D. II. S. 78 f. vgl. das Urteil des Botschafters Graf Monts in seinen Erinnerungen S. 301 über die Möglichkeit einer deutsch-englischen Entente.

38. B. D. II, Nr. 93.

39. B. D. II, Nr. 93.

stellte eine Teillösung dar; zu der durch das englisch-japanische Bündnis erreichten Sicherung auf dem äußersten Flügel in Ostasien⁴⁰ gehörte eine feste europäische Sicherung. Ein deutsch-englischer Mittelmeer- und Vorderasienvertrag konnte für England eine derartige Sicherung bedeuten, denn hätte die englische Regierung Deutschland durch eine solche Vertrags- und Interessengemeinschaft gewonnen, so konnte sie auch der wohlwollend neutralen Haltung Deutschlands in einem aus einem ostasiatischen Konflikt entspringenden Kriege sicher sein. Vor allem wären die Franzosen dann davon abgehalten, den Russen in einem russisch-japanischen Kriege zu Hilfe zu kommen. Lansdowne hätte somit das, was er auf alle Fälle vermeiden mußte⁴¹, auch ohne die Hilfe eines europäischen Bündnisses erreicht. Deutschland brauchte bei dem Lansdowneschen Plane nicht in Ostasien gegen Rußland zu optieren; in dieser Hinsicht wäre die alte Forderung Bülows, die er zuletzt noch Chirol gegenüber vertreten hatte, verwirklicht worden. In diesem wichtigen Punkte stimmten der Bülowsche und der Lansdownesche Plan überein.

Der Lansdownesche Vertrag bot für England hinreichend Sicherheiten; durch die Formulierung hatten die Engländer es in der Hand, Deutschland, wenn das Abkommen und das Zusammenarbeiten sich bewährten, zu belohnen. England saß bei diesem Vertragssystem — dem englisch-japanischen Bündnis und dem deutsch-englischen Mittelmeer- und Vorderasienabkommen, die sich innerlich gegenseitig stützen und beeinflussen konnten — am längeren Hebel und konnte den Frieden erhalten. Die Rolle, die Bismarck — am besten wohl im Jahre 1887 —

40. Wie aus den Randbemerkungen zu ersehen ist, hat König Eduard von Anfang an (Juli 1901) die englisch-japanische Annäherung lebhaft befürwortet (B. D. II. S. 122). Über Salisburys Einstellung zu der Aufgabe der „splendid isolation“ in Ostasien heißt es in der Lansdowne-Biographie S. 228: „the private letters from Lord Salisbury do not display much enthusiasm for the new departure, but it is understood that by this time his political activity had considerably diminished“, während Chamberlain als Unterstützer des Bündnisses hingestellt wird. ebenda S. 220.

41. Lansdowne-Biographie S. 222; Schreiben Lansdownes vom 6. 11. 01 an Sir C. Macdonald.

in Europa innegehabt hatte, wäre damit endgültig auf England übergegangen.

Der Lansdownesche Plan weist eine innere Verwandtschaft auf mit dem Salisburyschen Verständigungsversuch vom Frühjahr 1898. Salisbury wollte damals in einem russisch-englischen Abkommen die Fragen des fernen mit denen des nahen Ostens verbinden. Lansdownes Plan zielte — allerdings mit umgekehrter Front — auf dasselbe ab⁴². Statt der Russen selbst sollten 1901 in China die Japaner, in Vorderasien und am Bosphorus die Deutschen im Verein mit den Engländern durch eine gemeinsame, praktische Politik an der Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung auf der langen Grenzlinie vom Stillen Ozean bis Konstantinopel interessiert werden.

Salisbury ist als Staatsmann nicht für Bündnisverträge gewesen⁴³, ihm schien es richtiger, die Verständigung zwischen zwei Mächten „erst im Bündnisfall, wenn ihre Interessen ernstlich bedroht erschienen, durch einen formellen Vertrag zum Ausdruck zu bringen“⁴⁴. Auch aus diesen Erwägungen durfte Lansdowne vielleicht hoffen, auf dem Wege über eine deutsch-englische Entente — Salisbury hatte ja selbst 1900 das deutsch-englische China-Abkommen geschlossen — Salisburys Widerstand zu besiegen und allmählich auf diesem ausbaufähigen Wege zu einer festen, deutsch-englischen Verständigung zu gelangen.

Aber die Engländer brauchten sich nicht zu bemühen, auf jeden Fall eine Einigung mit Deutschland herbeizuführen. Das unterscheidet am deutlichsten die erste Phase der Bündnisverhandlungen 1898 und die letzten Besprechungen 1901. Seit Faschoda wußte man, daß eine Verständigung mit Frankreich möglich war; eine Ergänzung mußte, wie wir oben ausführten,

42. In diesem Zusammenhange verdient eine Äußerung Sir A. Hardinges vom 6. I. 1902 an Lord Lansdowne Erwähnung: "It struck me that Lamsdorffs communication to Charles Hardinge, in which he dealt jointly with the Manchurian and Persian questions gave us an opening for an deal, and that désintéressement in Manchuria, where our interests are less important than in Persia, might perhaps be the price of the restoration of the equilibrium here". Lansdowne-Biographie, S. 235.

43. Vgl. G. P. 15, 417 (24. 11. 1899); Lee a. a. O. 2, 116 f.

44. G. P. 14, 240.

das englisch-japanische Bündnis in irgendeiner Weise finden, um den Gefahrenherd in China und in Europa zu beschränken. So kam, als Deutschland am 19. 12. absagte, nur Frankreich in Betracht. Genau, wie es Chamberlain einst in Aussicht gestellt hatte, traf es ein. Am 30. 1. 1902 war Metternich in der Lage zu melden: „Im strengsten Vertrauen erfahre ich, daß seit etwa zehn Tagen Verhandlungen zwischen Chamberlain mit dem französischen Botschafter behufs Austragung sämtlicher zwischen Frankreich und England stehenden Differenzen in kolonialen Fragen schweben⁴⁵“.

Schädigend und nachteilig für die weitere Entwicklung des deutsch-englischen Verhältnisses war es, daß die ergebnislos verlaufenen Bündnisverhandlungen auf beiden Seiten in Verstimmung und Verärgerung endeten. Chamberlain hatte öffentlich und taktlos Deutschland eine Absage erteilt; König Eduard war in keiner Weise mit der selbstbewußten Sprache Metternichs in der Unterredung vom 19. 12. 01⁴⁶ einverstanden. — Wilhelm II. schrieb nach der ihm durch Lascelles überbrachten Absage Eduard VII.⁴⁷ dem englischen Verwandten einen deutlichen, fast drohenden Brief⁴⁸. Bülow wandte am 8. 1. 1902 im Reichstage auf Chamberlains Rede das Wort Friedrichs des Großen an: „Laßt den Mann gewähren und regt Euch nicht auf, er beißt auf Granit⁴⁹“. Holstein aber schickte an Chirol mehrere Briefe⁵⁰, in denen er eine Darstellung der Bündnisverhandlungen, wie er sie sah, gab, und zeigte nach der Rede Bülows seinen Groll in dem an Sir Valentine Chirol gerichteten Telegramm: „Wir haben unseren Korb bekommen und wir danken dafür⁵¹“.

45. Vgl. Lansdowne-Biographie, S. 267 ff. Theodor Wolff, a. a. O. S. 88 spricht schon von ersten Besprechungen zwischen Cambon und Lansdowne über Marokko, Ägypten usw. vom Sommer 1901 während jedoch nach der Lansdowne-Biographie erst im Sommer 1902 die ersten Erörterungen zwischen Lansdowne und Cambon stattfanden, vgl. B. D. II, Nr. 320, Nr. 322.

46. B. D. II, Nr. 94.

47. Lee a. a. O. II, S. 133 f.

48. G. P 17, 111.

49. Bülow's Reden, Reclam-Ausgabe Nr. 5191—93, Leipzig, 2. Band, S. 30.

50. B. D. II. Nr. 95, Nr. 96.

51. Chirol a. a. O. S. 297.

Fünftes Kapitel.

Die leitenden deutschen und englischen Staatsmänner in ihrer Einstellung zu einem deutsch-englischen Zusammengehen. Die Bündnisverhandlungen und die Flottenfrage.

Mußte es zu diesem Ende eines durch mehrere Jahre hindurchgehenden Bündnis- und Verständigungsversuches kommen? Sahen und fühlten die Staatsmänner, insbesondere die deutschen, daß mit dem Fehlschlag des Jahres 1901 das Steuer herumgeworfen würde? Wenn daher hier abschließend nach den Ansichten und Motiven der leitenden englischen und deutschen, politischen Persönlichkeiten gefragt wird, so kommt es weniger auf eine Charakteristik der Gesamtpersönlichkeit als auf ihre Einstellung zu den Fragen, die — wie die Gestaltung des deutsch-englischen Verhältnisses — damals im Vordergrunde des politischen Interesses standen, an.

Dabei erhebt sich zugleich die Frage, ob und wie weit der deutsche Flottenbau auf die deutsch-englischen Verhandlungen des Jahres 1901 eingewirkt hat.

Unter den deutschen Staatsmännern ist das Bild des Reichskanzlers v. Bülow durch das Erscheinen seiner Denkwürdigkeiten in manchen Zügen ergänzt worden. Groß wurde die Zahl derer, die ihn auf Grund dieser Rechtfertigungs- und Verteidigungsschrift verurteilten¹. Wie Holstein wünschte Bülow eine deutsch-englische Verständigung². Seine Ansichten, wie sich eine solche Eini-

1. Paul Herre: Bülow und seine Denkwürdigkeiten. Kriegsschuldfrage (VIII, 1930) 1024 ff. H. Schoeler: Die Denkwürdigkeiten **des Fürsten Bülow**, Detmold (1931). Schmidt-Pauli: Bülow's Denkwürdigkeiten.

2. G. P. 17, 54 ff. (11. 5. 1901) Bülow an Hatzfeldt.

gung herbeiführen ließe, sind jedoch unvollständig und unbeständig. Eine deutsch-englische Gesamtverständigung war nach Ansicht Bülow's und seiner Mitarbeiter im Jahre 1901 — nach den Jahren der ersten Annäherungsversuche unter Chamberlains Führung — nur in der Form eines Dreibund-Englandbündnisses mit dem casus foederis bei zwei Angreifern möglich. Zum Verständnis dessen, daß Bülow die Verhandlungen größtenteils mit einer gewissen Ruhe, wenn nicht Lässigkeit betrieb, muß an einige seiner politischen Ansichten erinnert werden.

Trotz des 1899 erneuerten, russisch-französischen Zweibundes blickte er hoffend nach Rußland, er sah, wie er in seinen Erinnerungen I, S. 44 schreibt, daß der Punkt, der für uns entscheidend war, an der Nawa lag. Oder wie es in den Akten heißt: „An eine Gefahr von russischer und selbst von russisch-französischer Seite glaubt das deutsche Publikum vorläufig nicht³“. So stand er einem reinen Defensivbündnis, allein zwischen Deutschland und England geschlossen, lau gegenüber“. Denn den eigenen Besitzstand glaubt der Deutsche nicht bedroht, den englischen aber im höchsten Grade gefährdet, und er will nicht für England die Kastanien aus dem Feuer holen⁴“. Die Kastanientheorie hatte auch auf ihn gewirkt⁵. Da er mit Holstein an Englands Gefahr glaubte, betonte er den großen Wert eines Bündnisses für England⁶, verkannte ihn jedoch auch nicht für Deutschland, das sich einst mit England zusammenfinden werde⁷. All' dieses lag in dem Zuge seiner Politik, die sich durch die folgende Randbemerkung selbst zeichnet: „Wir dürfen aber keine Unruhe noch Ungeduld noch Eile merken lassen, müssen aber die Hoffnung am Horizont schillern lassen. In dieser Hoffnung liegt doch schließlich die sicherste Gewähr gegen eine Kapitulation vor Rußland⁸“. W. Becker urteilt in seinem Buche „Bülow u. England“ (S. 290 ff.), über die Politik Bülow's, daß Fürst Bülow sich aus Rücksicht auf den deutschen Flottenbau gegen ein Bündnis mit England

3. G. P. 17, 44; vgl. Bülow's Erinnerungen, I, S. 46.

4. G. P. 17, 44.

5. G. P. 17, 102.

6. G. P. 17, 103.

7. G. P. 17, 105.

8. G. P. 17, 109.

entschieden habe. Die Begründung hierfür findet er vor allem in Bülow's eigener Darstellung in der „Deutschen Politik“ (S. 25 bis 33) in Sätzen wie „England zuliebe auf unsere Flottenpolitik zu verzichten, wäre die Bankrotterklärung Deutschlands als aufstrebender Weltmacht gewesen⁹“. W. Becker a. a. O., S. 291 kommt zu dem Schluß, daß „Bülow's Behauptung, er habe es mit Übernahme der auswärtigen Angelegenheiten als seine erste und größte Zukunftsaufgabe betrachtet, die kaiserlichen Flottenpläne im Tirpitz'schen Sinne durchzuführen, so wenig zu bezweifeln sein wird, wie seine andere, daß er mit um dieses Zieles willen dem Bündnis mit England ausgewichen ist“. Demgegenüber muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Engländer — insbesondere Salisbury — 1901 einem deutschen Bündnisangebot ausgewichen sind.

Bei ihnen, nicht bei den Deutschen, lag die Entscheidung. Es wird ferner von Becker nicht gewürdigt, daß Bülow wußte, daß die englischen Angebote nicht von Salisbury unterstützt wurden¹⁰. Weiter muß man angesichts der Schlußfolgerungen Beckers darauf hinweisen, daß die gleichzeitigen Äußerungen Bülows den Vorrang vor der späteren Begründung und Darstellung haben¹¹.

Im ganzen scheint uns die Fragestellung des Becker'schen Buches — was 1901 betrifft — zu eng zu sein, weil — wie erwähnt — die Tatsache, daß die Engländer (Salisbury) zu entscheiden hatten und daß Bülow von der ablehnenden Haltung Salisburys wußte, nicht entsprechend von Becker beachtet wird¹².

9. vgl. Bülow's Erinnerungen I, S. 110.

10. vgl. Bülow: Deutsche Politik, S. 34, 38; G. P. 16, 115; ferner die Mitteilungen Philipp Hildebrandts in seiner Schrift: Erinnerungen an Bülow, Bonn (1930), S. 10 Th. Wolff: Das Vorspiel, S. 31, berichtet, daß Bülow ihm 1921 erzählt habe, er sei durch Lascelles in Windsor 1899 darauf aufmerksam gemacht worden, daß Chamberlain nur für sich allein, nicht für die englische Regierung spreche. Vgl. den bei Th. Wolff, a. a. O. S. 95 abgedruckten Brief Bülow's vom 10. 7. 1923.

11. J. Haller: Die Ära Bülow, 1922, S. 111—13.

12. Die Mitteilung des Sekretärs Lord Salisbury's an Bülow, daß Salisbury nicht hinter den Angeboten Chamberlain's stehe, wird wahrscheinlich in England — demnach in Windsor 1899 — erfolgt sein. Vgl. Th. Wolff a. a. O. S. 92 f.

Eckardstein's falsche Meldungen an Holstein über Salisbury's Haltung, die am 23. Mai durch Hatzfeldt's Bericht völlig entkräftet wurden, werden wohl nicht allzu großen Eindruck auf Bülow gemacht haben; sie trugen eher dazu bei, ihn ebenso wie den mißtrauischen Holstein angesichts der bisherigen Meldungen über Salisbury nun bei dem plötzlichen Umschwung zu der Forderung besonderer Sicherungen zu führen. Überblickt man Bülow's Haltung insgesamt, so gewinnt man aus den deutschen Akten jener Jahre wie aus seinen Erinnerungen den Eindruck, daß in den Augen des Reichskanzlers Deutschlands politische Lage sich nicht als ernstlich bedroht darstellte.

Abweichend von der Ansicht W. Beckers, daß die Bülow'sche Politik in den Bündnisverhandlungen durch die Flottenpläne zum wichtigen, wenn nicht entscheidenden Teil bestimmt gewesen sei, scheint uns die Erklärung für die Politik Bülow's weniger in einer auf lange Sicht berechneten Flottenpolitik als vielmehr in der Persönlichkeit Bülow's selbst zu liegen, der im optimistischen Glauben hoffte, mit diplomatischen Mitteln Deutschland den Frieden zu erhalten.

In einem Aufsatz über den Fürsten Bülow¹³ dürfte Paul Herre den wirklichen Verhältnissen näher kommen. Es heißt dort S. 1160, „dem Meisterdiplomaten, dem Mann der Augenblickserfolge, war das Auge für staatsmännische Weitsicht getrübt“. Er glaubte, auf die Dauer mit den Mitteln seiner virtuos gehandhabten Kleinkunst auskommen und, von Einzelfall zu Einzelfall vorwärtsschreitend, die Führung Deutschlands in der Welt aufrecht erhalten zu können. Oder S. 1159: „In diesem Zuviel, das zu der Gewißheit des französischen Revanchestrebens und zu der Gefahr der englischen Gegnerschaft die Gefahr der russischen Gegnerschaft fügte, enthüllte sich die Grenze der politischen Fähigkeiten Bülow's. Es mangelte ihm die staatsmännische Begabung in großem Sinne, ja vielleicht schon der Ernst und die Tiefe, aus denen erst wahre Staatsmannschaft emporwachsen kann“.

Auch in den 1932 veröffentlichten Erinnerungen des Grafen

13. Berliner Monatshefte 12 (1929), S. 1160 ff.

Monts¹⁴ und in dem Briefwechsel Holsteins mit Frau v. Stülpnagel¹⁵ finden sich wiederholte Hinweise auf die Schwächen des Staatsmannes Bülow. Die an Einzelaufschlüssen reichen Quellen zeigen zugleich, wie die Urteile über Bülow mit dem Fortgang der Jahre härter werden; so wenn Monts nach einem Besuch Bülow's am 11. April 1907 schreibt:

„denn, wenn ich nach allen den vielseitigen Unterredungen mich frage, welche Pläne hat der Kanzler, so kann ich mir kein festes Bild machen.“. . . ihm mangelt „Energie, Charakter und fester Wille“¹⁶.

Bei aller Kritik hatte Monts in einem Briefe an Tschirschky zu einem früheren Zeitpunkt am 14. 1. 1901 jedoch ausdrücklich geschrieben . . . „trotzdem aber hoffe ich auf Bülow's Glück.

Trotz allem und allem ist er doch bei weitem der beste Mann, den wir haben und der einzige, der bis zu einem gewissen Grade S. M. zu manipulieren versteht“¹⁷.

Auch Holstein äußerte sich anfänglich durchaus zustimmend über Bülow und betonte das gute, gegenseitige Einvernehmen: „Mit Bülow stehe ich ausgezeichnet“¹⁸ schrieb Holstein am 19. 7. 1897. Aber auch bei ihm fehlt es später — vor und nach seiner Entlassung — nicht an kritischen und ablehnenden Äußerungen über Bülow¹⁹.

In der von uns behandelten Frage des deutsch-englischen Verhältnisses läßt sich erneut erkennen, wie eng Bülow und Holstein zusammenarbeiteten. In Holsteins Hand lag bestimmend die deutsche Verhandlungstaktik. Starr hielt er an der Dreibundsforderung fest. Die Gründe, die Holstein und Bülow für diese

14. Anton Graf Monts, Erinnerungen und Gedanken, herausgegeben von K. F. Nowak und Fr. Thimme, Berlin 1932.

15. Friedrich v. Holstein: Lebensbekenntnis in Briefen an eine Frau. Eingeleitet und herausgegeben von H. Rogge, Berlin 1932.

16. Monts a. a. O. S. 20.

17. Monts a. a. O. S. 411.

18. Friedrich v. Holstein, Briefe a. a. O. S. 185

19. Friedrich v. Holstein, Briefe a. a. O., S. 214
(Ende November 1902)

S. 227 (21. 1. 1904)

S. 231 (10. 4. 1904)

S. 277 (19. 3. 1907)

Forderung anführten, wechselten²⁰. Je mehr die deutschen Staatsmänner den Gedanken einer Angliederung an den Dreibund im Verlauf der Erörterungen verschärften und schließlich in dem Gedanken eines England-Dreibundvertrages (auch Holstein sprach im Juni 1901 wieder von einem solchen Vertrage²¹) gipfeln ließen, umsomehr wiesen sie in ihrer Begründung darauf hin, daß bei einem deutsch-englischen Vertrage England, wenn Deutschland einem von Rußland oder Frankreich angegriffenen Dreibundsgenossen zu Hilfe kommen würde, in der „traditionellen Zuschauerrolle“ verharren können, während Deutschland den Druck des Zweifrontenkrieges zu tragen habe²².

In seiner Darstellung des deutschenglischen Bündnisproblems von 1890 bis 1901 hat Friedrich Meinecke eingehend zu der Frage Stellung genommen, ob die deutsche Dreibundsforderung nötig gewesen wäre²³. Sieht man von der sehr wichtigen Frage der Verhandlungstaktik ab, so verdient unter Meineckes Erwägungen der Hinweis, daß ein deutsch-englischer Vertrag vor allem friedenssichernde und entspannende Elemente in sich barg, besondere Beachtung; denn letztlich kommt es bei diplomatischen Verträgen weniger auf die Paragraphen als auf das gemeinsame reale Interesse an. Bei einem deutsch-englischen Vertrage wäre Deutschland schließlich zu einer Überprüfung seines Verhältnisses zu Österreich geführt.

Holsteins Gedanken und Theorien spiegeln sich ferner in Schriften, deren Inhalt Sir Valentine Chirol galt, wieder. Mit jenem Schritt wollte er, wie bereits erwähnt, auf die englische Presse, insbesondere die Haltung der Times, einwirken. Ganz offen schilderte Holstein seinen Eindruck von der englischen

20. G. P. 17, 54; 55.

21. G. P. 17, 86.

22. G. P. 17, 62. In diesem Zusammenhange ist folgende Charakteristik des deutschen auswärtigen Amtes durch Lord Sanderson B. D. III, S. 428 aufschlußreich. "It was rather typical of the German Foreign Office, which seems to me often to overreach itself by trying to be more subtle than is consistent with the Teutonic disposition, and to be constantly suspecting others to trickery by which I am afraid that it feels it would itself under temptation be capable.

23. F. Meinecke, a. a. O. 236 ff.

Politik, sprach von der Kastanienpolitik Salisburys²⁴, von dem deutschen Mißtrauen gegen diese Politik²⁵, erinnerte zu diesem Zweck an frühere, gefährliche Teilungsprojekte; auch Holstein hielt es für gegeben, die Veränderungen in der Weltlage Englands zu betonen²⁶, dessen Stellung als „paramount power“ nicht wieder zurückgebracht werden könne; die Vorteile einer Allianz für England hob er gebührend hervor²⁷, unterließ es auch nicht, darauf hinzuweisen, daß Deutschland frühere, wiederholte Anerbieten Rußlands und Frankreichs, die Gebundenheit Englands während des Burenkrieges auszunutzen, abgelehnt habe²⁸, — aber Deutschland könne warten mit einem Bündnis; denn die Lage Deutschlands habe sich wesentlich gebessert²⁹, der russische und der deutsche Kaiser seien von ihren friedlichen Absichten gegenseitig fest überzeugt, an eine politische Verstimmung durch den Bau der Bagdadbahn sei nicht zu denken³⁰; die Strömung der Zeiten würde einmal Deutschland und England doch zusammenführen³¹. Wie stark Holstein jetzt, nachdem die entscheidenden Verhandlungen vorüber waren, warb, zeigen auch diese Worte, „daß England mit dem Dreibund als Rückendeckung überhaupt angegriffen werden sollte, gehört zu den unwahrscheinlichsten Möglichkeiten³²“.

Schon im folgenden Jahre erkannte Holstein, wie aus dem Briefwechsel mit Frau v. Stülpnagel hervorgeht, die Fehler der deutschen Politik während des Burenkrieges.

„Tatsächlich haben wir den Engländern während des Krieges einen entscheidenden Dienst dadurch geleistet, daß wir einen russischen Vermittelungsvorschlag ablehnten³³. Aber indem wir freundlich handelten und unfreundlich redeten, setzten wir uns

24. G. P. 17, 104.

25. G. P. 17, 102.

26. G. P. 17, 103.

27. G. P. 17, 104.

28. G. P. 17, 105, 106.

29. G. P. 17, 104.

30. G. P. 17, 104.

31. G. P. 17, 105.

32. G. P. 17, 108.

33. G. P. 15, Kap. 103.

zwischen zwei Stühle (wir, d. h. Bülow). Beide Teile schimpften auf uns, die einen, weil zu wenig getan, die anderen, weil zu viel geredet und gedruckt worden war. Bülow ging da eigensinnig seinen Weg und ließ sich von uns Dreien (— Holstein, meint hier Richthofen, Hammann und sich selbst —), die wir ganz einig waren, nicht raten³⁴.

In Wirklichkeit waren es jedoch nicht allein die antienglischen Reden im Reichstage, die englandfeindliche Haltung der deutschen Presse, die Deutschland und England getrennt hatten, sondern zu ihnen kam mitentscheidend die Gesamteinstellung des Auswärtigen Amtes, die durch Holstein im wesentlichen bestimmt wurde. Daß man sich dort nach den Erfahrungen im deutsch-englischen Verhältnis noch nicht allzusehr geändert hatte, zeigen auch Holsteins Ausführungen vom 21. 1. 1904: „Unsere Lage ist entlastet, seit Rußland eine aktive ostasiatische Politik macht. Dadurch hat es Japan, Amerika und England gegen sich. Und durch die Orientpolitik hat es noch wieder andere Feinde, die nicht wollen, daß Rußland nach Konstantinopel geht. Infolgedessen ist die Gefahr, daß Rußland und Frankreich mal über Deutschland herfallen, für absehbare Zeit beseitigt.

Wir könnten aus unserer jetzigen Stellung als Zünglein an der Erdwaage mancherlei Vorteile ziehen, werden es aber wohl nicht tun. Ich will schon zufrieden sein, wenn wir keinen Schaden haben³⁵. — Aber bald darauf schrieb Holstein nach Abschluß der englisch-französischen Entente: „Politisch bin ich nicht vergnügt. Die verkehrte Haltung während des Burenkrieges trägt jetzt ihre Früchte in dem Zusammenschluß von England und Frankreich.“ Nach einem Hinweis auf die falsche Haltung Bülow's während des Krieges vor der Öffentlichkeit fuhr er fort: „Jetzt haben wir die Bescherung. England und Frankreich werden schwerlich angreifen; das ist es nicht, was ich fürchte, aber wir sind außerstande, irgendwelche überseeischen Erwerbungen zu machen . . .

Wir konnten mit England zusammen gehen und konnten heute die Stellung haben, welche Frankreich hat, d. h. gleichzeitig mit

34. Friedrich v. Holstein, Briefe a. a. O. S. 214. (Ende Nov. 1902)

35. Friedrich v. Holstein, Briefe a. a. O. S. 228 (21. 1. 1904).

England und Rußland gut Freund sein. Aber die Gelegenheit haben wir verpaßt, und Delcassé erweist sich als der Klügere³⁶“.

Wenn auch — so ließe sich abschließend sagen — auf Bülow im besonderen die Verantwortung für die Behandlung der deutsch-englischen Beziehungen vor der Öffentlichkeit ruht, so bleibt doch zu beachten, daß Holstein in seiner Zusammenarbeit mit Bülow die auswärtige Politik Deutschlands in jenen Jahren entscheidend gelenkt und gestaltet hat³⁷.

Der Wunsch nach einer deutsch-englischen Vereinbarung ist Holstein nicht abzusprechen³⁸; „Holsteins großes Nein“ war viel eher ein verklausulierte Ja³⁹. In der Gestalt, wie Holstein einen englisch-deutschen Vertrag — allerdings mit unter dem Eindruck der Eckardsteinschen Falschmeldungen — hartnäckig vertrat, konnte man niemals auf ein Eingehen Englands rechnen, weil die Wirklichkeit der politischen Lage dagegen sprach.

Ähnlich wie Holstein wünschten seine Mitarbeiter v. Richt-hofen und Mühlberg eine deutsch-englische Einigung, allerdings nur unter hinreichenden Sicherungen⁴⁰. Aber wie Bülow und Holstein rechneten auch sie zu wenig mit der Möglichkeit, daß England und Frankreich sich finden würden, und daß damit die 1901 auf später verschobene, deutsch-englische Verständigung hinfällig wurde.

In einer wichtigen Denkschrift vom 3. 2. 1901 hatte Richt-hofen die Vor- und Nachteile eines deutsch-englischen Bündnisses untersucht. Geeigneter als ein Bündnis erschien ihm ein von den Parlamenten genehmigtes Neutralitätsabkommen. Es bietet den Engländern zwar weniger als ein Bündnis, aber „die Sicherheit, nicht mit der Möglichkeit einer gegnerischen Koalition — Rußland-Deutschland-Frankreich — rechnen zu müssen⁴¹“. Den umgekehrten Vorteil hat Deutschland, „daß „England nicht in den Reihen unserer Gegner steht.“ Wenn

36. Friedrich v. Holstein, Briefe a. a. O. S. 231 (10. 4. 1904).

37. Vgl. Monts in seinem Urteil über Holstein a. a. O. S. 282.

38. Bülow-Erinnerungen, I, S. 327.

39. Friedrich Thimmen seiner Einleitung zu dem Buche: Frh. v. Trotha: Fritz v. Holstein als Mensch und Politiker; Berlin 1931, S. XII.

40. G. P. 17, 38; Bülow-Erinnerungen I, S. 326 f.

41. Die Denkschrift, abgedruckt in Bülow: Erinnerungen, I, 510 ff.

Richthofen trotz aller Bedenken weiter fordert, daß neben einem solchen Vertrage „Abkommen und Einzelfragen territorialer Art“ zum Abschluß gelangen könnten, dann wollte er — ohne es zu wissen — letzten Endes das Gleiche wie Lansdowne gegen Ende des Jahres 1901.

Zu all' diesen Einflüssen und Meinungen kam die Ansicht und Mitwirkung des Kaisers. Überblickt man insgesamt seine Haltung während der Verhandlungen, deren Einzelheiten ihm unbekannt blieben⁴², so lassen sich mehrfach Störungen der Verhandlungen durch sein Eingreifen erkennen. — In seiner Unterredung mit Lord Lansdowne am 25. 1. 1901 in Osborne ermunterte der Kaiser im Gegensatz zu den Richtlinien Bülow's⁴³ die Engländer zu einem etwaigen Zusammengehen mit dem Hinweis, daß „die germanische Rasse um so fester zusammenstehen müsse bei den Problemen, welche im Schoße der Zeit liegen“⁴⁴. Das war damals nicht weiter nachteilig, zumal es aus der Erkenntnis kam, daß er „doch nicht immer zwischen Russen und Engländern schwanken“ könne, „ohne sich schließlich zwischen zwei Stühle zu setzen“⁴⁵.

Jedoch das plötzliche Umschwenken des Kaisers zur russischen Seite, seine russenfreundliche Rede am 28. 3.⁴⁶, seine beleidigenden Worte gegen die englische Regierung am 9. 4. 1901⁴⁷, seine Werbungen um England, dem er zugleich seine Sünden im fernen Osten vorhielt⁴⁸, seine Sprache, wenn er

42. Wahrscheinlich hat Wilhelm II. Näheres erst nach Beendigung der entscheidenden Verhandlungen — vor seiner Aussprache mit Eduard VII. in Wilhelmshöhe am 21. VIII. 1901 (vgl. B. D. II, Nr. 90) erfahren. G. P. 17, 342.

43. G. P. 17, 20; Eckardtstein II. 760 ff.

44. G. P. 17, 29; U. S. hates us and will go in with Russia. Russia wants to direct U. S. enterprise towards the Jangtse“, so faßte Lansdowne die Äußerungen des Kaisers auf. Lord Lansdowne, Biographie S. 199.

45. G. P. 16, 295 (4. II. 1901).

46. vgl. Noailles Bericht über Wilhelm II. Ansprache: „W. II. porta un toast dans les termes les plus cordiaux à Russie et à son souverain“ D. F. 166 (1901) 31. III. 01.

47. In einer Unterredung am 10. IV. mit Lascelles hatte Wilhelm II. die englischen Minister als „unmitigated noodles“ bezeichnet. (B. D. III, S. 491.); Sir Sidney Lee: Eduard VII., Vol. II. S. 119.

48. G. P. 14, 96.

sich als die "Balance of power"⁴⁹ hinstellte oder zum Neujahrswechsel an Eduard VII. schreiben konnte: "I am the sole arbiter and master German policy"⁵⁰; alles dieses und manch andere mußte die Engländer, auch wenn sie wie Lascelles des Kaisers "usual exaggeration" abzogen⁵¹, mißtrauisch und vorsichtig machen und den Wert Deutschlands mindern⁵².

Angesichts des Hin und Her des neuen Kurses ist das Urteil, mit dem der Herausgeber der Lansdowne Biographie in seiner Darstellung diesen Abschnitt der deutsch-englischen Politik abschließt, verständlich: "The failure of the negotiations in 1901 may be described as a turning-point in the history of the world, and will doubtless, provide a subject of endless speculation, as to what would have occurred had they ended favourably; but one thing is certain, and that is that William II. would have been almost intolerable as an ally"⁵³.

Wie stellte sich den Engländern die deutsche Politik dar? Zwar finden sich nicht in den britischen Dokumenten derart ausführliche Denkschriften wie in den deutschen Akten, ein Bild jedoch, das der Unterstaatssekretär Bertie, der später von 1905—1918 den wichtigen Botschafterposten in Paris inne hatte, von der deutschen Politik entwarf, ist in manchen Zügen für unsere Frage wichtig⁵⁴. Man könnte das Memorandum auch eine Gegenschrift oder eine Widerlegung der Holsteinschen Ausführungen nennen, die dieser — wie oben erwähnt — Chirol am 31. X. gemacht hatte. Berties Schrift ist in dem Tone starker Abneigung gegen Deutschland gehalten. "The German Emperor and Government have for sometime past urged His Majestys Government to enter into a defensive alliance with Germany, and recently⁵⁵ they have been more insistent in their advice that

49. G. P. 17, 28.

50. G. P. 17, 111.

51. B. D. 2, Nr. 97.

52. vgl. B. D. III, S. 436.

53. Lansdowne, S. 208; vgl. Lord Fitzmaurice's Urteil B. D. III, S. 420. in seinen Bemerkungen zu Crowes Memorandum.

54. B. D. II, Nr. 91.

55. Das bezieht sich sehr wahrscheinlich auf die Holstein-Chirol-Unterredung vom 31. X. 1901. Ebenso schrieb auch Lansdowne sein Memorandum vom 11. XI. nach dem Empfang des Berichtes von Chirol.

we should loose no more time in coming to terms with them, stating that otherwise we shall be too late as they have other offers⁵⁶". Daß die Engländer aus den Behauptungen und Handlungen deutscher Staatsmänner den alten Hinweis auf den Kontinentalbund herauslesen konnten, ist verständlich. — An eine wesentliche Besserung der deutschen Lage, wie es Chirol gegenüber von Holstein betont wurde⁵⁷, vermochte Bertie nicht zu glauben; von allen Seiten sah er Deutschland bedroht. Diese bedrohte Lage Deutschlands in Mitteleuropa war ihm der Schlüssel zur Politik Deutschlands, darum suchte es in England einen starken Bundesgenossen. "For if England be not bound to Germany and His Majestys Government came to a general understanding with France and Russia, or either of them, the position of Germany in Europe will become critical⁵⁸".

Und weil Bertie glaubte, daß dieser Zwang von Ost und West die Politik Deutschlands diktierte, folgerte er, daß die deutsche Regierung es sich angelegen sein ließe, Mißtrauen zwischen England und den Zweibundmächten durch Intrigen zu schüren und Spannungen zur eigenen Sicherheit zu erhalten. Wohl vergaß Bertie, wenn er an Beispiele der "tortuous policy of the German Government" erinnerte, und so umgekehrt den Deutschen ihre Schuld in der mandschurischen Frage vorhielt, die Schuld der Engländer und sagte auch nichts von Freundschaften, die die deutsche Regierung England bei früheren Gelegenheiten erwiesen hatte. Wenn Holstein gesagt hatte, England möchte am liebsten in der Zuschauerrolle verharren, so warf umgekehrt Bertie Deutschland in seiner Ostasienpolitik das Gleiche vor. Denn ein englisch-japanischer Vertrag, so hob Bertie hervor, würde Deutschlands Stellung mit sichern und stützen, zugleich ihm eine offene Option gegen Rußland ersparen⁵⁹.

Es heißt bei ihm: "I have however received various indications which show that the question is still present to the mind of the German Government, and particular to that of the German Emperor." B. D. II, Nr. 92.

56. B. D. II, Nr. 91.

57. G. P. 17, 104.

58. B. D. II, Nr. 91.

59. B. D. II, Nr. 98, Sandersons Stellungnahme zur Kastanienpolitik

Unter all' den Einwänden gegen ein deutsch-englisches Bündnis erscheint ein Grund, dem Bertie sicher besonderes Gewicht beigemessen hat. — "The interests of England and Germany are not everywhere identical. In some parts of the world they are irreconcilable. For instance, Germany, whose intention it is to become a great naval power, requires coaling stations which she can fortify." Berties Ausführungen — insbesondere diese wichtigen Sätze über die Bedrohung durch die wachsende deutsche Flotte — hätten auch ebensogut von Chirol geschrieben sein können. Chirol wird bei seiner Gegnerschaft gegen die deutsche Flotte es nicht unterlassen haben, in seinem Bericht mit Bülow den von ihm erhobenen Einwand gegen die deutsche Flotte und Bülows Antwort zu erwähnen.

Aus seiner Anschauung heraus wird Bertie wohl auch ohne Chirol diesen Einwand erhoben haben. Jedoch kann das Ganze nur den Eindruck vertiefen, wie nahe in dieser Hinsicht der Unterstaatssekretär im Foreign Office und der Leiter des Foreign Department der bedeutendsten, englischen Zeitung sich standen und, so darf man vermuten, auch zusammenwirkten. — Als Gegner eines deutsch-englischen Bündnisses hätte sich Chirol voll den Schlußsätzen des Bertieschen Memorandums anschließen können: "In our present position we hold the balance of power between the Triple and Dual Alliance." Und weiter: "treaty or no treaty if ever there were danger of our destruction or even defeat by Russia and France Germany would be bound in order to avoid a like fate to come to our assistance. She might ask a high price for such aid, but could it be higher than what we should loose by the sacrifice of our liberty to pursue a British world policy which would be the result of a formal defensive alliance with the German Empire⁶⁰".

Salisbury kam gleichfalls zu einer glatten Ablehnung des deutschen Angebotes. In einer Denkschrift legte er seine Gründe auseinander⁶¹. Neben wichtigen Einwänden finden sich weniger wichtige. So nahm gegen die von ihm gegebene, einseitige

60. B. D. II. Nr. 91.

61. B. D. II, Nr. 86.

Auslegung eines England-Dreibundvertrages Lord Lansdowne in seiner Denkschrift⁶² Stellung.

Weit wichtiger war die Frage der "splendid isolation" und die verschiedene Einstellung der beiden Minister zu ihr. „Haben wir jemals die Gefahr der Isolierung praktisch gefühlt?“ fragte Salisbury. Ein Rückblick in die Geschichte des Landes schien ihm zu bestätigen, daß es unratsam wäre, neue und sehr lastende Verpflichtungen zu übernehmen, um einer Gefahr vorzubeugen, „deren Existenz anzunehmen, kein geschichtlicher Grund vorläge.“ So stark wurzelte in ihm diese Überzeugung; sie allein würde schon eine Ablehnung des Bündnisses rechtfertigen. Ähnliche Gedanken vertrat auch Bertie; der beste Beweis, daß die Isolierung gar nicht so gefährlich wäre, wie Deutschland es immer hinstellte, schien ihm im Burenkrieg erbracht⁶³.

Demgegenüber wies Lansdowne in aller Deutlichkeit darauf hin, daß der Satz von der "splendid isolation" nicht mehr gelte; er brauchte den Premierminister nur an das bevorstehende, englisch-japanische Abkommen zu erinnern, das eine Aufgabe der Isolierung — wenigstens für Ostasien — bedeutete⁶⁴. Nicht so leicht war das für Salisbury wichtige Argument, das sich mit der Frage der öffentlichen Meinung und den parlamentarischen Schwierigkeiten grundsätzlich auseinandersetzte, anzugreifen. Der Premierminister sah keine Möglichkeit, wie "in common honesty⁶⁵" andere Völker zu einem Bündnis eingeladen werden könnten, bei dem es völlig ungewiß war, ob die Wähler des Landes eine Kriegserklärung auf Grund des Vertrages eintretendenfalls billigen würden. Er maß der öffentlichen Meinung hohe Bedeutung bei, ein Geheimabkommen zwischen den Regierungen war ihm unmöglich. Für den Weg, das Bündnis vor das Parlament zu bringen, bestanden für ihn sehr schwere Einwände, so daß er nicht verstand, wie Hatzfeldt es empfehlen konnte.

Bei Salisbury wurzelte der Eindruck der englandfeindlichen Stimmung in Deutschland so sehr — oder er sagte es

62. B. D. II, Nr. 92.

63. B. D. II, Nr. 91.

64. B. D. II, Nr. 92.

65. B. D. II, Nr. 86.

nur aus Berechnung, wenn er schrieb "but a promise of defensive alliance with England would excite bitter murmurs in every rank of German society⁶⁶". Es kennzeichnet Lansdowne und seine Stellung in den ganzen Verhandlungen, wenn er dem Minister hierzu entgegenhielt, daß zum großen Ausmaße die Anglophobie in Deutschland auch auf Rechnung der "aloofness⁶⁷" der englischen Politik zu schreiben sei, daß ein offen erklärter Wechsel aber nicht ohne Einfluß bleiben würde. — Es fragt sich, ob in dieser Stellungnahme Salisburys nicht manche Gründe vorge-schoben wurden, um den Hauptgedanken, eine derartige Bindung Englands auf alle Fälle zu verhindern, nachdrücklicher zu ver-treten⁶⁸.

Auch weitere Zeugnisse — wie etwa die Mitteilungen Lord Sandersons⁶⁹ — beweisen, daß Salisbury keineswegs für ein deutsch-englisches Bündnis zu haben war. England könne sich, so glaubte er, im Notfalle immer noch auf die Seite der-jenigen Macht stellen, deren Interessen mit den englischen über-einstimmen⁷⁰. So konnte er denn erneut betonen, daß Englands Sicherheit weniger im Anschluß an andere liege, sondern auf seinen Kreidefelsen und seiner Flotte beruhe⁷¹.

Der Hatzfeldtsche Vorschlag war schon allein durch Salis-burys Nein unannehmbar geworden. Aber auch Lansdowne, dessen Standpunkt sich in wichtigen Punkten nicht mit Salis-burys Ansicht deckte, und dessen lebhaftes Bemühen um einen Fortschritt der Verhandlungen die englischen Akten zeigten, kam in seiner Denkschrift vom 11. November zum gleichen Ergebnis. Seinen uns bereits bekannten Hinweis, daß eine klare und sichere Definition des casus foederis schwierig sein würde, stellte er unter seinen Haupteinwänden voran. Gerade an diesem Punkte sieht man, wie wenig weit die nur mündlich geführten Verhandlungen 1901 gediehen waren; es war auf

66. B. D. II, Nr. 86.

67. B. D. II, Nr. 92.

68. Noch stärker betont W. Becker, a. a. O. S. 242 diesen Gedanken.

69. B. D. III, S. 423.

70. Salisbury zu Metternich, G. P. 17, 562 (28. II. 1900) über Salis-burys grundsätzliche Abneigung gegen allgemeine Bündnisse vergl. Lans-downe, Biographie S. 214; ebenso G. P. 14, 240 (2. VI. 1898).

71. G. P. 18, 727 (21. 12. 01).

deutscher Seite zu einer praktischen Formulierung eines Vertrages nicht gekommen. Andererseits ist es wichtig, sich daran zu erinnern, daß auf deutscher Seite die Schwierigkeit des *casus foederis* und seine Problematik nicht erwogen wurde; man sprach immer nur von dem *casus foederis* bei kombiniertem Angriff.

Daß es sehr umstritten sein kann, wer der eigentliche Angreifer und Angegriffene in Wirklichkeit ist, hat die Erfahrung des Weltkrieges erneut bestätigt. Diese Schwierigkeit, die natürlich bei jeder Allianz bestand, ließ sich nicht wegleugnen. Lansdowne folgerte, daß sich für England hieraus und allgemein aus einem so engen Verträge eine starke Fesselung der Bewegungsfreiheit der Außenpolitik ergeben könnte⁷². In diesem Bedenken konnte ihn das Verhältnis Deutschlands zu Österreich bestärken. Daß Hatzfeldts Wort "the foreign policy of Germany must always be based upon the closest intimacy with Austria"⁷³ zutraf, war den Engländer nicht verborgen. Da jeder Vertrag neben den Vorteilen Nachteile in sich schloß, eine gewisse Rücksichtnahme bedingte, mußte der solange in der "splendid isolation" verharnten englischen Politik ein Anschluß an den Dreibund, der ein lebendiges Beispiel der gegenseitigen Rücksichtnahme und Bindung bot, als ernstliche Fesselung der Handlungsfreiheit erscheinen.

Wie sollte und konnte die englische Politik ihre Handlungs- und Bewegungsfreiheit behalten? Würde ferner bei einem England-Dreibundvertrag das Deutsche Reich nicht zu stark werden? — Lansdowne war sich des weiteren darüber klar, daß ein Anschluß Englands an den Dreibund eine Spitze gegen den Zweibund hatte. Diese Entfremdung der beiden Mächte, die auch bei einem einfachen deutsch-englischen Defensivbündnis mit in Rechnung zu nehmen war, konnte Nachteile in wirtschaftlicher oder anderer Hinsicht nach sich ziehen. Aber schließlich wären diese Bedenken doch zu überwinden gewesen, wenn sich mit dem

72. Vgl. sein charakteristisches Wort vom 18. III. 1901 an Lascelles "It would oblige us to adopt in all our foreign relations a policy which would no longer be British but Anglo-German." Lansdowne Biographie, a. a. O. S. 200.

73. B. D. II, Nr. 82.

Dreibundbündnis entsprechende Vorteile verbanden. Aber diese schätzten die Engländer im Gegensatz zu den Deutschen, die sie häufig betonten, nicht entsprechend ein⁷⁴. Lansdowne hatte weiter an die englischen Kolonien zu denken, von ihrer Seite fürchtete er Schwierigkeiten, denn auch sie wären, wenn England dem Dreibund zu helfen hatte, in Mitleidenschaft gezogen. Die gefährlichste Möglichkeit wäre ein Zusammenprallen deutscher und amerikanischer Interessen gewesen⁷⁵. Einen Krieg gegen Amerika wollte England nicht führen, es hielt sich lieber an die Rolle des Nachgebenden. Das hatten die Panama-Kanal-Verhandlungen 1900/01 aufs neue bewiesen. "With our knowledge of the German Emperors views in regard to the United States, this is to my mind a formidable obstacle⁷⁶". Dies hatte Wilhelm II. durch seine Unterredung mit Lansdowne am 25. I. 01 in Osborne verursacht⁷⁷. In Wirklichkeit hätte Deutschland einen Vertrag, der die Anwendung auf Amerika ausschloß, (vgl. den Sandersonschen Entwurf) angenommen.

Das Nein, das Lansdowne sprach, war nicht so scharf wie die Ablehnung Salisburys. Er nahm ausdrücklich Bezug auf die Zeitverhältnisse, aber man geht nicht fehl in der Annahme, daß unter günstigeren Zeitumständen die großen Schwierigkeiten, die Lansdowne in jedem Fall bei einem Dreibundbündnis sah, ihn auch dann an einer Annahme der Dreibundforderung gehindert hätten.

Lord Lansdowne konnte nicht den von Hatzfeldt vorgeschlagenen Weg gehen, es verdient aber festgehalten zu werden, daß er sich im Gegensatz zu Salisbury und Bertie um eine englisch-deutsche Annäherung ehrlich bemüht hat⁷⁸. In den Akten finden sich wiederholt Hinweise dafür. So hatte Lansdowne bald nach Übernahme des Foreign Office an Lascelles geschrieben, jede Gelegenheit, die guten Beziehungen zwischen Deutschland und England aufrecht zu erhalten und nach Möglich-

74. B. D. II, Nr. 85.

75. G. P. 17, 77.

76. B. D. II, Nr. 92.

77. G. P. 17, 26 f.

78. Bülow urteilte über Lansdowne: „Mir erschien seine Denkweise sachlich und verständig“. Erinnerungen I, 319.

keit zu stärken, sei auszunutzen⁷⁹. Er teilte Chamberlains Ansichten über Englands splendid isolation⁸⁰. So sagte er denn im Jahre 1901, als die Weltlage sich gegen Ende des Jahres langsam zugunsten Englands wandelte, „im Prinzip ist die Idee eines englisch-deutschen Bündnisses gut⁸¹“. Angesichts der weiter oben aufgezeigten Schwierigkeiten sah er keine Möglichkeit, ein formales Bündnis abzuschließen, sondern wollte den Weg eines Sonderabkommens einschlagen. — Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß Lansdowne im Jahre 1901 dreimal versucht hat, sich direkt mit den Russen über Ostasien zu verständigen. Er war sich bewußt, wie wichtig für England eine unmittelbare Sicherung auf der langen, asiatischen Front war, und wie sehr er eine direkte russisch-japanische Verständigung vermeiden mußte. Er verhandelte mit den Russen im März, April und Oktober⁸², weil man in London in den Verhandlungen mit Deutschland seit 1898 stets erneut erfahren hatte, daß Deutschland nicht gegen Rußland zu gewinnen war. — Daß die Russen jedesmal und so auch im Oktober den englischen Annäherungsversuch ablehnten, wies Lansdowne umgekehrt immer wieder auf Deutschland zurück. Unter diesen Gesichtspunkt ist der bis ins einzelne ausgearbeitete neue Weg eines Sonderabkommens vom November/Dezember 1901, der eine deutsche Hilfe gegen Rußland nicht forderte, von Lansdowne durchaus ernst gedacht. — Wie weit Chamberlain an der Gestaltung der englischen Politik im Jahre 1901 beteiligt gewesen ist, ist aus den britischen Dokumenten nicht zu erkennen. Die nötige Aufklärung mußte hier die angekündigte Biographie bringen. Wie Lee, der Biograph Eduard VII., a. a. O. II, 123 mitteilt, hatte Chamberlain Mitte Juni den Glauben an eine deutsch-englische Abmachung aufgegeben⁸³. Seine Edinburger Rede vom 25. X. 1901 zeigte der Öffentlichkeit, daß er damals mit einer deutsch-englischen Einigung nicht mehr rechnete.

Tatsächlich hat er nach der endgültigen Absage Metternichs

79. Lansdowne, Biographie S. 196 f.

80. G. P. 17, 16; 17, 18.

81. B. D. II, S. 63.

82. Doc. dipl. Fr. 493 (9. 11. 1901).

83. vgl. Eckardtsteins Bericht G. P. 17, 221 f.

am 19. 12. 1901 sofort den Gedanken einer französisch-englischen Verständigung in Besprechungen mit Paul Cambon aufgegriffen.

Die weiteren Bände der britischen Dokumente haben u. a. gezeigt, wie sehr sich im Foreign Office die Stimmung gegen Deutschland verstärkte. Ihren stärksten Ausdruck fand diese deutschfeindliche Richtung in dem bekannten Memorandum Sir Eyre Crowes vom Januar 1907⁸⁴. Auch für 1901 ist — wenn auch nicht in diesem Ausmaße — mit einem damals von dem immer mehr an Bedeutung gewinnenden Bertie⁸⁵ geführten Kreis im Foreign Office zu rechnen, der nichts von einer Annäherung an Deutschland wissen wollte. Nach dem Scheitern des von Lansdowne und Sanderson befürworteten Weges am 19. 12. mußte sich die von Bertie vertretene Richtung in der Richtigkeit ihres Weges bestärkt fühlen und daraus die entsprechenden Folgerungen ziehen.

Wie Eduard VII. sich zu diesen Richtungen der englischen Politik verhielt, ist im einzelnen schwer festzustellen. Daß er in seinem ersten Regierungsjahr mit einer grundsätzlichen Änderung der englischen Politik, d. h. einer Aufgabe der *splendid isolation*, voll einverstanden war, zeigt seine warme Billigung des englisch-japanischen Bündnisses. Wenn der englische König für eine englisch-deutsche Einigung gewesen wäre, so mußten ihn, als er bei seinem Aufenthalt in Cronberg im Frühjahr 1901 die scharfen Angriffe der deutschen, durchgehend bürenfreundlichen Presse gegen England und gegen seine Person, zu mindest zur Vorsicht mahnen. Wenn er demnach fand, daß an der Verstimmung zwischen Deutschland und England die Presse die Hauptschuld trüge, so blieb er sich doch bewußt, daß ein Zusammenstoß zwischen beiden Ländern das größte Unglück für die Welt und besonders für Europa bedeuten würde⁸⁶.

Über ein direktes Eingreifen des Königs in die deutsch-englischen Besprechungen — abgesehen von den ergebnislosen Unterhaltungen mit Wilhelm II. in Wilhelmshöhe (August 1901⁸⁷)

84. B. D. III, S. 397 ff.

85. Doc. dipl. Fr. (432) 8. 10. 1901.

86. Bülow, Erinnerungen II, S. 27; Lee, a. a. O. II, 144; Unterredung Eduard VII. mit Eckardtstein am 8. II. 02.

87. Lee, a. a. O. II, 127 ff.

— findet sich in den britischen Dokumenten kein Hinweis. Das Einzige, was wir hören, ist die scharfe Mißbilligung der Sprache Metternichs in seiner Unterredung am 19. 12. durch den König⁸⁸. Eduard VII. bezeichnete in einem Schreiben an Lascelles Metternichs Sprache als fast drohend. In dem gleichen Briefe bat er, dem Kaiser mitzuteilen, wie sehr ihm selbst daran liege, eine "Entente cordiale" in den die Länder berührenden Einzelfragen, jedoch kein Bündnis herbeizuführen. — Für die Herstellung guter Beziehungen zwischen England und Deutschland wird aber stets die zwischen Eduard und Wilhelm II. bestehende, gegenseitige, tiefe Abneigung erschwerend gewesen sein⁸⁹.

Zu Beginn des Jahres 1902 gab auch Eduard, Lees Mitteilungen a. a. O. II, S. 218 zufolge, den Gedanken einer deutsch-englischen Verständigung auf und setzte sich nachdrücklich für ein Zusammengehen mit Frankreich ein. — Die entscheidende Wendung zu diesem Wege hat, wie später nochmals ausdrücklich Balfour in einem Briefe an Lansdowne feststellte⁹⁰, nicht bei dem Könige, sondern bei dem englischen Kabinett gelegen.

In den bisher erschienenen Untersuchungen über die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen stand die Frage, ob und in welcher Form ein deutsch-englisches Bündnis möglich war, im Mittelpunkt. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, daß sich fast alle englischen und deutschen Denkschriften mit dem Angebot, das Hatzfeldt in seiner Unterredung vom 23. Mai 1901 Lansdowne machte, auseinandersetzen. So haben F. Meinecke a. a. O. S. 240 ff. und O. Becker, a. a. O. S. 284 in ihren Untersuchungen, ob ein deutsch-englisches Bündnis durchführbar gewesen wäre, vor allem die friedensichernde Wirkung eines solchen Bündnisses⁹¹ betont.

Gegenüber der grundsätzlich richtigen These H. Bächtholds

88. Lee, a. a. O., II, 133.

89. Lansdowne, Biographie, S. 330; Lee, a. a. O. II, 117 f.

90. Lansdowne, Biographie, S. 293.

91. Das Bild, das Max Lenz von den Gefahren eines deutsch-englischen Bündnisses in seinem Buche: Deutschland im Kreise der Großmächte (Berlin 1925) S. 66 f. entwirft, ist übertrieben und einseitig. Vgl. Meineckes Kritik a. a. O. S. 257.

und H. Rothfels⁹², daß Deutschlands und Englands Wünsche, die Russen im fernen Osten, bezw. im vorderen Orient engagiert zu sehen, unvereinbar gewesen wären, weisen beide darauf hin, daß ohne Anlehnung an England oder Rußland Deutschland seine weltpolitischen Ziele — Flotte, bezw. Orientpolitik — nicht hätte durchführen können, wollten wir uns an Rußland anschließen, hätten wir auf die Bagdadbahn verzichten müssen. — Gingen wir mit England, konnten wir hoffen, unsere Bagdadbahnpolitik weiter zu verfolgen. Der englische Außenminister wünschte aus verkehrs-, wirtschafts- und allgemeinpolitischen Gründen einen Ausbau der Bahn, die jedoch im Rahmen seiner Entente politik einen englisch-deutschen Charakter erhalten sollte.

In einer gemeinsamen Konferenz zwischen Foreign-, India- und War-Office war man übereingekommen, sich für einen Bahnbau bei entsprechender Sicherung des englischen Einflusses voll einzusetzen⁹³. Es ist jedoch zu beachten, daß es neben Lansdowne andere einflußreiche Stimmen gab, denen eine deutsche Ausdehnung im nahen Osten unerwünscht war⁹⁴.

Die Einstellung der deutschen Politik zur Bagdadbahn — und zum Flottenbau — war der Prüfstein, ob der Kurs gegen Rußland oder gegen England gehen sollte. Es konnte nicht heißen: Bagdadbahn und Flottenbau, sondern Bagdadbahn oder Flotte. Einmal mußte sich die deutsche Politik entscheiden; je eher es geschah, umso besser.

„Wollten wir uns an Rußland oder England anlehnen, mußten wir auf eins der Ziele verzichten. Ein jedes Bündnis hätte uns in unserer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Wollten wir aber dementsgegen unsere Ziele ohne Bündnis erreichen, so liefen wir Gefahr, durch Zusammenschluß der Gegner schließlich völlig gefesselt zu werden⁹⁵“. Für die endgültige Wertung

92. H. Bächthold, *Weltwirtschaftliches Archiv* 1921; H. Rothfels, *Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik*: *Archiv für Politik und Geschichte*, VII, 1926, S. 612 ff.

93. Lansdowne *Biographie* S. 253.

94. Vgl. die scharfen Presseangriffe oben S. 91 f. Dennoch meinte Lansdowne am 24. 4. 1903 in einem Briefe an Lord Curzon "such an arrangement might have settled the Persian Gulf question for many years to come."

95. O. Becker, a. a. O. 286; vgl. Meinecke, 240 f.; 255 f.

der Verhandlungen 1901 ist im Auge zu behalten, daß die Fragestellung von Deutschland — mitverursacht durch die verhängnisvolle Einmischung Eckardsteins — lautete: Bündnis oder nichts, während England in dem letzten entscheidenden Teil der Verhandlungen an Deutschland die Frage nach einer Entente richtete.

Ein Bündnis war 1901 von England — das zeigen die Akten hinlänglich — nicht zu haben. Daß Deutschland starr an seinen Forderungen festhielt, liegt — wie bereits erwähnt — mit an Eckardsteins falscher Berichterstattung. Als der Gedanke eines Bündnisses sich nicht verwirklichen ließ, bot England — als letzte große Möglichkeit eines mehrjährigen Bemühens — ein Sonderabkommen an.

Drei Mächtegruppen — Dreibund, Zweibund und England-Japan — bestanden gegen Ende des Jahres 1901 auf der Welt. England brauchte für die Politik im fernen Osten die europäische Flankendeckung. Lansdowne suchte sie bei Deutschland. Wäre sie ihm herzustellen gelungen, dann wäre damit zugleich die für England stets auflebende, aber dank des deutsch-französischen Gegensatzes noch nicht Wirklichkeit gewordene Gefahr eines Kontinentalbundes beseitigt worden⁹⁶. Zugleich wäre aber eine weitere Frage, die in den Akten nur einen spärlichen Niederschlag findet, auf einem solchen Wege — man möchte sagen bewußt oder unbewußt — mit in Angriff genommen: die Frage des deutschen Flottenbaus.

Die Untersuchung über die englische Presse zeigte uns, daß einflußreiche Kreise im Jahre 1901 bereits von einer deutschen Flottengefahr sprachen. Der Unterstaatssekretär Bertie und seine Freunde sahen gleichfalls in der deutschen Flotte eine wachsende Gefahr. Von Salisbury, Chamberlain und Lansdowne finden sich in den Akten für diese Zeit keine Hinweise auf ihre Einstellung zur deutschen Flotte. Daß sie die deutsche Flottenvermehrung und des weiteren die wiederholten Flottenreden des Kaisers aufmerksam verfolgten, ist anzunehmen. „Die

96. Wiederholt hatte Deutschland bereits früher den Engländern mit einem Kontinentalbund gedroht. B. D. I, Nr. 81, 122, 141; für Sir A. Nicolson war es ein „Alpdruck“, s. H. Nicolson a. a. O. 14f.

projektierte Verstärkung unserer Flotte schien Mr. Chamberlain nicht besonders zu goutieren“, schrieb Bülow 1899⁹⁷.

Dafür, daß auch Lansdowne in seinem Verhalten gegen Deutschland die Flottenfrage nicht übersehen hat, findet sich ein Hinweis in einem Privatbrief an Lascelles vom 22. IV. 1902⁹⁸. In diesem Schreiben drückte er die Hoffnung aus, daß Deutschlands Verstimmung gegen England nicht lange anhalten werde. Es heißt dann weiter: “Five years hence, before the German naval programme has been carried out, the outlook both in South-Africa and in Germany may have altered enormously. And apart from sentiment, I cannot see that it will ever be of advantage to Germany to let us ‘go under’ before a great European coalition⁹⁹”.

Diese Sätze zeigen, daß Lansdowne in der deutschen Flotte die Gefahr für England fühlte. In seinem Antwortschreiben meinte Lascelles, daß der deutsche Flottenbau sich nicht gegen England richte, sondern zum Schutze der deutschen Handelsinteressen in der Welt bestimmt sei. In einer Nachschrift zu dem Briefe mußte er allerdings seine Meinung einschränken. “P. S. April 26. Since writing the above, I have had a talk with Captain Ewart (englischer Marineattaché in Berlin) who has pointed out to me that the development of the German navy was directed against England. This was stated over and over again during the debates in the Reichstag, and the preamble of the Navy Bill states that its object is to create a navy which will be equal to that of the greatest sea Power. I must therefore modify my answer to that question¹⁰⁰”.

Die kurze Flottenbemerkung läßt darauf schließen, daß bei Lansdownes Vorgehen im Jahre 1901 das Flottenmotiv bereits mitwirkte. Lansdowne und seine Freunde werden immer deutlicher erkannt haben, daß bei dem schnellen Wachsen des deutschen Handels, deutscher Wirtschafts- und Volkskraft, Deutschlands Flotte angesichts des sich steigernden, technischen Könnens,

97. G. P. 15, 417.

98. Lansdowne, Biographie S. 247.

99. Lansdowne, Biographie 247.

100. Lansdowne, Biographie, 248.

der deutschen Gründlichkeit im Organisieren und Aufbauen, gefährlicher werden mußte als die zur Zeit zahlenmäßig noch stärkere, französische und russische Flotte. Kam es zu der von Lansdowne erwünschten deutsch-englischen Entente, so wären die Engländer zugleich bestrebt gewesen, der deutschen Flotte die gefährlichsten Seiten zu nehmen, sei es durch Neutralitätsabkommen¹⁰¹, Rüstungsbeschränkungen oder auf andere Weise. Man wird auch das Moment nicht übersehen haben, daß bei einer Entente mit England sich weitere Flottenvorlagen nur schwer im Reichstage hätten durchbringen lassen¹⁰².

So dürfte man — von der Flottenfrage und vom englisch-japanischen Bündnis aus gesehen — zugleich sagen, daß 1901 ein wichtiger Wende- und Entscheidungspunkt für ein größeres Zusammengehen war¹⁰³. Ein weiteres Hinauszögern eines deutsch-englischen Zusammengehens hätte den Widerstand der Kreise, die wie Tirpitz und der Kaiser hinter der Flotte standen, gestärkt und sie noch schwerer von einem Abgehen ihrer politischen, gegen England gerichteten Linie — wenn es überhaupt möglich war — veranlaßt. Noch, so mochte es dem englischen Außenminister scheinen, war 1901 die deutsche Politik nicht endgültig auf die Politik derer, die eine starke Flotte wünschten, festgelegt. Wie sehr könnte sich, so hatte Lansdowne gefragt, die politische Lage in Deutschland ändern, „bevor das deutsche Flottenprogramm ausgeführt worden ist“?

Genau so, wie es in der englischen Regierung eine Gruppe gab, die den Weg zu Deutschland suchte, gab es in Berlin eine Richtung, die, wie vor allem Holstein und Richthofen, einen — allerdings völlig gesicherten — Weg zu England erstrebten. Aber wie auf englischer Seite Bertie und seine An-

101. In seiner Denkschrift vom 3. II. 01 hatte Richthofen bereits ein Paktum de non inter se bellum gerendo gefordert. Bülow, Erinnerungen, I, 510 ff.

102. Richthofen schrieb in der gleichen Denkschrift, „daß jedes Paktum, welches eine englische Kriegsgefahr für uns mindert, in unserem Reichstag auf eine Neigung zu weitergehenden Flottenbewilligungen abschwächend einwirken wird.“ Bülow, Erinnerungen I, 512.

103. Lord Newton, der Herausgeber der Lansdowne-Biographie, sieht den Grund für das Scheitern der Verhandlungen „in the persistent increase of the German navy“ a. a. O. 208.

hänger, zu denen nun bald Chamberlain trat, ein gänzlich anderes Programm — die Einigung mit Frankreich — verfochten, verfolgte auf deutscher Seite Tirpitz sein Ziel der Schaffung einer deutschen Flotte nachdrücklich¹⁰⁴, ein Ziel, das sich schwerlich mit einem deutsch-englischen Bündnisvertrag oder ähnlichen Abkommen in Einklang bringen ließ.

Auf der anderen Seite hatte sich zwischen den deutschen und englischen Leitern der auswärtigen Politik, die nun bald als die letzten für den Gedanken einer deutsch-englischen Verständigung eintraten — genährt durch koloniale u. a. Streitigkeiten und Enttäuschungen, durch eine heftig sich befehdende Presse — eine Wolke des Mißtrauens geschoben, daß es im Widerspiel all' der sie umgebenden Kräfte nicht möglich wurde, von Land zu Land, von Volk zu Volk eine Brücke zu schlagen.

104. Über Tirpitz' Eifer um die Flotte siehe Bülow, *Erinnerungen* I, 1, 08 ff.; Bernhard Michalik hat in seiner Untersuchung: *Probleme des deutschen Flottenbaus*, (Breslau 1931), Tirpitz' politische Entwicklung und insbesondere die Verbindung seines Risikogedankens mit der Kontinentalbundidee dargestellt.

Literatur.

Die Große Politik der europäischen Kabinette. 1871 bis 1914.
Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Deutsche
Verlagsanstalt für Politik und Geschichte, Berlin.
British Documents on the Origin of the War. 1898—1914. London 1926 ff.
Documents diplomatiques Français. (1871—1914). 2^e Série (1901—1911).
Tome Premier (2. Janvier — 31. Décembre 1901). Paris 1930.
Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten von Botschaftsrat
a. D. Hermann Freiherr v. Eckardstein. 2 Bände. Leipzig 1920.

Zeitungen und Zeitschriften vom Jahrgang 1901:

„The Times“ London.
„Die Post“ Berlin.
„Vossische Zeitung“ Berlin.
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Berlin.
„Kreuzzeitung“ Berlin.
„Kölnische Zeitung“ Köln.
„Frankfurter Zeitung“ Frankfurt.
„National Review“.
„Nineteenth Century Review“.
„Grenzboten“.
„Preußische Jahrbücher“.

The Secret memoirs of Count Hayashi ed. by A. M. Pooley. London 1915.
Fürst von Bülow: Deutsche Politik. Berlin 1916.
Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten. Berlin 1930 f.
Fürst Bülow's Reden, Reclam, Leipzig, 2 Bd. (5191—93).
Otto Hamman: Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. 1919.
William R. Thayer: The life and the letters of John Hay. 2 Bd.
London 1916. Besprochen von A. Hasenclever in: Historische Vierteljahrsschrift 20 (1920—21) S. 226 ff.
Johannes Haller: Die Ära Bülow, eine politisch-historische Skizze.
Stuttgart—Berlin 1922.
Tyler Dennett: Americans in Eastern Asia. New York 1922.
Ernst Daenell, Adolf Hasenclever: Geschichte der Vereinigten
Staaten von Amerika. 3. Aufl. Leipzig 1923.
Randolph G. Adams: A history of the Foreign Policy of the United
States. New York 1924.

- H. Bächthold: Der entscheidende weltpolitische Wendepunkt der Vorkriegszeit. Weltwirtschaftliches Archiv. 1924, S. 381 ff.
- Eugen Fischer: Holsteins großes Nein. Berlin 1925.
- Erich Brandenburg: Von Bismarck bis zum Weltkriege. Berlin 1925.
- Theodor Wolff: Das Vorspiel I, München 1924.
- Bernhard Schwerfeger: Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. 1871—1914. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der deutschen Regierung. Berlin 1925.
- H. Rothfels: Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik. Archiv f. Politik und Geschichte VII, 1926, S. 612 ff.
- Max Lenz: Deutschland im Kreise der Großmächte. Berlin 1927.
- Friedrich Meinecke: Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems. 1890—1901, München-Berlin 1927.
- Friedrich Meinecke: Zur Geschichte der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1901. in der Erinnerungsgabe für H. Delbrück „Am Webstuhl der Zeit“ S. 82—90. 1928.
- King Edward VII., Life of . . . by Sir Sidney Lee. 2 Bde. London 1925—27.
- Sir Valentine Chirol: Fifty Years in a changing world. London 1927.
- Gerhard Ritter: Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft. 1898—1901. Freiburg Br. 1929.
- Otto Becker: In der deutschen Literaturzeitung, Heft 19, 1929, Spalte 903—925. [Besprechung v. F. Meineckes „Englisch-deutsches Bündnisproblem“].
- Johannes Haller: England und Deutschland um die Jahrhundertwende. Leipzig 1929.
- Willi Becker: Bülow und England. 1897—1909. Greifswald 1929.
- Gustav Roloff: Die Bündnisverhandlungen zwischen Deutschland und England 1898—1901. Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung 12 (1929) S. 1167 ff.
- Paul Herre: Fürst Bülow; Berliner Monatshefte 12 (1929) S. 1154 ff.
- Hans Herzfeld: Der deutsche Flottenbau u. die englische Politik. Archiv für Politik und Geschichte Bd. VI (1926).
- Lord Lansdowne-Biographie by Lord Newton, London 1929.
- Walter Löding: Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen. Ihr Verlauf auf Grund der deutschen und englischen Akten. Diss. Hamburg 1929.
- Grete Mecenseffy: Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen 1898—1901 im Lichte der englischen Aktenpublikation. Vierteljahrschrift für Politik und Geschichte. 1929. Heft 2, S. 175 ff.
- Philipp Hildebrandt: Erinnerungen an den Fürsten Bülow. Bonn 1930.
- Alfred Rappaport: Makedonien und die Komitadschis. Berliner Monatshefte 8 (1930), S. 731 ff.
- Harald Nicolson: Die Verschwörung der Diplomaten; aus Sir Arthur Nicolson's Leben (1849—1928). Frankfurt 1930.

- H. Schoeler: Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow, Detmold 1931.
Frh. v. Trotha: Fritz v. Holstein als Mensch und Politiker; eingeleitet von Friedrich Thimme. Berlin 1931.
Heinrich Walther: Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1901 und ihre Ergebnisse. Historische Vierteljahrsschrift 25 (1931) S. 602 ff.
Bernhard Michalik: Probleme des deutschen Flottenbaues. Historische Untersuchungen, Heft 9; Breslau 1931.
Max Silberschmidt: Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Ihr machtpolitisches Verhältnis vom amerikanischen Unabhängigkeitskrieg bis zum Weltkrieg. Leipzig 1932.
Friedrich von Holstein: Lebensbekenntnis in Briefen an eine Frau. eingeleitet und herausgegeben von Helmut Rogge. Berlin 1932.
Anton Graf Monts: Erinnerungen und Gedanken des Botschafters . . . herausgegeben von K. F. Nowak und Fr. Thimme. Berlin 1932.
-

Abkürzungen:

- G. P. = Die Große Politik der europäischen Kabinette.
B. D. = British Documents on the Origin of the War.
Doc. dipl. Fr. = Documents Diplomatiques Français.

Inhalt.

	Seite
Einleitung: Literarische Vorbemerkung	5
I. Kapitel: Die weltpolitische Lage im Jahre 1901	9
II. Kapitel: Die politische Lage im Spiegel der deutschen und englischen Presse	32
III. Kapitel: Die deutsch - englischen Bündnisverhandlungen im Überblick	67
IV. Kapitel: Das englisch - japanische Bündnis und Lansdowne's Angebot eines deutsch - englischen Sonderabkommens	78
V. Kapitel: Die leitenden deutschen und englischen Staatsmänner in ihrer Einstellung zu einem deutsch-englischen Zu- sammengehen. Die Bündnisverhandlungen und die Flottenfrage	90

